

## Tagesordnung öffentlicher Teil

### Sitzung des Bauausschusses

---

**Sitzung:** Dienstag, 05.12.2017, 15:00 Uhr

**Raum, Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

---

#### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2017 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen
- 3.1. Sachstand zur Organisationsuntersuchung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement  
Bericht der Beratungsfirma BSL
- 3.2. Instandhaltungsmaßnahmen Rathaus-Neubau 17-05825
- 3.3. Gebührenvergleich Abfallwirtschaft 17-05871
- 3.4. Planungsstand für die Durchführung der Kanalerneuerung "Rebenring West" 17-05895
- 3.5. Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2018 17-05942
4. Anträge
- 4.1. Grüne Welle auf dem Ring 17-05918
- 4.2. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485
5. 17-05897 Haushalt 2018 / Investitionsprogramm 2017-2021
6. Projekt Sanierung Stadthalle 17-05842
7. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 17-05113
8. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) 17-05512
- 8.1. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) 17-05512-01
9. 17-05835 Grundschule Waggum, Sanierung und Erweiterung zum Ganztagsbetrieb, Ausweichquartier  
Claudiusstr. 1, 38110 Braunschweig  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss
10. 17-05840 Stadt Braunschweig, Betrieb gewerblicher Art - Verpachtung Stadion -  
Eintracht Stadion, Hamburger Straße in Braunschweig  
Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss
11. 17-05932 Kostenfeststellung Projekt "Neubau Hoheworthbrücke"

12.	Anfragen	
12.1.	Umgang mit neuem Baurecht	<b>17-05904</b>
12.2.	Straßenbeleuchtung in Braunschweig	<b>17-05908</b>

Braunschweig, den 28. November 2017

Betreff:

**Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft**

Organisationseinheit:

Dezernat II  
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

01.12.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Im Dezember 2016 wurde der Auftrag an die Fa. BSL Managementberatung GmbH aus Köln zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft erteilt. Die BSL hat im Januar 2017 mit der Untersuchung begonnen, die sich in zwei Teile gliedert. Im ersten Teil wurde die Aufgabenabgrenzung zwischen dem Fachbereich 20 Finanzen als Vermögensverwalter und dem FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement als Gebäudebewirtschafter begutachtet. Schwerpunkte lagen dabei in der Ausgestaltung der Eigentümerfunktion sowie in den Schnittstellen mit anderen Organisationseinheiten. Im zweiten Teil wurden die fachbereichsinternen Prozesse und Strukturen des FB 65 überprüft. Außerdem sollen die Geschäftsprozesse und Kommunikationswege mit den beteiligten Organisationseinheiten betrachtet werden.

Da die bisherige Trennung von Eigentümer- und Bewirtschaftungsinteressen nicht den gewünschten Erfolg einer effektiven Grundstücks- und Gebäudewirtschaft hat, wurde in Teil 1 die Zweckmäßigkeit der „Braunschweiger Variante“ des Mieter-Vermieters-Modell grundsätzlich überprüft. Der Empfehlung des Gutachters ein klassisches Mieter-Vermieter-Modell zu etablieren, ist die Verwaltung im Sommer 2017 einvernehmlich gefolgt. Die gebäudebezogenen Eigentümer- und Bewirtschaftungsfunktionen sollen im FB 65 zusammengeführt werden. Dafür sollen Aufgaben und Personal aus der Abteilung 20.2 Liegenschaften in den FB 65 übergehen. Mit den Fachbereichen 40, 51 und 67 hatten im Vorfeld Nutzergespräche stattgefunden, eine Verständigung über Schnittstellen in allen Details steht noch aus.

Im zweiten Teil wurden die fachbereichsinternen Prozesse und Strukturen des FB 65 überprüft. In der derzeitigen Aufbauorganisation des FB 65 bestehen zu viele Schnittstellen und damit einhergehend zu viele Abstimmungsprozesse, die zu Lasten der Investitionseffektivität gehen. Außerdem werden in der jetzigen Aufgabenverteilung zwischen den Fachbereichen 20 und 65 die strategischen Aufgaben wie Flächenmanagement, Portfoliomanagement und Beschaffungen im Rahmen eines PPP-Projektes nicht ausreichend wahrgenommen. Definierte Verfahren und fachbereichsinterne Standards werden im Bauprojektmanagement nicht vollständig umgesetzt, so dass auch die Betreiberverantwortung nicht optimal erfüllt werden kann. Zudem ist die IT-Landschaft von Einzellösungen geprägt.

Mit Wissen um diese Schwachstellen wurde ein Soll-Organigramm entwickelt. Zur Erhöhung der Investitionseffektivität soll die Abteilung Technische Gebäudeausrüstung (TGA) aufgelöst werden. Es sollen stattdessen organisatorische Stellen mit Beschäftigten aus dem Bereich Hochbau und dem Bereich TGA gebildet werden, was die Abwicklung eines Projektes in einer Organisationseinheit ermöglicht, ohne Übergabe an eine andere Abteilung. Diese organisatorischen Stellen wiederum sollen sich in zwei Projektmanagementabteilungen

wiederfinden. Außerdem sollen bislang nur unzureichend wahrgenommene Aufgaben wie Flächenmanagement, Portfoliomanagement und PPP-Projekte durch Verortung in einer neuen Abteilung künftig mehr Gewicht erhalten und durchgeführt werden. Die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes inklusive Betreiberverantwortung und Anlagenüberwachung wird durch die Bildung einer Abteilung „Betrieb“ erreicht.

Es steht bereits fest, dass der FB 65 für eine optimierte Aufgabenwahrnehmung mehr Planstellen benötigt. Noch offen ist allerdings der konkrete Stellenmehrbedarf, sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch hinsichtlich der Fachrichtung des Personals. Der Bedarf steht in Abhängigkeit vom Volumen für Investitionen und Instandhaltungen. Hier erfolgt derzeit ein Abgleich zwischen den Empfehlungen des Gutachters und der konkreten Planung im Haushalt 2018 mit dem dazugehörigen IP. Daran anknüpfend wird noch in diesem Jahr festgelegt werden, welche konkrete Stellenbemessung sich daraus ergibt und wie die Aufteilung auf die verschiedenen Professionen erfolgen sollte.

Über die abschließenden Ergebnisse zum konkreten Stellenmehrbedarf des FB 65 wird zum Bauausschusses am 16. Jan. 2018 berichtet, bevor die Festlegungen Gegenstand der Stellenplanberatungen im Finanz- und Personalausschuss am 18. Jan. 2018 werden.

Ruppert

**Anlage/n:**

Soll-Organigramm FB 65



# Auf Basis des Soll-Konzepts wurde ein Organigramm für den FB 65 entwickelt

## Vorgehensweise

- Entwicklung von alternativen Varianten zur Aufbauorganisation
- Bewertung der Varianten in mehreren Diskussionsrunden in der Projektleitungsgruppe
- Abstimmung einer von allen Beteiligten getragenen Variante

## FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement



Betreff:

**Instandhaltungsmaßnahmen Rathaus-Neubau**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

24.11.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Der Rathaus-Neubau, errichtet in den späten 60er-Jahren, präsentiert sich in weiten Bereichen noch im Originalzustand. Auch wenn die Flachdächer und WCs in den letzten Jahren weitgehend saniert und der Fahrstuhl im Jahr 2012 erneuert wurde, müssen im Bereich der Fassaden aufgrund altersbedingter Mängel Instandhaltungsmaßnahmen zur Vermeidung von Zugerscheinungen, Überhitzung im Sommer und teilweise zu niedrigen Temperaturen im Winter durchgeführt werden.

Im Kontext der ausstehenden Gesamtanierung des Rathaus-Neubaus ist die Fassadensanierung ein wesentlicher Bestandteil. Sie ist im Investitionsprogramm mit einer ersten Planungsrate in Höhe von 300.000 € in 2021 verankert.

Für die umgehende Beseitigung der oben dargestellten Mängel werden Kosten im Umfang von ca. 540.000 € geschätzt, davon ca.

- 173.000 € für die Abdichtung von 230 Fensteranschlüssen, das Abdichten von 130 Fensterflügeln mit neuen Dichtungen, den Austausch von 30 blinden Scheiben, das Generalüberholen von 46 Außenjalousien und die erforderlichen Ausräum- und Reinigungsarbeiten der Büroräume sowie
- 367.000 € für die Innendämmung von 230 Brüstungselementen

Letztere Maßnahme ist insbesondere geeignet, um die Zugerscheinungen und Strahlungskälte zu minimieren.

Im Rahmen der Instandhaltung ist seit Ende November 2017 mit der Abdichtung der Fensteranschlüsse, dem Austausch blinder Scheiben und der Generalüberholung der Außenjalousien begonnen worden. Die Innendämmung wird nach der Heizperiode 2018 umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Instandhaltungsbudget.

Leuer

**Anlage/n:**

keine

*Betreff:*  
**Gebührenvergleich Abfallwirtschaft**

*Organisationseinheit:*  
Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

*Datum:*  
27.11.2017

*Beratungsfolge*  
Bauausschuss (zur Kenntnis)

*Sitzungstermin*  
05.12.2017

*Status*  
Ö

**Sachverhalt:**

In der Ratssitzung vom 22. August 2017 wurde die Verwaltung in einem interfraktionellen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drs.-Nr. 17-05211) gebeten, innerhalb der nächsten drei Monate die Braunschweiger Abfallgebühren mit denen in der Braunschweiger Region und anderen Kommunen ähnlicher Größe und Struktur zu vergleichen sowie die Ergebnisse dem Bauausschuss und dem Rat zur Kenntnis zu geben.

Zunächst wurden die Kommunen gebeten, die über die öffentlich zugänglichen Daten hinausgehenden Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Rückmeldungen dazu erreichen die Verwaltung sehr zögerlich.

Ergänzend läuft ein Vergabeverfahren für ein externes Beratungsunternehmen für die Durchführung des Vergleichs. Der gewünschte Vergleich wird Anfang des nächsten Jahres vorgestellt.

Leuer

**Anlage/n:**  
keine

Betreff:

**Planungsstand für die Durchführung der Kanalerneuerung  
"Rebenring West"**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

28.11.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Stadtentwässerung Braunschweig (SE|BS) informiert über die Kanalsanierung für den weiteren Verlauf des Rebenrings Richtung Westen wie folgt:

Im Rebenring befindet sich ein alter sog. Doppelstockkanal, d. h. der Schmutzwasserkanal und der Regenwasserkanal befinden sich übereinander in der gleichen Trasse. Diese Bauweise beginnt auf Höhe des Büldenwegs und verläuft weiter über die Kreuzung Hamburger Straße in den Wendenring bis zum Hasenwinkel und dann im Hasenwinkel bis zum Düker. Laut Abwasserentsorgungsvertrag muss die SE|BS sämtliche Doppelstockkanäle bis Ende 2020 erneuern.

Nachdem Anfang Juli 2016 eine Fahrbahnabsenkung festgestellt wurde, wurden bei weiterführenden Untersuchungen im Untergrund des Rebenrings mehrere Hohlräume geortet. Daraufhin werden seit Anfang November 2016 zunächst zwischen Mittelweg und Büldenweg Schmutz- und Regenwasserkanal erneuert. Voraussichtlich im Frühjahr 2018 werden diese Arbeiten abgeschlossen sein.

Der Beginn der Kanalsanierung für den nächsten Abschnitt zwischen Mittelweg und Hasenwinkel ist für das Frühjahr 2018 geplant. Dabei sollen im Bauabschnitt Mittelweg bis zur Kreuzung Hamburger Straße die Abwasserkanäle auf einer Länge von ca. 300 Metern in offener Bauweise erneuert werden. Die Baugrubentiefe in diesem Bereich beträgt bis zu 6 m und die Baugrubenbreite etwa 5,5 m. Es werden Kanalrohre mit einem Innendurchmesser von 1,00 m (DN 1000) für Schmutzwasser und einem Innendurchmesser von 1,50 m (DN 1500) für Regenwasser verlegt. Die Arbeiten werden analog zur derzeitigen Baumaßnahme auf den nördlichen Fahrspuren des Rebenrings erfolgen.

Im Bauabschnitt Hamburger Straße bis Hasenwinkel ist sowohl der Zustand des Baugrunds als auch der der dort verlegten Doppelstockkanäle erheblich besser, so dass es technisch ausreicht, dort an vier Stellen punktuelle Erdarbeiten zur Nachverdichtung des vorhandenen Untergrunds im Bereich der Kanaltrasse durchzuführen. Ein Eingriff in die Hamburger Straße ist ebenfalls nicht erforderlich. Aus technischer und wirtschaftlicher Sicht ist es, entgegen den vertraglichen Vorgaben, nicht sinnvoll, den Doppelstockkanal in diesem Abschnitt zu erneuern. Dadurch wird der Kreuzungsbereich Hamburger Straße von der offenen Bauweise weitgehend verschont. Der Straßenbahnverkehr kann während der gesamten Maßnahme aufrechterhalten werden.

Die genaue Verkehrsführung für die Maßnahme „Rebenring West“ befindet sich noch in der Abstimmung.

Es ist geplant, im Frühjahr 2018 die Arbeiten in dem Abschnitt zwischen Mittelweg und Hasenwinkel zu beginnen und den Kanalbau Ende 2018 abzuschließen. Dabei wird angestrebt, die nördliche Fahrbahn für den Verkehr noch in 2018 - zunächst auf einem Provisorium - wieder freizugeben. Die endgültige Fahrbahnwiederherstellung ist für das Frühjahr 2019 vorgesehen.

Leuer

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2018**

Organisationseinheit:  
Dezernat III  
0600 Baureferat

Datum:  
28.11.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Bauausschuss (zur Kenntnis)	05.12.2017	Ö

**Sachverhalt:**

Im Einvernehmen mit dem Ausschuss-Vorsitzenden sind folgende Sitzungstermine für das Jahr 2018 festgelegt worden:

*Weihnachtsferien bis 05. Januar 2018*

Wochentag	Datum	Uhrzeit	Ort
Dienstag	16. Januar 2018	15:00 Uhr	Großer Sitzungssaal
Dienstag	27. Februar 2018	15:00 Uhr	Großer Sitzungssaal

*Osterferien vom 19. März 2018 bis 03. April 2018*

Wochentag	Datum	Uhrzeit	Ort
Dienstag	10. April 2018	14:00 Uhr	Großer Sitzungssaal
Dienstag	29. Mai 2018	14:00 Uhr	Großer Sitzungssaal

*Sommerferien vom 28. Juni 2018 bis 08. August 2018*

Wochentag	Datum	Uhrzeit	Ort
Dienstag	21. August 2018	10:00 Uhr	Großer Sitzungssaal
Dienstag	18. September 2018	15:00 Uhr	Großer Sitzungssaal

*Herbstferien vom 01. Oktober 2018 bis 12. Oktober 2018*

Wochentag	Datum	Uhrzeit	Ort
Dienstag	23. Oktober 2018	14:00 Uhr	Großer Sitzungssaal
Dienstag	04. Dezember 2018	09:00 Uhr	Großer Sitzungssaal

*Weihnachtsferien ab 24. Dezember 2018*

Leuer

**Anlage/n:**  
keine

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt  
Weber, Frank**

TOP 4.1

**17-05918**  
**Antrag (öffentlich)**

Betreff:

**Grüne Welle auf dem Ring**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.11.2017

Beratungsfolge:

Bauausschuss (Vorberatung)  
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)  
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

05.12.2017  
12.12.2017  
19.12.2017

Status

Ö  
N  
Ö

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundlagen für die Einführung einer "Grünen Welle" auf dem Ring (Rebenring, Altewiekring, Hagenring etc.) sowie auf weiteren Hauptverkehrsstrassen in Braunschweig zu erarbeiten, und den zuständigen Fachausschüssen die Ergebnisse bis Ende 2018 vorzustellen.

### **Sachverhalt:**

Bei ordnungsgemäßer Fahrweise mit max 50 km/h ist es nicht möglich, den Ring um Braunschweig und andere Hauptverkehrsstrassen zu befahren, ohne an vielen Ampeln anhalten zu müssen.

Dies ist durch das dadurch ständig notwendige Anfahren und Bremsen einerseits eine unnötige und vermeidbare Umweltbelastung, andererseits aber auch ein Sicherheitsrisiko. Autofahrer versuchen noch "schnell über die Ampel zu kommen" und überschreiten dabei die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Bei freier Fahrt ist eine "Grüne Welle" bei ca. 70km/h festzustellen, was von nicht wenigen Autofahrern bei entsprechenden Verkehrsbedingungen ausgenutzt wird.

Diese Geschwindigkeitsüberschreitungen führen sowohl zu erhöhter Schadstoffbelastung der Luft durch Beschleunigungs- und Bremsvorgänge als auch zu einer Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer.

Eine "Grüne Welle" mit dem klar für den Autofahrer spürbaren Vorteil einer gleichmäßigen Fahrt, veranlasst ihn sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h zu halten, ohne Zwangsmaßnahmen wie Geschwindigkeitskontrollen durchführen zu müssen.

Im Rahmen des unter Punkt 1 der Vorlage [17-05566](#) beschlossenen Forschungsvorhabens zur Einführung einer "Feuerwehrampelschaltung" kann diese Studie unter Nutzung von Synergieeffekten mit niedrigen Kosten integriert werden.

**Anlagen:** keine

Betreff:

**Grüne Welle auf dem Ring**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

05.12.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

05.12.2017

12.12.2017

19.12.2017

Status

Ö

N

Ö

**Sachverhalt:**

Zum Antrag der AfD-Fraktion vom 23.11.2017 (Drs.-Nr. 17-05918) wird wie folgt Stellung genommen:

Die Verkehrsinfrastruktur der Stadt Braunschweig ist geprägt durch den inneren und äußeren Ring und die Hauptzufahrtsstraßen in die Innenstadt, die diese Ringstraßen kreuzen. Diese Hauptverkehrsstraßen sind sowohl strecken- als auch netzbezogen signaltechnisch koordiniert. Dabei müssen jeweils Richtung und Gegenrichtung betrachtet werden, da an den Kreuzungen der Querverkehr Freigabezeiten durch die beiden anderen Verkehrsströme braucht. Das führt häufig zu Kompromisslösungen für eine oder beide Richtungen.

Die verkehrstechnische Abwicklung sämtlicher Verkehrsströme (Fußgänger, Radfahrer, Kfz, ÖPNV) muss darüber hinaus an jedem einzelnen Knotenpunkt leistungsfähig erfolgen. Die Gesamtheit der Eingangsparameter zur Berechnung einer Grünen Welle ist in der Theorie relativ unproblematisch. Die Schwierigkeit in der Koordinierung der Lichtsignalanlagen (LSA) besteht aber in den in der Praxis abweichenden Parametern, wie z.B. der tatsächlichen Geschwindigkeit, Verfügbarkeit aller Fahrstreifen, Abbiege-/Einparkvorgänge usw. Weicht ein Parameter von den theoretischen Werten ab, ist die Grüne Welle gestört. Weiterhin wirkt sich die Überbelegung der Straßen in den Hauptverkehrszeiten als K.O.-Kriterium für die Grüne Welle aus, da kein stetiger Verkehrsfluss mehr möglich ist.

Im Stadtgebiet verändern sich die Verkehrsverhältnisse ständig, z.B. aufgrund der Ausweisung neuer Wohn- oder Gewerbegebiete, Ansiedlung von Gewerbebetrieben oder Kultureinrichtungen, Schaffung neuer Infrastruktur oder des insgesamt wachsenden oder jahreszeitlich sehr unterschiedlichen Verkehrsaufkommens. Diese Entwicklung geht mit einer ständigen fachlichen Begleitung der verkehrstechnischen Infrastruktur einher.

Um die verkehrs- und umweltpolitischen Ziele der Stadt mit den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer in Einklang zu bringen, werden bei der Veränderung der verkehrstechnischen Infrastruktur Prioritäten gesetzt. Dabei liegt die Optimierung der Verkehrsverhältnisse im Hinblick auf einen reibungslosen und sicheren Verkehrsablauf im besonderen Interesse der Stadt.



Insofern bedarf es keiner Einführung einer Grünen Welle. Die Koordinierung von Lichtsignalanlagen ist eine Daueraufgabe der Verwaltung - unabhängig von einem Beschluss zum Antrag 17-05918.

Leuer

**Anlage/n:**  
keine

*Betreff:***Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt***Empfänger:*

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

*Datum:*

28.09.2017

*Beratungsfolge:*

		<i>Status</i>
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	17.10.2017	Ö
Bauausschuss (Vorberatung)	24.10.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	01.11.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	07.11.2017	Ö

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, eine barrierefreie Zugangsmöglichkeit zum Rathaus-Altbau herzustellen und die Barrierefreiheit im Gesundheitsamt durch die Ertüchtigung des vorhandenen Fahrstuhles zu verbessern.

**Sachverhalt:**

Zum Haushalt 2013 wurde ein Antrag der Linksfraktion über den barrierefreien Umbau von Rathaus und Gesundheitsamt beschlossen. Dazu standen in 2013 und 2014 35.000 Euro für das Gesundheitsamt und 190.000 Euro für das Rathaus zur Verfügung. In einer Stellungnahme zu einer SPD-Haushaltsanfrage vom 20.01.2015 und der Mitteilung 14212/15 wurde von der Verwaltung über die Verwendung der Mittel berichtet. Danach wurden über 100.000 Euro nicht für den barrierefreien Umbau verwendet, obwohl die barrierefreie Zugangsmöglichkeit zum Rathaus-Altbau und die Zugänglichkeit aller Etagen im Gesundheitsamt über einen Fahrstuhl gar nicht realisiert wurden.

Fast täglich kommt es vor, dass Menschen mit Behinderungen oder Einschränkungen sich an das Bürgerbüro der Stadt oder die im Eingangsbereich anwesenden Pförtner wenden möchten. Sie stehen dann aber vor einer unüberwindlichen Barriere, da es zwar drei Eingänge gibt, aber keiner von ihnen barrierefrei ist.

Von diesen Menschen zu erwarten, dass sie:

- die barrierefreie Zugangsmöglichkeit im Rathaus-Neubau am Bohlweg kennen
  - wissen, wie sie mit dem jeweiligen Aufzug über die jeweilige Etage zum Bürgerbüro / zum Pförtner kommen
  - dass sie, zuerst vom Haupteingang des Rathaus-Altbaus zum Eingang des Rathaus-Neubaus am Bohlweg gehen/fahren, um dann innerhalb des Rathauses diese Strecke wieder zurück zu legen
- halten wir für eine strukturelle Benachteiligung und zudem für unsinnig.

Noch größer ist das Problem im Gesundheitsamt, wo es überhaupt keine barrierefreie Zugangsmöglichkeit gibt bzw. der vorhandene Fahrstuhl nicht funktionsfähig ist.

**Anlagen:** keine

<i>Betreff:</i> <b>Haushalt 2018 / Investitionsprogramm 2017-2021</b>
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 0600 Baureferat	<i>Datum:</i> 30.11.2017
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Bauausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 05.12.2017	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

### **Beschluss:**

„1. Der Haushaltsplan 2018 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 1)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2017-2021 (Anlage 2)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 3)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2017-2021 (Anlage 4)
- den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte (Anlage 5)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2018 für die Sonderrechnung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement, für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

### **Sachverhalt:**

Die formelle Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG.

Die Entwürfe zum Haushaltsplan 2018 / Investitionsprogramm 2017-2021 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 06. Februar 2018 erfolgen.

Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Anträge und Vorschläge sowie Anfragen zum Haushalt sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltsplans 2018 abgebildet werden.

Im Haushaltsplanentwurf 2018 fehlten beim Teilhaushalt des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr versehentlich die beiden wesentlichen Produkte 1.54.5400.05 und 1.54.5400.06. Diese sind daher zur Kenntnis beigefügt (Anlage 7) und werden im endgültigen Haushaltsplan wieder abgebildet werden.

Leuer

**Anlage/n:**

- Anlage 1:  
Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
- Anlage 2:  
Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017-2021)
- Anlage 3:  
Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Anlage 4:  
Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung
- Anlage 5:  
Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
- Anlage 6:  
Anfragen/Anregungen zum Haushalt
- Anlage 7:  
Teilhaushalt FB 66 - Produkte 1.54.5400.05 und 1.54.5400.06

# Anlage 1: Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

															Bauausschuss				
Lfd. Nr.	Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	Abstimmungsergebnis			
					Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021			Dauer	dafür	dagegen	enthalten
					bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
<u>Teilhaushalt FB 20 - Finanzen</u>																			
		19	Sonstige ordentliche Aufwendungen																
1	060	1.54.5480.01	Sonstiger Personen- und Güterverkehr	BIBS	<b>Machbarkeitsstudie Unterführung der Start- und Landebahn am Flughafen</b> Es wird beantragt, Mittel zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Bau einer Unterführung unter der Start- und Landebahn des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg bereit zu stellen, um die Ortsteile Waggum und Bevenrode an den Ortsteil Querum und die Kernstadt von Braunschweig anzubinden. Bevenroder - und Grasseier Straße sollen dabei direkt miteinander verbunden werden. Sowohl die technischen als auch die finanziellen Aspekte sollen in der Studie dargestellt werden.										443140 Prüfungs- und Beratungskosten  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Der Antrag enthält keine Kostenangabe. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.				
<u>Diverse Teilhaushalte</u>																			
2	124	diverse		DIE LINKE.	<b>Rasenmäherkürzungen beenden</b> Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017.  Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.										dauerh. diverse				
							+ 1.960.300		+ 2.925.300		+ 3.780.300		+ 4.780.300						

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			Teilhaushalt 20 - Finanzen												
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
1	128	3E.21 NEU	Grundschule Kralenriede / Machbarkeitsstudie Multifunktionsbau	BIBS								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für einen Multifunktionsbau an der Grundschule Kralenriede;  - die Nutzfläche des Multifunktionsbaus sollte etwa 250 qm betragen - die Räumlichkeiten sollen nutzbar sein für Grundschulsport und Gymnastik, als Schulaula, als Aufenthaltsort (Pausenraum) an Regentagen und als Versamlungsraum für die Bürgerinnen und Bürger Kralenriedes - als Kostenobergrenze für die Planungen wird 1 Mio. € angesetzt			
		bisher	0	0	0	0	0	0	0						
		neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0						
		Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0						

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
			Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen  Errichtung der 4. IGS Volkmarode (hier: Vorziehen der Finanzraten für die Sanierung / den Neubau der Sporthalle)													
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		20.000	680.000	-640.000	-60.000	0					
2		4E.210056	4. IGS Volkmarode /Errichtung	SB 114	bisher	2.609.789	1.829.789	0	20.000	700.000	60.000	0	Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung der Sporthalle an der IGS Volkmarode von 2019 ff. auf das Jahr 2018 ff.			
	neu	2.609.789	1.829.789		20.000	700.000	60.000	0	0							
	Veränderung	0			20.000	680.000	-640.000	-60.000	0							
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		80.000	2.720.000	-2.560.000	-240.000	0					
3		4E.210056	4. IGS Volkmarode /Errichtung	SB 114	bisher	21.263.574	18.143.574	0	80.000	2.800.000	240.000	0	Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung der Sporthalle an der IGS Volkmarode von 2019 ff. auf das Jahr 2018 ff.			
	neu	21.263.574	18.143.574		80.000	2.800.000	240.000	0	0							
	Veränderung	0			80.000	2.720.000	-2.560.000	-240.000	0							
			Errichtung der 4. IGS Volkmarode (hier: Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen)													
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0					
4		4E.210056	4. IGS Volkmarode /Errichtung	SB 114	bisher	2.609.789	1.829.789	0	20.000	700.000	60.000	0	Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen von 2019 ff. auf 2018 ff.  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Im IP 2017 - 2021 sind in den Finanzraten lediglich Mittel für die Sporthalle der IGS Volkmarode enthalten. Bei Umsetzung wird hier ein neues Projekt notwendig.			
	neu	2.609.789	1.829.789		0	20.000	700.000	60.000	0	0						
	Veränderung	0			0	0	0	0	0							
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0					
5		4E.210056	4. IGS Volkmarode /Errichtung	SB 114	bisher	21.263.574	18.143.574	0	80.000	2.800.000	240.000	0	Vorziehen der Finanzraten für die Errichtung eines Multifunktionsraumes in Schapen von 2019 ff. auf 2018 ff.  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Im IP 2017 - 2021 sind in den Finanzraten lediglich Mittel für die Sporthalle der IGS Volkmarode enthalten. Bei Umsetzung wird hier ein neues Projekt notwendig.			
	neu	21.263.574	18.143.574		0	80.000	2.800.000	240.000	0	0						
	Veränderung	0			0	0	0	0	0							

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			Neubau einer Mehrzweckhalle GS Kralenriede												
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0				
6	131	4E.21NEU	GS Kralenriede / Neubau Mehrzweckhalle	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN								zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und den Bau einer Mehrzweckhalle an der Grundschule Kralenriede; mit der Planung für den Bau ist unverzüglich zu beginnen  Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung liegt noch nicht vor.			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0					
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)					
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)					
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0				
7	131	4E.21NEU	GS Kralenriede / Neubau Mehrzweckhalle	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN								zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und den Bau einer Mehrzweckhalle an der Grundschule Kralenriede; mit der Planung für den Bau ist unverzüglich zu beginnen  Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung liegt noch nicht vor.			
			bisher	0	0	0	0	0	0	0					
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)					
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)					

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor



**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel												
		25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)		70.000		70.000	0	0	0	0				
8		5E.21 NEU	Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau	SB 321	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums in Watenbüttel  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten für einen Neubau eines Jugendzentrum in Watenbüttel werden auf 950.000 € geschätzt. Zusätzlich muss mit Kosten von 70.000 € für den Erwerb eines Grundstückes kalkuliert werden.			
		neu	70.000		0	70.000	0	0	0	0					
		Veränderung	70.000			70.000	0	0	0	0					
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		950.000		950.000	0	0	0	0				
9		5E.21 NEU	Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau	SB 321	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums in Watenbüttel  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten für einen Neubau eines Jugendzentrum in Watenbüttel werden auf 950.000 € geschätzt. Zusätzlich muss mit Kosten von 70.000 € für den Erwerb eines Grundstückes kalkuliert werden.			
		neu	950.000		0	950.000	0	0	0	0					
		Veränderung	950.000			950.000	0	0	0	0					
			Neubau Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel (inkl. Räumlichkeiten für die Ortsbücherei)												
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0				
10		5E.21NEU	Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau (inkl. Ortsbücherei)	SB 321	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erweiterung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel um Raumkapazitäten für die derzeit in der Grundschule untergebrachten Ortsbücherei, sofern bis zur Planung und Umsetzung der Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums keine andere Lösung gefunden wurde  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Kostenschätzung liegt noch nicht vor.  <b>Sollte der Antrag zur Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel abgelehnt werden ist dieser Antrag hinfällig.</b>			
		neu	0		0	*)	0	0	0	0					
		Veränderung	0			*)	0	0	0	0					

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
		Hochbaumaßnahmen am "Am Westpark"														
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			340.000		340.000	0	0	0	0					
11		5E.21 NEU	Aktivspielplatz - Grillplatz am Rande des Westparks / Errichtung Toilettenkubus und Trinkwassersäule	SB 221	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Errichtung eines Toilettenkubus in der Nähe des Aktivspielplatzes bzw. des öffentlichen Grillplatzes am Rande des Westparks (160.000 €) und für eine Trinkwassersäule am gleichen Standort  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten für den Toilettenkubus werden auf rund 160.000 € geschätzt. Für die Trinkwassersäule werden zusätzlich rund 20.000 € veranschlagt. Sollte die Trinkwassersäule einzeln ohne den Toilettenkubus errichtet werden, erhöhen sich die Kosten für diese für die notwendige Erschließung.  <b>Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU vor.</b>				
					neu	180.000	0	180.000	0	0	0					0
					Veränderung	180.000		180.000	0	0	0					0
12	129	5E.21 NEU	Am Westpark / Errichtung Toilettenkubus	CDU	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 € für die Errichtung eines Toilettenkubus am Rande des Westparks  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> <b>Es liegt ein ähnlich lautender Antrag des Stadtbezirksrates 221 vor.</b>				
					neu	160.000	0	160.000	0	0	0					0
					Veränderung	160.000		160.000	0	0	0					0
Sonstige Maßnahmen																
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			121.600		121.600	0	0	0	0					
13	127	4E.210210	Kinder- und JZ B 58 /Sanierung	SPD	bisher	115.000	0	0	0	0	115.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € für die Entwurfsplanung zur Erweiterung und Sanierung des Kinder- und Jugendzentrums B 58			
					neu	145.000	0	30.000	0	0	115.000	0				
					Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0				
14		4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 113	bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Überdachung im Bereich des Sportlereingangs an der Sporthalle Hondelage  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Der ansässige Sportverein möchte im Bereich des Sportlereingangs Verkaufsstände betreiben. Das ist bauordnungsrechtlich nicht zulässig, weil der Einganbereich im Verlauf des zweiten baulichen Rettungswegs liegt und nicht zugestellt werden darf.			
					neu	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0				
					Veränderung	0		0	0	0	0	0				

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
15		4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 113	bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erstellung eines befestigten Untergrundes zwecks Umsetzung der Wertstoffcontainer im Bereich Feuerwehr/NEZ/Sternwarte  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Als Alternativstandort für die Container ist die Grünfläche nördlich des jetzigen Standortes vorgesehen. Die Kosten für die Befestigung der Fläche werden auf ca. 1.600 € geschätzt (ohne Berücksichtigung der Beseitigung des Busch- und Wurzelwerkes).			
	neu	4.802.900	3.721.300		271.600	270.000	270.000	270.000	0							
	Veränderung	1.600			1.600	0	0	0	0							
16	151	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BIBS	bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterkünfte /Wohnwagen am Madamenweg 94  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Fachverwaltung sieht eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen ( <b>siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung</b> ). <b>Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig.</b>			
	neu	4.891.300	3.721.300		360.000	270.000	270.000	270.000	0							
	Veränderung	90.000			90.000	0	0	0	0							
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			175.000		175.000	0	0	0	0					
17		5E.21 NEU	Grundschule Klint / Anschaffung von Außenjalousien	SB 131	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 EUR zur Anschaffung von Außenjalousien ("kleine Lösung") zum Sonnenschutz an der Grundschule Klint			
	neu	175.000	0		175.000	0	0	0	0							
	Veränderung	175.000			175.000	0	0	0	0							

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
			<b>Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr</b>													
			<b>DB Verknüpfungspunkt Bienrode / Umgestaltung</b>													
		<b>19</b>	<b>Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>0</b>		<b>0</b>	<b>57.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-57.000</b>					
18		5E.660071	DB-Verknüpfungspunkt Bienrode/Umgestaltung	SB 112	bisher	57.000	0	0	0	0	57.000	Vorziehen der Einzahlungsrate 2022 für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Bienrode auf das Jahr 2019				
					neu	57.000	0	0	57.000	0	0					0
					Veränderung	0	0	0	57.000	0	0					-57.000
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>0</b>		<b>0</b>	<b>285.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-285.000</b>					
19		5E.660071	DB-Verknüpfungspunkt Bienrode/Umgestaltung	SB 112	bisher	285.000	0	0	0	0	285.000	Vorziehen der Finanzrate 2022 für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Bienrode auf das Jahr 2019				
					neu	285.000	0	0	285.000	0	0					0
					Veränderung	0	0	0	285.000	0	0					-285.000
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>1.600.000</b>		<b>1.600.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>					
20		5E.66 NEU	Ecke Senefelder Straße - Mascheroder Weg / Errichtung Kreisel	SB 211	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € für die Erstellung eines Kreisel an der Ecke Senefelder Straße / Mascheroder Weg				
					neu	800.000	0	800.000	0	0	0					0
					Veränderung	800.000	0	800.000	0	0	0					0
												<b>Anmerkung der Verwaltung:</b> <b>Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BIBS-Fraktion.</b>				
21	133	5E.66 NEU	Ecke Senefelder Straße - Mascheroder Weg / Errichtung Kreisel	BIBS	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € für die Erstellung eines Kreisel an der Ecke Senefelder Straße / Mascheroder Weg, dabei mögen insbesondere die von der Bürgerinitiative vor Ort erarbeiteten Alternativen berücksichtigt werden				
					neu	800.000	0	800.000	0	0	0					0
					Veränderung	800.000	0	800.000	0	0	0					0
												<b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Gesamtkosten werden auf 800.000 € geschätzt.				
												<b>Es gibt einen gleichlautenden Antrag des Stadtbezirksrat 211.</b>				

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
		Sonstige Maßnahmen													
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			2.434.500		2.434.500	0	0	0	0				
22		3E.66 NEU	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp-Am Feuerteich / Planung der Umgestaltung	SB 114	bisher 0 neu 25.000 Veränderung 25.000	0 0	0 25.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße/Ziegelkamp/Am Feuerteich (Ziel: klare und eindeutige Verkehrsführung)			
23		3E.66 NEU	Bushaltestelle IGS Volkmarode / Planung des Umbaus	SB 114	bisher 0 neu 20.000 Veränderung 20.000	0 0	0 20.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € für die Planung des Umbaus der Bushaltestelle inkl. der Zu- und Abfahrten an der IGS Volkmarode			
24		4E.66 NEU	Ortsausfahrt Bienrode Richtung Waggum / Verbesserung der Verkehrssituation	SB 112	bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für 2018 für die Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Ortsausfahrt Bienrode in Richtung Waggum (z. B. durch einen Kreisell). Dabei sollen auch die Planungen für die Feuerwache berücksichtigt werden.			
25		4E.66 NEU	Straße "Am Nussberg" / Sanierung	SB 120	bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0	0 500.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Straße "Am Nussberg"; die Sanierung soll die gesamte Straßenführung von der Ebertallee bis zum Bahnübergang umfassen  Anmerkung der Verwaltung: Die Kosten für die Sanierung in vorhandener Breite betragen geschätzte 500.000 €. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaubeitragspflichtig ist.  Eine grundsätzliche Sanierung mit Planung und Neuordnung der Verkehrsflächen würde rd. 1,3 Mio. € kosten.			

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
26		4E.66 NEU	Obergstraße / Sanierung	SB 132	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Obergstraße				
					neu	230.000	0	230.000	0	0	0					
					Veränderung	230.000		230.000	0	0	0					
					Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung sieht hier keinen Handlungsbedarf. Die Kosten für eine grundhafte Sanierung der Obergstraße werden auf 230.000 € geschätzt. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaupflichtig ist.											
27		4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 113	bisher	18.691.200	13.775.700	1.200.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Anbringung von Hinweisschildern auf das NEZ (Natur-Erlebniszentrum Hondelage)			
					neu	18.691.200	13.775.700	1.200.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0				
					Veränderung	0		0	0	0	0	0				
					Anmerkung der Verwaltung Die Umsetzung der Beschilderung erfolgt nach Anordnung der Straßenverkehrsbehörde durch die BELLIS GmbH, zusätzliche Kosten entstehen hierdurch nicht.											
28		4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 113	bisher	18.691.200	13.775.700	1.200.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Fußwegs im Bereich Ackerweg/Tiefe Straße			
					neu	18.694.700	13.775.700	1.204.300	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0				
					Veränderung	3.500		3.500	0	0	0	0				
					Anmerkung der Verwaltung: Im Einmündungsbereich des Ackerweges in die Tiefe Straße sollte vorrangig der südliche Gehweg im Radienbereich auf einer Länge von ca. 28 m saniert werden. Die Kosten werden auf ca. 3.500 € geschätzt.											
29		4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 221	bisher	18.691.200	13.775.700	1.200.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € für die Sanierung der Gehwege in der Weststadt			
					neu	18.741.200	13.775.700	1.250.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0				
					Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0				
30	132	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	CDU	bisher	18.691.200	13.775.700	1.200.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € für die Installation von zwei Unterflurmüllbehälter im Bereich Kohlmarkt und Kattrepeln sowie insgesamt acht 100l-Behälter entlang des Damm, des Hutfilten und auf dem Kohlmarkt			
					neu	18.731.200	13.775.700	1.240.800	1.202.900	1.211.800	1.300.000	0				
					Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0				
31		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 131	bisher	750.000	250.000	150.000	150.000	100.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6.000 EUR zur Beseitigung der Verkehrsinsel "Beckmann-Nase" an der Kreuzung Karrenführerstraße/Kuhstraße			
					neu	756.000	250.000	156.000	150.000	100.000	100.000	0				
					Veränderung	6.000		6.000	0	0	0	0				

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
32		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 211	bisher	750.000	250.000	150.000	150.000	100.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € für die Schaffung einer Querungshilfe für die Leipzigerstraße und Bertha-von-Suttnerstraße; auf der Leipzigerstraße soll ein Zebrastreifen südlich der Einmündung in die Bertha-von-Suttner-Straße errichtet werden			
	neu	755.000	250.000		155.000	150.000	100.000	100.000	0							
	Veränderung	5.000			5.000	0	0	0	0							
33		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 321	bisher	750.000	250.000	150.000	150.000	100.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beleuchtung und den Wetterschutz der Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> - Haltestelle „Lammer Heide“, stadteinwärts: Ein mobiler Wetterschutz ohne Beleuchtung ist an dieser Haltestelle bereits vorhanden. Sollte ein fest installierter Wetterschutz aufgestellt werden, müsste die Haltestelle barrierefrei (einschließlich Folgemaßnahmen) umgebaut werden, was ca. 130.000 € kosten wird.  - Haltestelle „Lammer Heide“, stadtauswärts: Kurz vor dem Linienende ist dies v. a. eine Ausstiegshaltestelle, weshalb ein Wetterschutz hier nicht erforderlich ist.  - Haltestelle „Neudammstraße“, stadteinwärts: Ein Wetterschutz kann hier nur aufgestellt werden, wenn der Gehweg (Wartefläche) durch Umbau vergrößert wird. Ein solcher barrierefreier Umbau einschließlich der Aufstellung eines Wetterschutzes wird ca. 70.000 € kosten.  - Haltestelle „Neudammstraße“, stadtauswärts: Diese Haltestelle ist bereits seit vielen Jahren mit einem Wetterschutz ausgestattet. Aufgrund einer anderen Linienführung war sie früher eine Einstiegshaltestelle			
	neu	950.000	250.000		350.000	150.000	100.000	100.000	0							
	Veränderung	200.000			200.000	0	0	0	0							
34		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 322	bisher	750.000	250.000	150.000	150.000	100.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes an der Bushaltestelle Ernst-Böhme-Straße / Ecke Hafenstraße  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten werden für die Haltestelle "Ernst-Böhme-Straße", stadteinwärts, auf rund 15.000 € geschätzt.			
	neu	765.000	250.000		165.000	150.000	100.000	100.000	0							
	Veränderung	15.000			15.000	0	0	0	0							
35		4S.660020	FB 66: Global Umbauten Straßen etc.	SB 322	bisher	750.000	250.000	150.000	150.000	100.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Rückbau der Haltebucht "Bushaltestelle Wendener Weg" und für die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten werden für die Haltestelle "Wendener Weg", stadteinwärts, auf rund 80.000 € geschätzt.			
	neu	830.000	250.000		230.000	150.000	100.000	100.000	0							
	Veränderung	80.000			80.000	0	0	0	0							

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
36		4S.660023	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 132	bisher	8.100.000	500.000	1.000.000	1.600.000	2.200.000	2.800.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erneuerung des Straßenbelags der Campestraße  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Verwaltung sieht für diese Maßnahme keinen dringenden Handlungsbedarf. Die Kosten einer grundhaften Sanierung der Fahrbahn der Campestraße (ohne Gehwege) werden auf 490.000 € geschätzt. Es wäre noch zu prüfen, ob diese Maßnahme straßenausbaubetragspflichtig ist.			
					neu	8.590.000	500.000	1.490.000	1.600.000	2.200.000	2.800.000	0				
					Veränderung	490.000		490.000	0	0	0	0				
37		4S.66 NEU	Hauptbahnhof / Zuschüsse für zusätzliche Fahrradabstellanlagen bzw. für Fahrradparkhaus	SB 132	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Erhöhung der Zahl der Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof und für die Prüfung der Möglichkeit eines Fahrradparkhauses  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Am Braunschweiger Hauptbahnhof fehlen rund 1.200 Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Allein die Fahrradständer hierfür würden ca. 240.000 € kosten (Ständer und Einbau je 200 €).  Die Kosten für die Herstellung eines Fahrradparkhauses sind abhängig von der Ausgestaltung und der Größe (Anzahl der abzustellenden Räder). Vergleichswerte aus anderen Kommunen legen Kosten zwischen 1.700 € und 4.000 € je abzustellendem Fahrrad.  Zusätzlich sind die Eigentumsverhältnisse am Braunschweiger Hauptbahnhof zu beachten, da es sich zu bedeutenden Teilen um Eigentum der Bahn AG handelt.			
					neu	240.000	0	240.000	0	0	0	0				
					Veränderung	240.000		240.000	0	0	0	0				
38		4S.66NEU	Brücke / Durchstich Okeraltarm	SB 211	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € für die Anbindung des Okeraltarms in Stöckheim mittels Durchstich an die Oker und für den Bau einer Brücke über den Durchstich  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Die Kosten der Brücke werden zwischen 130.000 € und 160.000 € liegen.			
					neu	10.000	0	10.000	0	0	0	0				
					Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0				
39		5S.660051	FB 66:Ersatz-Invest-Straßenbel.	SB 132	bisher	21.867.400	14.483.900	1.790.800	1.826.700	1.864.000	1.902.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Beleuchtung der Eisenbahnunterführung der Helmstedter Straße im Wege der stattfindenden Baumaßnahmen  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Im Rahmen der laufenden Baumaßnahme "Helmstedter Straße" wird die vorhandene Brückenbeleuchtung durch neue LED-Leuchten ersetzt. Zur weiteren Verbesserung (weitere Erhöhung des Beleuchtungsniveaus) sind Kosten von ca. 20.000 € zu veranschlagen.			
					neu	21.887.400	14.483.900	1.810.800	1.826.700	1.864.000	1.902.000	0				
					Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0				



**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		#BEZUG!	#BEZUG!	3.957.000	0	0	0	#BEZUG!				
40		5E.66 NEU	Kreuzung Schapenstraße-Hordorfer Straße / Errichtung Kreisverkehr	SB 114	bisher 0 neu 500.000 Veränderung 500.000	0 0 500.000	0 500.000 500.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Schapenstraße/Hordorfer Straße			
41		5E.66 NEU	Elbestraße / Verlängerung mit Anb. Timmerlahstr.	SB 221	bisher 0 neu 1.000.000 Veränderung 1.000.000	0 0 1.000.000	0 1.000.000 1.000.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. € für die Verlängerung der Elbestraße mit Anbindung der Timmerlahstraße  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Eine Verlängerung wird erschließungstechnisch nicht für erforderlich und aufgrund der im Bereich nicht realisierbaren Wohngebiete auch planerisch nicht für gerechtfertigt gehalten. Darüber hinaus wird befürchtet, dass regionale Verkehre aus dem Umland angezogen werden und die Wohnbaubereiche der Weststadt zusätzlich belastet würden.			
42		5E.66 NEU	Radweg Lehnndorf-Lamme /Planung und Realisierung	SB 321	bisher 0 neu 700.000 Veränderung 700.000	0 0 700.000	0 700.000 700.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Planung und Realisierung eines Radweges zwischen Lehnndorf und Lamme  <b>Anmerkung der Verwaltung</b> Die Kosten werden auf rund 700.000 € geschätzt.			
43	134	5E.66 NEU	Altstadtmarkt / Barrierefreier Umbau	DIE LINKE	bisher 0 neu 1.650.000 Veränderung 1.650.000	0 0 1.650.000	0 1.650.000 1.650.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Altstadtmarktes: dabei sind folgende Maßnahmen durchzuführen:  - Neubau der Marktfläche in einer bautechnischen Form, die sowohl eine barrierefreie Benutzung ermöglicht als auch gestalterischen Aspekten entspricht für den barrierefreien Umbau des Altstadtmarktes und der Haltestellen am Altstadtmarkt  - Umbau der Haltestellen zu barrierefreien Haltestellen  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Es werden Kosten in geschätzter Höhe von 1,65 Mio. € erwartet, davon 150.000 € Planungskosten.			

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
44		5S.660039	FB 66: Global-Baumaßnahmen	SB 131								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 95.000 EUR zur Erstellung eines Fußweges vom Klint zum Löwenwall				
					bisher	540.200	340.200	50.000	50.000	50.000	50.000					0
					neu	635.200	340.200	145.000	50.000	50.000	50.000					0
					Veränderung	95.000		95.000	0	0	0					0
45		5S.660050	FB 66:Global-Neue Invest.(Bellis)	SB 211								zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 € für die Weiterführung der Beleuchtung entlang des Deiwegs bis zur Thiedestraße				
					bisher	2.225.900	1.625.900	210.000	130.000	130.000	130.000					0
					neu	2.237.900	1.625.900	222.000	130.000	130.000	130.000					0
					Veränderung	12.000		12.000	0	0	0					0

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport												
			Sonstige Maßnahmen												
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)												
46		4E.67 NEU	Jugendplatz Biberweg - Ölper / Sanierung	SB 321	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Um den Jugendplatz deutlich aufzuwerten, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:  - Lieferung und Installation eines Wetterschutzes für rd. 14.500 € - Rasenregeneration für rd. 5.500 € - Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten für rd. 6.500 € - Erneuerung der Einfriedungen zum Biberweg für rd. 5.000 € - Ergänzung der Zufahrtspoller für r. 1.500 € - Erweiterung der Skateranlage für rd. 18.000 €  Die Gesamtsumme beläuft sich auf rd. 51.000 €.			
					neu	51.000	0	51.000	0	0	0				
					Veränderung	51.000	0	51.000	0	0	0				
47	135	4S.67 NEU	Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrün. / Förderprogramm	CDU	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für das Förderprogramm zur Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung von jährlich 100.000 € über fünf Jahre  <b>Anmerkung der Verwaltung:</b> Für die Realisierung des Förderprogramms müssten zusätzlich Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden.			
					neu	500.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000				
					Veränderung	500.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000				

**Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)**

Anlage 2: Haushaltslesung 2018 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP 2017 - 2021)													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
			<b>Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden (Nachversand)</b> <b>Teilhaushalt 20 - Finanzen</b>  <b>Sonstige Maßnahmen</b>													
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender		90.000		90.000	0	0	0	0					
48	161	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
				bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch- /WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterkünfte /Wohnwagen am Madamenweg 94				
				neu	4.891.300	3.721.300	360.000	270.000	270.000	270.000	0					
				Veränderung	90.000		90.000	0	0	0	0					
				(Nachversand)												
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		300.000	*)		100.000	100.000	100.000	0					
49	162	5S.210004	FB 20: Global-Baumaßnahmen	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
				bisher	1.335.800	1.335.800	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für das Jahr 2018 um die Schulen GS Giesmarode, IGS Franzshes Feld und GY Hoffmann von Fallersleben mit Abstellanlagen für Fahrräder entsprechend der DIN 79008 um- bzw. auszurüsten.				
				neu	1.635.800	1.335.800	*)	100.000	100.000	100.000	100.000		0			
				Veränderung	300.000		*)	100.000	100.000	100.000	100.000		0			
			<b>Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr (Nachversand)</b> <b>Radverkehrs-Förderung</b>													
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		30.000		30.000	0	0	0	0					
50	163	3E.66 NEU	Radverkehrs-Förderung / Planung	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
				bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € zur Beauftragung eines Gutachtens mit dem die effizientesten, kurzfristigen Maßnahmen in Braunschweig zur Förderung des Radverkehrs identifiziert werden sollen				
				neu	30.000	0	30.000	0	0	0	0		0			
				Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0		0			

\*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

# Anlage 3: Haushaltslesung 2018 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

## Bauausschuss

Lfd. Nr.	Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	Abstimmungsergebnis				
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				dafür	dagegen	enthalten		
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen							
Teilhaushalt Fachbereich 37 - Feuerwehr																				
		2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			+ 36.000	0	+ 103.500	0	+ 20.200	0	0	0							
1	1	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	Für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung wird eine Zuwendung des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Höhe von rd. 159.700 € gewährt. Die Einnahmen sollen dazu dienen, die durch das Forschungsprojekt verursachten Kosten vollständig zu decken (s. Ziffern 18 bis 20).												einmalig	314010 Zuweisungen vom Bund			
						+ 36.000		+ 103.500		+ 20.200		0								
		15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			0	+ 700	0	+ 700	0	+ 700	0	0							
2	2	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	Es entstehen Aufwendungen für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung in Höhe von insgesamt rd. 159.700 € (s. Ziffern 19 bis 20 und Liste der Ansatzveränderungen des IM). Die Projektteilnahme wird zu 100% gefördert (s. Ziffer 17) .												einmalig	429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen			
							+ 700		+ 700		+ 700		0							
		19	Sonstige ordentliche Aufwendungen			0	+ 3.300	0	+ 3.300	0	+ 4.200	0	0							
3	3	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	Es entstehen Aufwendungen für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung in Höhe von insgesamt rd. 159.700 € (s. Ziffern 19 bis 20 und Liste der Ansatzveränderungen des IM). Die Projektteilnahme wird zu 100% gefördert (s. Ziffer 17) .												einmalig	443150 Büromaterial und sonstige Bürobedarfskosten			
							+ 1.000		+ 1.000		+ 800		0							
4	4	370-1010	Integrierte Regionalleitstelle	Es entstehen Aufwendungen für die Teilnahme am Projekt „SIRENE“ zur Erforschung der Umsetzung der dynamischen Verkehrslenkung in Höhe von insgesamt rd. 159.700 € (s. Ziffern 19 bis 20 und Liste der Ansatzveränderungen des IM). Die Projektteilnahme wird zu 100% gefördert (s. Ziffer 17) .												einmalig	443180 Dienstreisen, Fahrtkostenersatz			
							+ 2.300		+ 2.300		+ 3.400		0							
Teilhaushalt Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat																				
		18	Transferaufwendungen			0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000							
5	5	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	Einrichtung des Baustellenfonds												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche			
							+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000		+ 100.000							

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Teilhaushalt 20 - Finanzen</b>												
			<b>Planungsaufträge</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>12.000</b>		<b>-288.000</b>	<b>300.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>1</b>	<b>2</b>	3E.210012	Gesundheitsamt / Planung Sanierung		bisher	300.000	0	300.000	0	0	0	Verschieben der Finanzrate für die Planung der Sanierung des Gesundheitsamtes von 2018 auf 2019			
					neu	300.000	0	300.000	0	0	0				
					Veränderung	0	-300.000	300.000	0	0	0				
<b>2</b>	<b>3</b>	3S.200001	FB 20: Planungskosten Vergabe v. L.		bisher	2.471.787	1.471.787	250.000	250.000	250.000	250.000	zusätzliche Planungsmittel für die Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung "Umstrukturierung Straßenverkehrsabteilung" (Meldung vom FB 32)			
					neu	2.483.787	1.471.787	262.000	250.000	250.000	250.000				
					Veränderung	12.000	12.000	0	0	0	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Verbesserung der Ganztagsbetriebseinrichtung der GS Comeniusstraße</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>900.000</b>		<b>-210.700</b>	<b>0</b>	<b>510.700</b>	<b>600.000</b>	<b>0</b>				
<b>3</b>	<b>8 a</b>	4E.21 NEU	GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Ganztagsinfrastruktur an der GS Comeniusstraße in Höhe von 4,7 Mio. EUR und Einrichtung eines neuen Projektes (siehe auch Vorlage 17-05269)			
				neu	2.860.700	0	400.000	950.000	910.700	600.000	0				
				Veränderung	2.860.700		400.000	950.000	910.700	600.000	0				
<b>4</b>	<b>8 b</b>	4E.210196	GS Comeniusstraße / Brandschutzmaßnahmen	bisher	2.859.500	898.800	610.700	950.000	400.000	0	0	Einrichtung eines neuen Projektes, da es sich nicht nur um Brandschutzmaßnahmen handelt (siehe auch 4E.21 NEU)			
				neu	898.800	898.800	0	0	0	0	0				
				Veränderung	-1.960.700		-610.700	-950.000	-400.000	0	0				
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>3.800.000</b>		<b>-842.800</b>	<b>0</b>	<b>2.042.800</b>	<b>2.600.000</b>	<b>0</b>				
<b>5</b>	<b>8 c</b>	4E.21 NEU	GS Comeniusstraße / Verbesserung GTB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Verbesserung der Ganztagsinfrastruktur an der GS Comeniusstraße in Höhe von 4,7 Mio. EUR und Einrichtung eines neuen Projektes (siehe auch Vorlage 17-05269)			
				neu	11.642.800	0	1.600.000	3.800.000	3.642.800	2.600.000	0				
				Veränderung	11.642.800		1.600.000	3.800.000	3.642.800	2.600.000	0				
				VE 2019:	0	VE 2019 neu:	3.800.000	VE 2019 Veränderung:	3.800.000						
				VE 2020:	0	VE 2020 neu:	1.600.000	VE 2020 Veränderung:	1.600.000						
<b>6</b>	<b>8 d</b>	4E.210196	GS Comeniusstraße / Brandschutzmaßnahmen	bisher	8.142.800	300.000	2.442.800	3.800.000	1.600.000	0	0	Einrichtung eines neuen Projektes, da es sich nicht nur um Brandschutzmaßnahmen handelt (siehe auch 4E.21 NEU)			
				neu	300.000	300.000	0	0	0	0	0				
				Veränderung	-7.842.800		-2.442.800	-3.800.000	-1.600.000	0	0				
				VE 2019:	3.800.000	VE 2019 neu:	0	VE 2019 Veränderung:	-3.800.000						
				VE 2020:	1.600.000	VE 2020 neu:	0	VE 2020 Veränderung:	-1.600.000						

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Mehrkosten Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Lamme</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>356.000</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>356.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>7</b>	<b>9 a</b>	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb		bisher 592.600 neu 948.600 Veränderung 356.000	331.900 331.900	20.000 20.000 0	240.700 240.700 0	0 356.000 356.000	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Lamme in Höhe von 1,78 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05261)			
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>1.424.000</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.424.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>8</b>	<b>9 b</b>	4E.210154	GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb		bisher 1.945.400 neu 3.369.400 Veränderung 1.424.000	902.600 902.600	80.000 80.000 0	962.800 962.800 0	0 1.424.000 1.424.000	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Lamme in Höhe von 1,78 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05261)			



**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Erweiterung der GS Edith Stein														
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			1.070.000		0	1.070.000	0	0	0				
9	10	4E.210181	GS Edith Stein / Erweiterung	bisher	898.620	648.620	125.000	125.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Erweiterung der GS Edith Stein in Höhe von 1,07 Mio. EUR (siehe auch Vorlage 17-05084)			
				neu	1.968.620	648.620	125.000	1.195.000	0	0	0				
				Veränderung	1.070.000		0	1.070.000	0	0	0				
	Erweiterung des GY Neue Oberschule														
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			320.000		200.000	0	0	120.000	0				
10	11 a	4E.210207	GY Neue Oberschule / Erweiterung	bisher	720.000	0	80.000	320.000	220.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Erweiterung des GY Neue Oberschule in Höhe von 0,8 Mio. EUR (inkl. Beschaffung von mobilen Raumeinheiten als Interimslösung)			
				neu	1.040.000	0	280.000	320.000	220.000	220.000	0				
				Veränderung	320.000		200.000	0	0	120.000	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			480.000		0	0	0	480.000	0				
11	11 b	4E.210207	GY Neue Oberschule / Erweiterung	bisher	2.880.000	0	320.000	1.280.000	880.000	400.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel zur Erweiterung des GY Neue Oberschule in Höhe von 0,8 Mio. EUR (inkl. Beschaffung von mobilen Raumeinheiten als Interimslösung)			
				neu	3.360.000	0	320.000	1.280.000	880.000	880.000	0				
				Veränderung	480.000		0	0	0	480.000	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss			
													Abstimmungsergebnis			
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
		Neubauten Berufsfeuerwehr														
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		500.000		0	500.000	0	0	0					
12	12	4E. 21 NEU	Südwache, Brandschutzmaßnahmen		bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen an der Südwache in Höhe von 500.000 EUR für 2019				
					neu	500.000	0	0	500.000	0	0					0
					Veränderung	500.000		0	500.000	0	0					0
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		-1.000.000	1.000.000	0	0	0					
13	13	5E.210113	Berufsfeuerwehr / Neubauten		bisher	32.500.000	4.934.000	5.600.000	5.565.000	4.205.000	1.600.000	10.596.000	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1 Mio. EUR von 2018 auf 2019 für den Neubau des Führungs- und Lagezentrum der Berufsfeuerwehr (siehe auch Vorlage 17-04911)			
					neu	32.500.000	4.934.000	4.600.000	6.565.000	4.205.000	1.600.000	10.596.000				
					Veränderung	0		-1.000.000	1.000.000	0	0	0				
					VE 2019:	5.565.000	VE 2019 neu:	6.565.000	VE 2019 Veränderung:		1.000.000					

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Bauten der Freiwilligen Feuerwehr</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>-125.000</b>		<b>-125.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>14</b>	<b>14</b>	4S.210017	Ortsfeuerwehren / Mängelbeseitigung FUK		bisher 2.170.500 neu 2.045.500 Veränderung -125.000	1.220.500 1.220.500	225.000 100.000 -125.000	225.000 225.000 0	250.000 250.000 0	250.000 250.000 0	0 0 0	geringere Haushaltsmittel für die Mängelbeseitigung an den Gebäuden der Ortsfeuerwehren in Höhe von 125.000 EUR für 2018 (Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf)			
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>0</b>		<b>-500.000</b>	<b>200.000</b>	<b>300.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>15</b>	<b>15</b>	5E.210144	FFW Timmerlah / Neubau		bisher 1.500.000 neu 1.500.000 Veränderung 0	0 0	700.000 200.000 -500.000	800.000 1.000.000 200.000	0 300.000 300.000	0 0 0	0 0 0	Verschieben von Teilfinanzraten für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah von 2018 auf die Jahre 2019/2020 (Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Finanzbedarf)			

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Brandschutzmaßnahmen</b>												
			<b>GS Bürgerstraße</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>648.200</b>		<b>648.200</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>16</b>	<b>16</b>	4E.210201	GS Bürgerstraße / Brandschutzmaßnahmen		bisher 150.000 neu 798.200 Veränderung 648.200	150.000 150.000	0 648.200	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen an der GS Bürgerstraße in Höhe von 648.200 EUR			
			<b>GS Altmühlstraße</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>1.410.000</b>		<b>100.000</b>	<b>500.000</b>	<b>810.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>17</b>	<b>17</b>	4E. 21 NEU	GS Altmühlstraße / Brandschutzmaßnahmen		bisher 0 neu 1.410.000 Veränderung 1.410.000	0 0	0 100.000	0 500.000	0 810.000	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen der GS Altmühlstraße in Höhe von 1,41 Mio. EUR			
			<b>Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstr. / Brandschutzmaßnahmen</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>1.000.000</b>		<b>100.000</b>	<b>500.000</b>	<b>400.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>18</b>	<b>18</b>	4E. 21 NEU	Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstr. / Brandschutzmaßnahmen		bisher 0 neu 1.000.000 Veränderung 1.000.000	0 0	0 100.000	0 500.000	0 400.000	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen der Johannes-Selenka-Schule Abt. Hochstraße in Höhe von 1 Mio. EUR			

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
		sonstige Brandschutzmaßnahmen													
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		-648.200		-648.200	0	0	0	0				
19	19	4S.210051	Brandschutzmaßnahmen	bisher	2.632.000	1.132.000	1.500.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für Brandschutzmaßnahmen In Höhe von 648.200 EUR zur Finanzierung von Einzelprojekten im Brandschutz, die jeweils ein Volumen von über 150.000 EUR haben			
				neu	1.983.800	1.132.000	851.800	0	0	0	0				
				Veränderung	-648.200		-648.200	0	0	0	0				
		Dachsanierung Halle Hamburger Str. 267													
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		150.000		0	150.000	0	0	0				
20	20	4E. 21 NEU	Gebäude Hamburger Str. 267 / Dachsanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Dachsanierung der Halle Hamburger Str. 267 in Höhe von 150.000 EUR			
				neu	150.000	0	0	150.000	0	0	0				
				Veränderung	150.000		0	150.000	0	0	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Container Lessinggymnasium</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>1.400.000</b>		<b>1.400.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>21</b>	<b>21</b>	4S. 21 NEU	Lessinggymnasium / Container		bisher 0 neu 1.400.000 Veränderung 1.400.000	0 0	0 1.400.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Bereitstellung von 10 mobilen Raumeinheiten für das Lessinggymnasium für 2018 in Höhe von 1,4 Mio. EUR			
			<b>Anbau Kita Schölkestraße</b>												
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>400.000</b>		<b>60.000</b>	<b>260.000</b>	<b>80.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>22</b>	<b>22 a</b>	4E. 21 NEU	Kita Schölkestraße / Anbau		bisher 0 neu 400.000 Veränderung 400.000	0 0	0 60.000	0 260.000	0 80.000	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Anbau an die Kita Schölkestraße zur Schaffung weiterer Krippenplätze in Höhe von 2 Mio. EUR			
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>1.600.000</b>	<b>0</b>	<b>240.000</b>	<b>1.040.000</b>	<b>320.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>23</b>	<b>22 b</b>	4E. 21 NEU	Kita Schölkestraße / Anbau		bisher 0 neu 1.600.000 Veränderung 1.600.000	0 0	0 240.000	0 1.040.000	0 320.000	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Anbau an die Kita Schölkestraße zur Schaffung weiterer Krippenplätze in Höhe von 2 Mio. EUR			

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Sanierung Städtische Baudenkmäler</b>												
		<b>10</b>	<b>Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>174.500</b>		<b>174.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>24</b>	<b>23 a</b>	4E.21 NEU	Villa Salve Hospes / San. Zaunanlage		bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge für die Sanierung der Zaunanlage "Salve Hospes" in Höhe von 200.000 EUR (Gesamtkosten: 378.000 EUR; Gesamteinnahmen: 200.000 EUR)  Zur Deckung können die Haushaltsmittel des Projektes "Städtische Baudenkmäler / Sanierung" für 2018 herangezogen werden (Erträge: 25.500 EUR, Aufwendungen: 76.500 EUR)			
					neu	200.000	0	200.000	0	0	0				
					Veränderung	200.000		200.000	0	0	0				
<b>25</b>	<b>24 a</b>	4S.210024	Städtische Baudenkmäler / San.		bisher	239.079	162.579	25.500	25.500	25.500	0	geringere Haushaltsmittel für die Sanierung von Städtischen Baudenkmälern, da für die Sanierung Salve Hospes ein Einzelprojekt eingerichtet wird			
					neu	213.579	162.579	0	25.500	25.500	0				
					Veränderung	-25.500		-25.500	0	0	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
		<b>17</b>	<b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>301.500</b>		<b>301.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>26</b>	<b>23 b</b>	4E.21 NEU	Villa Salve Hospes / San. Zaunanlage		bisher 0 neu 378.000 Veränderung 378.000	0 0	0 378.000	0 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Sanierung der Zaunanlage "Salve Hospes" in Höhe von 378.000 EUR (Gesamtkosten: 378.000 EUR; Gesamteinnahmen: 200.000 EUR)  Zur Deckung können die Haushaltsmittel des Projektes "Städtische Baudenkmäler / Sanierung" für 2018 herangezogen werden (Erträge: 25.500 EUR, Aufwendungen: 76.500 EUR)			
<b>27</b>	<b>24 b</b>	4S.210024	Städtische Baudenkmäler / San.		bisher 817.500 neu 741.000 Veränderung -76.500	664.500 664.500	76.500 0 -76.500	76.500 76.500 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	geringere Haushaltsmittel für die Sanierung von Städtischen Baudenkmälern, da für die Sanierung Salve Hospes ein Einzelprojekt eingerichtet wird			



# Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			sonstige Instandhaltungsmaßnahmen "Allgemeines Grundvermögen"												
		17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		1.356.400		-223.600	1.580.000	0	0	0				
28	25	4E. 21 NEU	Petzvalstraße 50 B / Fassadensan.									zusätzliche Haushaltsmittel für die Fassadensanierung Petzvalstraße 50 B in Höhe von 1,33 Mio. EUR			
				bisher	0	0	0	0	0	0	0				
				neu	1.330.000	0	750.000	580.000	0	0	0				
				Veränderung	1.330.000		750.000	580.000	0	0	0				
29	26	4E.210171	Tiefgarage Packhof / Sanierung									Verschieben einer Teilfinanzrate für die Sanierung der Tiefgarage Packhof von 2018 auf das Jahr 2019			
				bisher	3.760.000	2.209.000	1.129.000	422.000	0	0	0				
				neu	3.760.000	2.209.000	129.000	1.422.000	0	0	0				
				Veränderung	0		-1.000.000	1.000.000	0	0	0				
30	27	4S.210034	FB 20: Global-Instandhaltungen Grundvermögen									zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der WC/Duschenanlage der Duschcontainer auf dem Madamenweg in Höhe von 26.400 EUR für 2018  Es liegt ein ähnlich lautender Antrag der BIBS-Fraktion vor.			
				bisher	4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0				
				neu	4.827.700	3.721.300	296.400	270.000	270.000	270.000	0				
				Veränderung	26.400		26.400	0	0	0	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr</b>  <b>Programm 8 - Straßensanierung i.V.m. Kanalarbeiten</b>  Die Ansatzveränderungen sind erforderlich aufgrund der Ergebnisse aus den Koordinierungsgesprächen mit den Leitungsträgern für das Baugrogramm 2018.  <b>Straßenerneuerung Siegfriedviertel</b>												
		<b>20</b>	<b>Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>-35.000</b>		<b>-35.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>31</b>	<b>53 a</b>	5S.660011	Siegfriedviertel / Straßenerneuerung		bisher 1.577.785 neu 1.542.785 Veränderung -35.000	967.785 967.785	160.000 125.000 -35.000	150.000 150.000 0	150.000 150.000 0	150.000 150.000 0	0 0 0	geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel in 2018 in Höhe von 35.000 EUR			
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>-200.000</b>		<b>-200.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>32</b>	<b>53 b</b>	5S.660011	Siegfriedviertel / Straßenerneuerung		bisher 5.361.760 neu 5.161.760 Veränderung -200.000	4.011.760 4.011.760	450.000 250.000 -200.000	300.000 300.000 0	300.000 300.000 0	300.000 300.000 0	0 0 0	geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel in 2018 in Höhe von 200.000 EUR			

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Straßenerneuerung Lehdorf														
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			-185.000		-100.000	-85.000	0	0	0				
33	54 a	5S.660014	Lehdorf/Straßenerneuerung 2.BA	bisher	3.688.839	3.403.839	100.000	85.000	50.000	50.000	0	geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Lehdorf in 2018 in Höhe von 100.000 EUR und für 2019 in Höhe von 85.000 EUR			
				neu	3.503.839	3.403.839	0	0	50.000	50.000	0				
				Veränderung	-185.000		-100.000	-85.000	0	0	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-370.000		-200.000	-170.000	0	0	0				
34	54 b	5S.660014	Lehdorf/Straßenerneuerung 2.BA	bisher	7.760.854	7.190.854	200.000	170.000	100.000	100.000	0	geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Lehdorf in 2018 in Höhe von 200.000 EUR und in 2019 in Höhe von 170.000 EUR			
				neu	7.390.854	7.190.854	0	0	100.000	100.000	0				
				Veränderung	-370.000		-200.000	-170.000	0	0	0				
				VE 2019:		170.000	VE 2019 neu:		0	VE 2019 Veränderung:					

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet														
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			15.000		-55.000	70.000	0	0	0				
35	55 a	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung	bisher	7.113.530	4.886.030	527.500	700.000	500.000	500.000	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet in Höhe von 15.000 EUR (für 2018: - 55.000 EUR und für 2019 + 70.000 EUR)			
				neu	7.128.530	4.886.030	472.500	770.000	500.000	500.000	0				
				Veränderung	15.000		-55.000	70.000	0	0	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-90.000		-230.000	140.000	0	0	0				
36	55 b	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung	bisher	22.725.772	18.150.772	1.175.000	1.400.000	1.000.000	1.000.000	0	geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet in Höhe von 90.000 EUR (für 2018: - 230.000 EUR und für 2019: + 140.000 EUR)			
				neu	22.635.772	18.150.772	945.000	1.540.000	1.000.000	1.000.000	0				
				Veränderung	-90.000		-230.000	140.000	0	0	0				
				VE 2019: 1.400.000		VE 2019 neu: 1.540.000		VE 2019 Veränderung: 140.000							
	Straßenerneuerung Innenstadt														
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			-400.000		0	0	-200.000	-200.000	0				
37	56 a	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	bisher	4.310.651	2.635.651	75.000	0	800.000	800.000	0	geringere Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Innenstadt in 2020 in Höhe von 200.000 EUR und für 2021 in Höhe von 200.000 EUR			
				neu	3.910.651	2.635.651	75.000	0	600.000	600.000	0				
				Veränderung	-400.000		0	0	-200.000	-200.000	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			-800.000		0	0	-400.000	-400.000	0				
38	56 b	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	bisher	10.989.974	7.639.974	150.000	0	1.600.000	1.600.000	0	geringere Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Innenstadt in 2020 in Höhe von 400.000 EUR und in 2021 in Höhe von 200.000 EUR			
				neu	10.189.974	7.639.974	150.000	0	1.200.000	1.200.000	0				
				Veränderung	-800.000		0	0	-400.000	-400.000	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			Straßenerneuerung Wilhelmitor												
		20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)		100.000		315.000	-215.000	0	0	0				
39	57 a	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung									zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Wilhelmitor in Höhe von 100.000 EUR und Vorziehen der Maßnahme auf 2018 (für 2018: + 315.000 EUR und für 2019 - 215.000 EUR)			
				bisher	1.065.385	850.385	0	215.000	0	0	0				
				neu	1.165.385	850.385	315.000	0	0	0	0				
				Veränderung	100.000		315.000	-215.000	0	0	0				
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		0		430.000	-430.000	0	0	0				
40	57 b	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung									Vorziehen der Finanzrate für die Straßenerneuerung Wilhelmitor in Höhe von 430.000 EUR auf 2018			
				bisher	2.146.886	1.716.886	0	430.000	0	0	0				
				neu	2.146.886	1.716.886	430.000	0	0	0	0				
				Veränderung	0		430.000	-430.000	0	0	0				
				VE 2019: 430.000		VE 2019 neu: 0		VE 2019 Veränderung: -430.000							

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode														
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			230.000		0	230.000	0	0	0				
41	58 a	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.	bisher	227.500	227.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode in Höhe von 230.000 EUR für 2019			
				neu	457.500	227.500	0	230.000	0	0	0				
				Veränderung	230.000		0	230.000	0	0	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			460.000		0	460.000	0	0	0				
42	58 b	5S.660071	Watenbüttel-Völkenrode/Straßenern.	bisher	455.000	455.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Watenbüttel-Völkenrode in Höhe von 460.000 EUR für 2019			
				neu	915.000	455.000	0	460.000	0	0	0				
				Veränderung	460.000		0	460.000	0	0	0	zusätzliche Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2019 in Höhe von 460.000 EUR			
				VE 2019: 0    VE 2019 neu: 460.000    VE 2019 Veränderung: 460.000											
	Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme														
	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			100.000		100.000	0	0	0	0				
43	59 a	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Beiträgen für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme in Höhe von 100.000 EUR für 2018			
				neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0				
				Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			200.000		200.000	0	0	0	0				
44	59 b	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme in Höhe von 200.000 EUR für 2018			
				neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0				
				Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0				

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Leistungsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Umsetzung Stadtbahnausbaukonzept														
	17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			10.000		10.000	0	0	0	0				
45	60 a	4S.660025	Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung	bisher	600.000	0	600.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Planungskosten für städtische Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnausbaukonzeptes in Höhe von 10.000 EUR; Gesamtkosten Planung neu: 610.000 EUR (Volkmarode: 80.000 EUR, Rautheim: 350.000 EUR, Campusb. / Salzdahlumer Str.: 180.000 EUR)			
				neu	610.000	0	610.000	0	0	0	0				
				Veränderung	10.000		10.000	0	0	0	0				
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			27.470.000		0	400.000	570.000	-610.000	27.110.000				
46	60 b	4S.660025	Stadtbahnausbaukonzept / Umsetzung	bisher	3.450.000	0	0	0	0	3.450.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung der städtischen Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnausbaukonzeptes in Höhe von 27,47 Mio. EUR; Gesamtkosten der Umsetzung neu: 30,92 Mio. EUR (Volkmarode: 4,52 Mio. EUR, Rautheim: 4,6 Mio. EUR, Campusb. / Salzdahlumer Str.: 21,8 Mio. EUR)			
				neu	30.920.000	0	0	400.000	570.000	2.840.000	27.110.000				
				Veränderung	27.470.000		0	400.000	570.000	-610.000	27.110.000				
				VE 2019:	0	VE 2019 neu:	400.000	VE 2019 Veränderung:		400.000					
				VE 2020:	0	VE 2020 neu:	570.000	VE 2020 Veränderung:		570.000					
				VE 2021:	0	VE 2021 neu:	2.840.000	VE 2021 Veränderung:		2.840.000					
													zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten 2019 in Höhe von 400.000 EUR, zu Lasten 2020 in Höhe von 570.000 EUR und zu Lasten 2021 in Höhe von 2.840.000 EUR		

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>Radschnellwege</b>												
			<b>e-Radschnellweg Braunschweig-Wolfenbüttel/Salzgitter-Thiede</b>												
		<b>19</b>	<b>Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>5.690.000</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>600.000</b>	<b>750.000</b>	<b>4.340.000</b>				
<b>47</b>	<b>61 a</b>	5E.66NEU	BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg		bisher 0 neu 5.690.000 Veränderung 5.690.000	0 0	0 0	0 0	0 600.000	0 750.000	0 4.340.000	zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 5,69 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR)			
		<b>25</b>	<b>Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)</b>		<b>200.000</b>		<b>0</b>	<b>200.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>48</b>	<b>61 b</b>	5E.66NEU	BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg		bisher 0 neu 200.000 Veränderung 200.000	0 0	0 0	0 200.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Finanzmittel für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen des Baus eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR)			
					VE 2019: 0	VE 2019 neu: 200.000	VE 2019 Veränderung: 200.000								
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>7.390.000</b>		<b>100.000</b>	<b>500.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>4.790.000</b>				
<b>49</b>	<b>61 c</b>	5E.66NEU	BS-WF-SZ Thiede / Neubau e-Radschnellweg		bisher 0 neu 7.390.000 Veränderung 7.390.000	0 0	0 100.000	0 500.000	0 1.000.000	0 1.000.000	0 4.790.000	zusätzliche Finanzmittel für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig -Wolfenbüttel - Salzgitter Thiede in Höhe von 7,19 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 7,59 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 5,69 Mio. EUR)			
					VE 2019: 0	VE 2019 neu: 200.000	VE 2019 Veränderung: 200.000								



**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			<b>e-Radschnellweg Braunschweig-Lehre-Wolfsburg</b>												
		<b>19</b>	<b>Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)</b>		<b>4.890.000</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>600.000</b>	<b>750.000</b>	<b>3.540.000</b>				
<b>50</b>	<b>62 a</b>	5E.66NEU	BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für den Bau eines e-Radschnellweges BS-Lehre - Wolfsburg in Höhe von 4,89 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR)			
				neu	4.890.000	0	0	0	600.000	750.000	3.540.000				
				Veränderung	4.890.000		0	0	600.000	750.000	3.540.000				
		<b>25</b>	<b>Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Veränderungen)</b>		<b>200.000</b>		<b>0</b>	<b>200.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>				
<b>51</b>	<b>62 b</b>	5E.66NEU	BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Finanzmittel für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen de Baus eines e-Radschnellweges Braunschweig Lehre - Wolfsburg in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR)			
				neu	200.000	0	0	200.000	0	0	0				
				Veränderung	200.000		0	200.000	0	0	0				
							VE 2019:	0	VE 2019 neu:	200.000	VE 2019 Veränderung:	200.000			
		<b>26</b>	<b>Baumaßnahmen (Veränderungen)</b>		<b>6.420.000</b>		<b>100.000</b>	<b>500.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>3.820.000</b>				
<b>52</b>	<b>62 c</b>	5E.66NEU	BS-Lehre-WOB / Neubau e-Radschnellweg	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Finanzmittel für den Bau eines e-Radschnellweges Braunschweig Lehre - Wolfsburg in Höhe von 6,42 Mio. EUR (Gesamtkosten bis zur Stadtgrenze: 6,62 Mio. EUR, Gesamteinnahmen: 4,89 Mio. EUR)			
				neu	6.420.000	0	100.000	500.000	1.000.000	1.000.000	3.820.000				
				Veränderung	6.420.000		100.000	500.000	1.000.000	1.000.000	3.820.000				
							VE 2019:	0	VE 2019 neu:	200.000	VE 2019 Veränderung:	200.000			

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
			LKW-Mauteinführung auf Bundesstraßen												
		10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		175.000		25.000	50.000	50.000	50.000	0				
53	63	4S.660010	FB 66: Instandhaltungen Bundesstraßen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge aufgrund der Mauterhebung auf Bundesstraßen (Ortsdurchfahrten) in Höhe von jährlich 50.000 EUR (Einführung ab 01.07.2018)			
				neu	175.000	0	25.000	50.000	50.000	50.000	0				
				Veränderung	175.000		25.000	50.000	50.000	50.000	0				
			Umgestaltung DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode												
		26	Baumaßnahmen (Veränderungen)		700.000	0	200.000	350.000	150.000	0	0				
54	64	5E.660073	DB-Verknüpfungspunkt Gliesmarode/Umgest.	bisher	900.000	50.000	0	850.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umgestaltung des DB-Verknüpfungspunktes Gliesmarode in Höhe von 700.000 EUR (Gesamtkosten neu: 1,6 Mio. EUR); die Mehrkosten entstehen aufgrund von zusätzlichen Maßnahmen an den Verkehrsflächen und Lichtsignalanlagen			
				neu	1.600.000	50.000	200.000	1.200.000	150.000	0	0				
				Veränderung	700.000		200.000	350.000	150.000	0	0				
				VE 2019:		850.000	VE 2019 neu:	1.200.000	VE 2019 Veränderung:		350.000				
				VE 2020:		0	VE 2020 neu:	150.000	VE 2020 Veränderung:		150.000				
													zusätzliche VE's zu Lasten 2019 in Höhe von 350.000 EUR und zu Lasten 2020 in Höhe von 150.000 EUR		

**Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung**

Anlage 4: Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017-2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung													Bauausschuss		
													Abstimmungsergebnis		
Lfd. Nr.	Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Maßnahmen an Brücken														
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			1.420.000	0	-70.000	-260.000	330.000	120.000	1.300.000				
55	65	5E.660136	Brücke Im Alten Dorfe / Ersatzneubau	bisher	400.000	0	70.000	330.000	0	0	0	Verschiebung der Finanzraten (inkl. VE) für den Ersatzbau der Brücke im Alten Dorfe von 2018/2019 auf die Jahre 2019/2020			
				neu	400.000	0	0	70.000	330.000	0	0				
				Veränderung	0		-70.000	-260.000	330.000	0	0				
				VE 2019:		0	VE 2019 neu:	70.000	VE 2019 Veränderung:		70.000				
56	66	5E.66NEU	Schunterflutbrücke Bienrode Gifhorner Straße / Ersatzneubau	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für den Ersatzbau der Schunterflutbrücke in Bienrode (Gifhorner Str.) in Höhe von 1,42 Mio. EUR				
				neu	1.420.000	0	0	0	0	120.000					1.300.000
				Veränderung	1.420.000		0	0	0	120.000					1.300.000

SPD Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20

FB 20, FB 65

Produkt

3E.210012

## ***FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018***

### **Überschrift**

Sanierung Gesundheitsamt

### **Beschlussvorschlag**

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zur Sanierung des Gesundheitsamtes aufzustellen. Eine Priorisierung der Maßnahmen mit Begründung soll dem Plan beigefügt werden.

### **Begründung**

Das Gebäude des Gesundheitsamtes entspricht in vielerlei Hinsicht nicht mehr den Ansprüchen der heutigen Zeit und stellt sich im derzeitigen Zustand als nicht mehr passend zu den heutigen Ansprüchen an eine medizinische Versorgung in einer Großstadt dar.

Im Haushaltsplan 2018 stehen erfreulicherweise 300.000 € an Mitteln (Planungskosten) für Vorplanungsleistungen zur Sanierung des Gesundheitsamtes (Projekt 3E.210012 im Investitionsprogramm).

Da für die Sanierung erhebliche Kosten zu erwarten sind, soll ein Stufenplan eine Übersicht über notwendige Maßnahmen geben, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine Sanierung anzugehen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Ref. 0200.11

Produkt

diverse

## **FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Überschrift**

Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik durch konsequenten Abbau des strukturellen Defizits

- Zur Beschlussfassung in allen Fachausschüssen -

### **Beschlussvorschlag**

Die Stadt Braunschweig steht vor großen Herausforderungen deren dauerhafte Finanzierung auch nachhaltig gesichert werden muss. Die Verwaltung erarbeitet daher ein klar beziffertes und terminiertes Konzept zum signifikanten schrittweisen Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Ende dieser Wahlperiode und legt dieses dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 zur Beschlussfassung vor.

Ziel des Konzeptes soll neben einer stringenten Haushaltskonsolidierung eine konsequente, auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtete Verwaltungsmodernisierung sein. Notwendig ist eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik unter Einbeziehung des Kernhaushaltes, der Gesellschaften und der Zuschussempfänger.

### **Begründung**

Die Verwaltung hat bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes ein strukturelles Defizit alleine für das Jahr 2018 in einer Höhe von 35 Millionen Euro ausgemacht. Demgegenüber stehen in der Planung Einsparungen mit der so genannten Rasenmäher-Methode in einer Höhe von 2,0 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr. Diese beliefen sich in 2017 auf 1,0 Million Euro und sollen bis 2021 kontinuierlich auf 5,0 Millionen Euro (also jährlich 1,0 Million Euro zusätzlich) anwachsen. Auch wenn dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, können die Einsparungen das strukturelle Defizit nicht beseitigen. Und wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich bei den für 2021 veranschlagten 5,0 Millionen Euro nur um rund 0,5 % des Gesamtergebnishaushaltes handeln wird, so muss man feststellen, dass dieser Plan bisher auch nur wenig ambitioniert ist.

Dabei gibt es ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Braunschweig aus dem Juni 2016 zur strukturell soliden Haushaltsplanung, welches mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Die Übersicht der Einnahmen belegt, dass wir uns weiterhin in einer guten konjunkturellen Lage befinden und wir – bei gleichzeitigem Blick auf die Ausgaben – derzeit kein Einnahme-

sondern ein Ausgabeproblem haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bei einem konjunkturellen Abschwung – dessen Eintritt sicher ist, lediglich der Zeitpunkt ist unklar – das Defizit noch weiter ansteigt und somit große Einschnitte drohen, die viele Bereiche hart treffen werden. Deshalb muss die jetzige gute konjunkturelle Lage – und damit im vollen Einklang mit dem bereits zitierten Ratsbeschluss aus dem Juni 2016 – genutzt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit bis zum Ende der laufenden Ratsperiode signifikant, also mindestens in den einstelligen Millionenbereich, abgebaut werden kann.

Dabei hilft der Blick in andere Kommunen: in der letztjährigen Haushaltsdebatte wurde von Christoph Bratmann auf die Stadt Mannheim verwiesen. Dort gibt es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Hier sollte die Verwaltung ein Vorbild sehen und den Kontakt suchen bzw. mögliche bereits bestehende Verbindungen intensivieren. Im Zentrum der Überlegungen soll zum einen eine stringente Haushaltskonsolidierung unter Einbindung aller Fachbereiche liegen, um sicherlich vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken. Zum anderen erwarten wir eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung, die eine konsequente Überprüfung der Verwaltungsabläufe ebenso beinhaltet wie auch dringend notwendige Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Smart City.

Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die weitere Professionalisierung der bestehenden Strukturen zum Einwerben von Fördermitteln, eine kluge Arbeitsteilung durch den Einsatz externer Partner (bspw. PPP, aber auch eine intensivierte Vergabe der Planungen für Bebauungspläne) und natürlich eine konsequente und ständige Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerledigung. Orientierung sollen dabei die Kennzahlen und Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und – vor allem bei der Digitalisierung – anderer europäischer Länder bieten.

---

Unterschrift

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Ref. 0200.11

Produkt

diverse

## **FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2018 ZUM FINANZ- UND PERSONALAUSSCHUSS**

### **Überschrift**

**Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik**

### **Beschlussvorschlag**

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

### **Begründung**

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuerglättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang

mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabenhöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –abläufen mit offenen Ergebnisvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinander stehen.

gez. Dr. Elke Flake

---

Unterschrift



SPD-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20

FB 20, FB 65

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

Machbarkeitsstudie Multifunktionsräume in Modulbauweise für Sport und Begegnung

Aus mehreren Stadtbezirksräten wird z. T. seit Längerem der Wunsch nach einer Lösung der in diesen Bereichen bestehenden zusätzlichen Flächenbedarfe einerseits für den Sport, andererseits aber auch hinsichtlich der möglichen Nutzung als Versammlungs- oder Begegnungsstätte geäußert. Um hier nicht für jeden Bezirk individuelle Einzelplanungen vornehmen zu müssen, sondern zukünftig zeitnah und kostengünstig bei entsprechendem Bedarf derartige Multifunktionsgebäude bauen zu können, erscheint es aus unserer Sicht sinnvoll, ein Konzept zur Realisierung dieser Räume in Modulbauweise zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Erwägt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie zur planerischen Konzeption eines Multifunktionsgebäudes in Modulbauweise für diverse Standorte, an denen zusätzliche Bedarfe an Sportflächen, aber auch an sozialer Infrastruktur identifiziert wurden, zu beauftragen?
2. Erscheint es aus Sicht der Verwaltung realistisch, dass die Lösung im Rahmen der modularen Bauweise so konzipiert werden kann, dass die Baukosten für derartige Multifunktionsgebäude unter 1 Mio. € bleiben und somit ggf. eigenständig von den jeweils zuständigen Fachbereichen umgesetzt werden können?

### **Begründung:**

In der aktuellen Situation um zusätzliche Hallenkapazitäten, z. B. in Schapen/Volkmarode und bereits seit Jahren in Kralenriede und Ölper, werden neben dem originären Bedarf an zusätzlichen Sporthallenflächen auch vermehrt Bedarfe hinsichtlich der Nutzung durch ortsansässige Institutionen wie Schulen, Kindergärten und Vereine artikuliert. Um diesen unterschiedlichen Nutzungserfordernissen gerecht zu werden, erscheint es aus unserer Sicht sinnvoll, zukünftig auf so genannte Multifunktionsgebäude zu setzen. Die positiven Erfahrungen aus dem Neubau mehrerer Vereinsheime für Sportvereine, den die Nibelungen Wohnbau GmbH ebenfalls in serieller Bauweise durchgeführt hat, zeigen, dass es sehr gut möglich ist, kostengünstiges Bauen mit einer ansprechenden optischen, aber dennoch funktionalen Gestaltung zu verbinden. Insofern ist es aus unserer Sicht eine gute Vorgehensweise, auch im Hinblick auf die Multifunktionsgebäude in gleicher Weise vorzugehen.

Unterschrift

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20

FB 20, FB 65

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

Nachdem 2009 der geplante Teilabriss des Rathaus-Neubaus nicht realisiert werden konnte, sollte der Bau ursprünglich ab 2015 und Folgejahre für rund 15 Mio. Euro saniert werden. Die Summe wurde in den Haushalt eingestellt, aber die Planungsdaten wurden nunmehr immer weiter nach hinten geschoben. Wir bitten um Sachstandsbericht:

1. Hat die Verwaltung nunmehr Abstand von den Sanierungsplänen genommen?
2. Wenn nein, welche Maßnahmen zur Sanierung des Rathaus-Neubaus erachtet die Verwaltung als am dringlichsten?
3. 2015 wurde mit dem Beschluss 17488/15 die Sanierung von Teildachflächen in die Wege geleitet. Trifft es zu, dass damit auch die letzten verbliebenen Dachflächen saniert wurden?
4. Auf wievielen und auf welchen Flächen wurde die energetische Sanierung mittels Dachbegrünung (wie vom Bauausschuss 2004 beschlossen) umgesetzt?

### **Begründung:**

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66

FB 66

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

Anfrage Sanierungsrate Sonderrechnung Stadtentwässerung

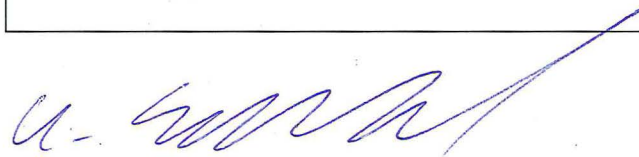
1. Welche Sanierungsraten werden jeweils durch die Baumaßnahmen in 2017 (S 714) und in 2018 (S 715) erreicht?

2. Wie entwickelt sich das Durchschnittsalter der Kanäle von 2006 bis 2018 jeweils jährlich?

3. Im Spartengutachten zur Einhaltung des AEV heißt es, dass Investitionen von durchschnittlich 20 Mio. Euro pro Jahr notwendig sind um zu verhindern, dass die Kanäle älter und schlechter werden. In 2017 sind Investitionen von 11,9 Mio. Euro vorgesehen und in 2018 sollen es 14,5 Mio. Euro sein.

Warum wird den Empfehlungen des Gutachtens nicht gefolgt?

### **Begründung:**



Unterschrift

Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
im Rat der Stadt Braunschweig

**DIE LINKE.**

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20

FB 20, FB 65

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

Im IP ist die Vergabe von Vorplanungsleistungen an Dritte zur Sanierung des Gesundheitsamtes neu aufgeführt. Es gibt aber nur eine Rate von 300.000 Euro im Jahr 2018. Im gesamten Planungszeitraum stehen keine weiteren Mittel zur Verfügung.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Für welche Maßnahme soll eine Vorplanung erfolgen?
2. Warum gibt es keine Anschlussfinanzierung für Planung und Umsetzung?

### **Begründung:**

  
Unterschrift

Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
im Rat der Stadt Braunschweig

DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

50

FB 50

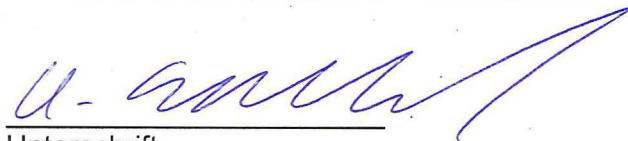
Produkt

### **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

**Text:**

Die Mittel für kleinere Instandhaltungen in den Flüchtlingsunterkünften wurden von 3.400 Euro auf 0 gesetzt. Warum?

**Begründung:**



Unterschrift

Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
im Rat der Stadt Braunschweig

AfD-Fraktion  
Stefan Wirtz  
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
66	FB 66, FB 20
Produkt	

### ***ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018***

**Text:**

In den ordentlichen Aufwendungen des FB 66 sind "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" und "Abschreibungen" angesetzt. Beide steigen deutlich um 1,8 Mio EUR bzw. 0,5 Mio EUR. Wie sind die Steigerungen zu erklären?

**Begründung:**

Auf S.782, in den Zeilen 15 und 16 sind für 2018 6,68 Mio EUR bzw 11,58 Mio EUR angegeben.

Stefan Wirtz

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66

FB 66

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Änderung des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes im Hinblick auf die derzeit für Braunschweig geltenden Satzungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und Erschließungsgebühren: Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, auch für Braunschweig wiederkehrende Beiträge von den Grundstückseigentümern zu erheben?
2. Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeit, ganz auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten, d.h. welche Mehrkosten kämen in diesem Fall auf die Stadt zu?
3. Wie beurteilt die Verwaltung die Möglichkeit, die Bürgerinnen über die Erhöhung der Grundsteuer zu beteiligen und um wieviel müsste die Grundsteuer in diesem Fall angehoben werden?

### **Begründung:**

Am 01.03.2017 hat der Landtag in Hannover eine Novelle des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes beschlossen. Die Kommunen in Niedersachsen haben zukünftig die Möglichkeit, für den Ausbau bzw. die grundlegende Erneuerung von Verkehrsanlagen wiederkehrende Beiträge von den Grundstückseigentümern zu erheben. Auch sollen künftig nicht nur direkte Anwohner für den Ausbau der Straße zahlen müssen, sondern alle Eigentümer im betroffenen Gebiet.

In Braunschweig wird die Kostenbeteiligung derzeit durch die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Braunschweig geregelt, die bislang nur einen beitragsfähigen Aufwand der direkten Anlieger jeweils für eine einzelne Ausbaumaßnahme vorsieht.

Die Handhabung in anderen niedersächsischen Kommunen sieht unterschiedlich aus: Nach einer Umfrage des „NDR“ erhebt jede dritte Stadt in Niedersachsen gar keine Straßenausbaubeiträge.

Im Haushalt sind Straßenausbaubeiträge und Erschließungsbeiträge in Höhe von 8.114.500 €, die von Anliegern und Benutzern gezahlt werden müssen, weil sie angeblich einen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Der Bauausschuss am 06.06.2017 hatte gleichlautende Fragen auf Grund der Komplexität der Thematik nicht beantwortet und auf eine Beantwortung nach der Sommerpause verwiesen.

gez. Wolfgang Büchs

Unterschrift



DIE LINKE.

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

FB 20

Produkt

## **ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2018**

### **Text:**

Zum Haushalt 2017 wurde auf Anfrage der Linksfraktion die folgende Annahme zur Entwicklung der Haushaltsreste mitgeteilt:

2016: 93,8 Mio.

2017: 77,5 Mio.

2018: 71,3 Mio.

2019: 62,4 Mio.

2020: 59,7 Mio.

Im Vorbericht zum Haushalt 2018 wird nun für das Jahr 2016 als Ergebnis die Zahl 85,6 Mio. genannt und folgende Annahme für den Planungszeitraum getroffen:

2017: 69, 3 Mio.

2018: 60,7 Mio.

2019: 51,3 Mio.

2020: 48,2 Mio.

2021: 47,4 Mio.

Dies würde bedeuten, dass die Höhe der Reste nicht weiter angestiegen, sondern im erheblichen Umfang gesunken ist. Dazu wird die Verwaltung gefragt:

Wie kam es zur außerplanmäßigen Reduzierung der Haushaltsausgabereste?

Wurden mehr Maßnahmen umgesetzt oder wurden Reste ersatzlos gestrichen?

Welche Maßnahmen wurden außerplanmäßig umgesetzt?

Welche Maßnahmen wurden ersatzlos gestrichen?

### **Begründung:**

Versand per E-Mail an [FBFinanzen@braunschweig.de](mailto:FBFinanzen@braunschweig.de)

Udo Sommerfeld  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE  
im Rat der Stadt Braunschweig



## Wesentliches Produkt

## 1.54.5400.05 - Betrieb u. Unterhaltung v. Verkehrsfl.

**Produktbeschreibung:**

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze; hierzu gehört auch die Auftragsvergabe, Bauüberwachung und Abrechnung.

**Zum Produkt gehörende Leistungen :**

1.54.5400.05.01	Durchführung von Straßenkontrollen
1.54.5400.05.02	Decken-, Oberfl.- u. Rissebehandlung
1.54.5400.05.03	Gräbenräumung u. Mäharbeiten
1.54.5400.05.04	Ausbesserungen an Straßen u. Anlagen
1.54.5400.05.05	Fremdleistungen incl. Betreuung
1.54.5400.05.06	Winterdienst
1.54.5400.05.07	Aufgrabungsinspektion
1.54.5400.05.08	Bauhoforganisation

**Produktziele:**

- Wirtschaftliche Substanzerhaltung
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit
- Erhaltung funktionstüchtiger Entwässerungsanlagen

**Produktkennzahl(en):**

Erhaltungskosten je km Str.	€
Kosten Straßenunterh. eig. Kolonnen/Std.	€

Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Plan 2017	Plan 2018
4.508	5.563	5.235	6.270	7.086
58	58	62	60	60

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2016 -Euro-	Ansatz 2017 -Euro-	Ansatz 2018 -Euro-
<b>Ordentliche Erträge</b>				
	Entgelte	156	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	60.487	93.426	126.445
<b>12</b>	<b>Summe ordentliche Erträge</b>	<b>60.643</b>	<b>93.426</b>	<b>126.445</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>				
13	Aufw. für aktives Personal	2.196.413	1.969.626	2.371.373
14	Aufw. für Versorgung	In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	1.925.052	1.704.965	2.303.740
16	Abschreibungen	103.807	133.727	132.174
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	0	0	0
19	Sonstige ordentliche Aufw.	336.527	391.885	396.049
<b>20</b>	<b>Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>4.561.798</b>	<b>4.200.202</b>	<b>5.203.336</b>
<b>21</b>	<b>Ordentl. Ergebnis</b>	<b>-4.501.155</b>	<b>-4.106.776</b>	<b>-5.076.891</b>
<b>Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>				
22	Außerordentliche Erträge	47	0	15.617
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	15.617
<b>24</b>	<b>Außerordentl. Ergebnis</b>	<b>47</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>25</b>	<b>Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)</b>	<b>-4.501.109</b>	<b>-4.106.776</b>	<b>-5.076.891</b>
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
<b>Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen</b>				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	235.398	301.079	306.893
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-235.398	-301.079	-306.893
<b>29</b>	<b>Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)</b>	<b>-4.736.506</b>	<b>-4.407.855</b>	<b>-5.383.784</b>
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

## Wesentliches Produkt

## 1.54.5400.06 - Betrieb u. Unterhaltung v. Ing-Bauwerken

**Produktbeschreibung:**

Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken und Ingenieurbauwerken

**Zum Produkt gehörende Leistungen :**

- 1.54.5400.06.01 Unterhaltung von Brücken, Durchl. etc.  
1.54.5400.06.02 Unterhaltung von Tiefgaragen

**Produktziele:**

- Wirtschaftliche Substanzerhaltung der Brückeninfrastruktur
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit an Brücken und Ingenieurbauwerken

**Produktkennzahl(en):**

Erhaltungskosten je Bauwerk

€

Ist 2014

Ist 2015

Ist 2016

Plan 2017

Plan 2018

1.182

1.610

1.646

1.470

1.730

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2016 -Euro-	Ansatz 2017 -Euro-	Ansatz 2018 -Euro-
<b>Ordentliche Erträge</b>				
	Entgelte	0	0	0
	Übrige ordentliche Erträge	0	0	0
<b>12</b>	<b>Summe ordentliche Erträge</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>				
13	Aufw. für aktives Personal	64.369	46.470	<b>56.268</b>
14	Aufw. für Versorgung		In Zeile 13 enthalten	
15	Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	225.492	198.600	<b>198.600</b>
16	Abschreibungen	0	0	0
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	0
18	Transferaufw.	0	0	0
19	Sonstige ordentliche Aufw.	0	0	0
<b>20</b>	<b>Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<b>289.860</b>	<b>245.070</b>	<b>254.868</b>
<b>21</b>	<b>Ordentl. Ergebnis</b>	<b>-289.860</b>	<b>-245.070</b>	<b>-254.868</b>
<b>Außerordentliche Erträge und Aufwendungen</b>				
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	0
<b>24</b>	<b>Außerordentl. Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>25</b>	<b>Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)</b>	<b>-289.860</b>	<b>-245.070</b>	<b>-254.868</b>
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			
<b>Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen</b>				
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	0	0
<b>29</b>	<b>Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28)</b>	<b>-289.860</b>	<b>-245.070</b>	<b>-254.868</b>
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)			

Betreff:

**Projekt Sanierung Stadthalle**

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

17.11.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Vorberatung)	22.11.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	30.11.2017	Ö
Bauausschuss (Vorberatung)	05.12.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2017	Ö

**Beschluss:**

„Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.“

**Sachverhalt:**

**1. Ausgangslage**

Die Stadt Braunschweig ist Eigentümerin des Grundstücks am Leonhardplatz 12 mit dem Stadthallengebäude und dem Parkdeck. Das Stadthallengebäude wird seit 1. Januar 2008 und das Parkdeck seit 1. Januar 2013 an die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art (BgA) verpachtet. Für den BgA „Verpachtung Stadthalle“ ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 35.000 Euro zuzüglich Umsatzsteuer, für den BgA „Verpachtung Tiefgaragen“ ein jährliches Entgelt in Höhe von 10.000 Euro zuzüglich Umsatzsteuer im Jahr zu zahlen. Mit verbindlicher Zusage des Finanzamtes-Wilhelmstraße vom 12. Mai 2015 wurde bestätigt, dass die Stadt Braunschweig mit dem BgA „Verpachtung Stadthalle“ unternehmerisch tätig und damit auch vorsteuerabzugsberechtigt ist. Daher werden nachfolgend sämtliche Kostenpositionen als Nettobeträge ausgewiesen.

Betreiberin des Stadthallengebäudes ist seit 4. September 1965 die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH. Nach dem zuletzt im Jahr 2014 geänderten Pachtvertrag ist die GmbH berechtigt, die Stadthalle im eigenen Namen und für eigene Rechnung als multifunktionale Veranstaltungshalle zu nutzen und zu betreiben. Gleichzeitig besteht die Verpflichtung, die Halle ordnungsgemäß zu bewirtschaften und die laufende Instandhaltung vorzunehmen.

Die im Jahr 1965 errichtete Stadthalle bedarf hinsichtlich der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA) sowie der Fassade einer umfangreichen Sanierung. Dies wurde durch Voruntersuchungen (NEK, Assmann, W+S) festgestellt.

Am 21. Juli 2015 hat der Rat den Verkauf des neben der Stadthalle liegenden Grundstücks zur Errichtung eines Kongresshotels sowie den Abriss und den Neubau der Parkpalette beschlossen. Der Neubau des Kongresshotels, einschließlich der Neuerrichtung des Parkdecks, soll auf Wunsch des Investors mit der Sanierung der Stadthalle harmonisiert werden, da eine längere Schließung der Stadthalle für einen Hotelbetreiber nicht darstellbar sei. Mit der Hoteleröffnung müsse auch die Stadthalle für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Es war zunächst angedacht, die Sanierung der Stadthalle in drei vorgegebenen Abschnitten, unter Berücksichtigung der Spielpausen, in den Jahren 2016 bis 2018 durchführen zu lassen. Der große Bauabschnitt sollte von April 2018 bis Oktober 2018 erfolgen, da die Stadthalle in diesem Zeitraum hätte geschlossen werden können. Zudem gab es Überlegungen, auch einige Sanierungsarbeiten möglicherweise während des laufenden Betriebes umzusetzen.

Bei der weiteren Bearbeitung der Zeitplanung und Bewertung der erforderlichen Baumaßnahmen und Bauabläufe wurde sehr deutlich, dass eine Sanierung der technischen Anlagen aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten der Nutzungsbereiche der Stadthalle in einem zusammenhängenden Bauabschnitt durchgeführt werden muss. Dafür ist eine geschätzte Bauzeit von rund 18 Monaten erforderlich, innerhalb der die Stadthalle geschlossen werden muss.

## **2. Bedeutung der Stadthalle**

### **2.1 Zeitgeschichtliche und baugeschichtliche Bedeutung der Stadthalle**

Die Stadthalle ist zeitgeschichtlich ein für die Stadt Braunschweig wichtiges Bauwerk. Ende der 1950er Jahre fiel die Entscheidung des damaligen Rates, eine neue Stadthalle als „moderne Mehrzweckhalle für Kongresse, Tagungen, kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen“ zu errichten. Der Bau der Stadthalle war damit wichtiges Signal einer Aufbruchsstimmung in der noch von Krieg und deutscher Teilung gezeichneten Stadt. Für viele Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger ist die Stadthalle seitdem ein Ort, mit dem sich viele emotionale Erinnerungen an Feste oder Veranstaltungen verbinden.

Aus dem ausgelobten Architektenwettbewerb ging 1961 der Entwurf der Architekten Peter Voigtländer und Heiko Stumpf aus Duisburg siegreich hervor. Der Entwurf sah in Korrespondenz zum nahegelegenen Hauptbahnhof einen städtebaulichen Solitär in einer „aufgelockerten Stadtlandschaft“ vor. Man wollte damals weg von der dichten blockhaften Enge der „Vorkriegsstadt“. Diese städtebauliche Grundhaltung der frühen 1960er Jahre ist noch heute im Umfeld der Stadthalle gut nachvollziehbar (Anlage 1, Fotos der Stadthalle aus den 1970er Jahren).

Wie die Fotos zeigen ist die Stadthalle auch architektonisch ein markanter, zeittypischer Bau der 1960er Jahre. Die den Bau nach Außen prägende rautenförmige Schrägstellung setzt sich im Inneren konsequent fort und bestimmt fast alle Räume von den Sälen bis zu den einzelnen Kongressräumen. Bis ins Detail (unter anderem Gestaltung der Türen, Wandverkleidung, Kunst am Bau) ist die Stadthalle zeittypisch bewusst gestaltet.

### **2.2 Veranstaltungsort Stadthalle**

Im Jahr 2015 feierte die Stadthalle ihr 50jähriges Jubiläum. Seit der Eröffnung fanden über 50.000 Veranstaltungen mit mehr als 15 Millionen Besuchern statt. Das Haus galt lange Zeit als eine der technisch besten Veranstaltungsstätten Deutschlands. Die multifunktionale Anlage ermöglicht durch flexible Kombinierbarkeit der parallel nutzbaren Räume die Durchführung unterschiedlichster Veranstaltungsformate. Ob Show, klassisches Konzert, rauschende Ballnacht, internationaler Kongress oder kleinere Messen, stattgefunden hat hier schon fast jede denkbare Veranstaltungsvariante.

Mit insgesamt über 1.000 Sinfoniekonzerten des Staatsorchesters, jährlich um die 100 Shows und Konzerte mit über 100.000 Besuchern, ist die Stadthalle für die Stadt Braunschweig eine zentrale Säule des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Als Ort für Unterhaltung, Wissenstransfer und große gesellschaftliche Ereignisse diente das Haus große TV Shows, PKW-Präsentationen, im Braunschweiger Karneval und unzähligen weiteren festlichen Veranstaltungen (Anlage 2, Fotos zu Veranstaltungen).

## 2.3 Standort und Funktionalität des Gebäudes

Moderne Veranstaltungs- und Kongresszentren benötigen einen Standort mit sehr guter ÖPNV-Anbindung, aber auch guter überregionaler Verkehrsanbindung wie der Nähe zum ICE-Bahnhof und zur Autobahn. Diese Voraussetzungen sind am Standort Leonhardplatz in nahezu idealer Weise gegeben.

Im Stadtgebiet ist kein anderer Standort vorhanden, der besser oder mindestens gleichwertig geeignet wäre. Der geplante Bau eines Hotels und die damit verbundene Neuordnung der Parksituation wird den Standort und das Quartier wesentlich aufwerten und speziell für das Kongressgeschäft attraktiver werden lassen, welches für Braunschweig als Stadt der Wissenschaft und Forschung von zentraler Bedeutung ist.

Die Umnutzung einiger Gebäudebereiche in flexible Veranstaltungsflächen bzw. sogenannte Break-Out Räume erhöht die Funktionalität für die Besucher genauso wie die geplanten Maßnahmen, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen. Barrierefreiheit, Optimierung interner Abläufe und Digitalisierung sind in diesem Zusammenhang die wesentlichen Stichworte. Auch wird der allgemeine Komfort für die Besucherinnen und Besucher durch die umfassende Modernisierung der technischen Anlagen wesentlich erhöht (beispielsweise durch eine vollständige Erneuerung der Klimatisierung und Lüftung).

## 3. Machbarkeitsstudie für ein partnerschaftliches Modell

Da verwaltungsintern und insbesondere im Fachbereich 65 die benötigten Kapazitäten für die Planung und Durchführung der Sanierung in den kommenden Jahren bereits durch andere, keinen Aufschub duldende Vorhaben gebunden sind, wurde zur Umsetzung des Sanierungsprojektes auch ein langfristig ausgelegtes Partnerschaftsmodell näher betrachtet. Zu diesem Zweck hat die Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) im Rahmen eines durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) geförderten Beratungsangebotes eine Machbarkeitsanalyse zur Umsetzung alternativer Beschaffungsvarianten erstellt.

Es wurden grundsätzlich folgende vier Realisierungsvarianten mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen betrachtet, wobei der Betrieb der Stadthalle bei allen Varianten auch weiterhin bei der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH verbleibt:

### a. Eigenrealisierung durch den BgA

TGA-Leistungen (Technische Gebäudeausrüstung) werden nach Gewerken vergeben, Brandschutzmaßnahmen, Fassadensanierung und ggf. weitere bauliche Instandhaltungsmaßnahmen werden durch Einzelverträge vergeben. Auftraggeber ist der BgA.

### b. Contracting-Modell (Leistungspaket TGA-Leistungen)

Übertragung aller TGA-Leistungen und Brandschutzmaßnahmen auf einen Auftragnehmer, der Controlling-Aufwand verbleibt beim BgA. Ein solches Modell wäre auf 5 – 7 Jahre ausgelegt. Der Auftragnehmer (Contractor) zieht seinen Vorteil insbesondere aus der erzielten Energieeinsparung. Für einen solchen Contractor wäre primär das komplette Energiemanagement interessant, die Fassadensanierung und weitere bauliche Sanierungsmaßnahmen müssten dann ggf. bei der Stadt verbleiben.

c. Totalunternehmer (TU) -Modell (Leistungspaket TGA-Leistungen und Fassadensanierung)

Übertragung aller TGA-Leistungen, Brandschutzmaßnahmen und Leistungen der Fassadensanierung auf einen Auftragnehmer („Totalunternehmer“), das Controlling erfolgt durch die Stadt/Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthalle). Weitere im Rahmen der Sanierung erforderlichen baulichen Instandsetzungsmaßnahmen werden durch den BgA gewerkeweise in Einzelleistungen vergeben. Der Vorteil dieses Modells läge in der Baukosten- und Terminsicherheit. Die Schnittstellen würden aus einer Hand geplant.

d. Erweitertes TU-Modell (Leistungspaket TGA-Leistungen, Fassadensanierung und weitere bauliche Instandhaltungsmaßnahmen)

Übertragung aller TGA-Leistungen, Brandschutzmaßnahmen, Leistungen der Fassadensanierung, weiterer im Rahmen der Sanierung erforderlicher baulicher Instandsetzungsmaßnahmen sowie der damit zusammenhängenden langfristigen Instandhaltungsleistungen in einem Gesamtpaket auf einen Auftragnehmer. Hierdurch wird über das einfache TU-Modell hinaus ein zusätzlicher Anreiz für den Auftragnehmer geschaffen, die längerfristige störungsfreie Funktionsfähigkeit der erbrachten baulichen Leistungen sicherzustellen. Um das Modell wirtschaftlich auszulegen, wird empfohlen, die Laufzeit für die baulichen Instandhaltungsmaßnahmen auf 20 Jahre festzusetzen. Das Controlling erfolgt durch die Stadt/Stadthalle.

Die PD empfahl in der Machbarkeitsanalyse aufgrund der deutlichen qualitativen Vorteile eines erweiterten TU-Modells gegenüber der Umsetzung von Einzelmaßnahmen durch verschiedene Auftragnehmer, die Modelle a. und d. im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung über einen langfristigen Betrachtungszeitraum rechnerisch gegenüberzustellen.

Mit dem erweiterten TU-Modell würde die Stadt in die Lage versetzt, bei hoher Kosten- und Terminsicherheit ein ganzheitliches Sanierungskonzept umsetzen zu können, bei dem die Einzelmaßnahmen aufeinander abgestimmt und auf die Anforderungen des zukünftigen Veranstaltungsbetriebs abgestellt sowie die Verantwortungen zwischen den Partnern klar verteilt sind. Zudem sollte im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein Konzept entwickelt werden, in dem Verantwortlichkeiten zwischen der Eigentümerin Stadt (BgA), dem Nutzer (Stadthallen GmbH) und dem zukünftigen Auftragnehmer für bauliche Leistungen klar zugeordnet werden. Das Konzept sollte auf eine Optimierung des Veranstaltungsbetriebs (z. B. Abrechnungsmöglichkeiten für veranstaltungsspezifischen Verbrauch) ausgerichtet werden.

Hinsichtlich der Fassadensanierung besteht zeitnaher Handlungsbedarf, da nach einer bautechnischen Stellungnahme der Firma W+S Westphal ein Austausch der Fassade bis 2020 dringend empfohlen wird.

Die PD empfahl zudem, den Bedarf durch eine umfassende Bestandsanalyse sowie ein Raum- und Funktionskonzept der zukünftigen Stadthalle zu konkretisieren. Auf dieser Grundlage könnten alle notwendigen baulichen Maßnahmen zur Sanierung sowie deren Kosten- auswirkungen abgeleitet werden.

#### **4. Raum- und Funktionskonzept am Standort Stadthalle**

Die Stadthalle mit ihrer besonderen Architektur ist trotz ihres Alters ein funktionales Gebäude und wird von den Nutzern für diverse Veranstaltungsarten (unter anderem kulturelle Veranstaltungen, Kongresse, Tagungen) gut angenommen.

In der im Hinblick auf das erforderliche Raum- und Funktionskonzept geführten Bedarfsdiskussion wurde jedoch deutlich, dass insbesondere für ein zukunftsfähiges Tagungs- und Kongressgeschäft in der Stadthalle weitere Kapazitäten in diesem Segment erforderlich sind.

#### 4.1 Zusätzliche Break-Out Räume

Für das Kongress- und Tagungsgeschäft werden zusätzliche variable Räume (sogenannte Break-Out Räume) benötigt. Der Tagungs- und Kongressmarkt befindet sich aktuell in einem starken Veränderungsprozess. Veranstaltungen werden seit einiger Zeit viel häufiger mehrzünftig durchgeführt, indem sich die Teilnehmer zeitweise in verschiedene Gruppen aufteilen, für die Räume und Flächen benötigt werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung werden zudem technisch gut ausgestattete Bereiche (Arbeitsmöglichkeiten, Strom- und Datenversorgung für Besucher-Devices) benötigt. Im Ergebnis bedarf es einer räumlichen Ergänzung. Künftig würde das für Veranstaltungen nutzbare Raumprogramm um bis zu sechs variable Räume mit insgesamt 500 bis 600 m<sup>2</sup> ergänzt. Die Break-Out Räume sollen flexibel gestaltet werden, um - je nach Bedarf - variable Raumgrößen nutzen zu können. Die Realisierung soll im Rahmen der Sanierung der Stadthalle erfolgen.

#### 4.2 Optionaler dritter Saal

Um das Kongressgeschäft auch auf Veranstaltungen größeren Umfanges ausdehnen zu können, wäre darüber hinaus optional die zukünftige Errichtung eines weiteren Saals (für 800 Personen, in Reihenbestuhlung, mit Verkehrs- und Foyerflächen) in einer Größenordnung von rund 1.300 m<sup>2</sup> wünschenswert. Neben der Kongressnutzung könnte ein solcher Saal die Belegung des Großen Saals entlasten. Proben des Staatsorchesters, Musikschulaufführungen oder kleinere Kammerkonzerte könnten hier durchgeführt werden. Auch aufstrebenden Künstlern könnte damit eine Auftrittsmöglichkeit geschaffen werden. Derzeit wird der zukünftige Bedarf für einen zusätzlichen Raum dieser Größenordnung am Standort Stadthalle oder einem anderen Standort im Stadtgebiet durch eine externe Analyse in Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung (Kulturbereich) sowie der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (für das Kongressgeschäft) weiter untersucht.

### 5. Ergebnis der Städtebaulichen Machbarkeitsstudie

Da grundlegende Veränderungen des Umfelds der Stadthalle zunächst eine tiefergreifende städtebauliche Betrachtung verlangten, wurden 2016 im Rahmen einer städtebaulichen Machbarkeitsuntersuchung die möglichen Erweiterungen der Stadthalle, einschließlich des geplanten Hotelneubaus, eines optionalen weiteren Saals sowie die daraus resultierenden Stellplatzlösungen auf ihre Realisierbarkeit auf dem Stadthallengrundstück hin untersucht. Diese Untersuchung beinhaltete Volumenstudien zur künftigen Lage von Baukörpern und deren Abständen untereinander.

Vier Architekturbüros hatten dazu Vorschläge eingereicht, die in einer Jurysitzung am 16. Dezember 2016 bewertet wurden. Als bester Entwurf wurde der Vorschlag des Hannoveraner Architekturbüros Kellner Schleich Wunderling (KSW) bestimmt (s. Anlage 3).

Der Entwurf von KSW sieht einen separaten Hotelbaukörper entlang der Leonhardstraße vor. Dieser Baukörper ist zweigeteilt in ein Eckgebäude zur Kreuzung, das in der Höhe dominieren soll, und einen gewinkelten etwas niedrigeren Baukörper. Parallel zu der Friedhofsmauer soll sich Richtung Stadthalle zusätzlich ein weiterer niedrigerer Baukörper erstrecken. Eine funktionale Erweiterung der Stadthalle durch einen dritten Saal bzw. durch zusätzliche Break-Out Räume wird durch eine Umplanung im Inneren (z.B. wird die Gastronomie in das Hotelgebäude verlagert) und einen Anbau an die Stadthalle nach Süden Richtung Viewegs Garten vorgeschlagen.

Besonders positiv an diesem Vorschlag wurde die Fassung eines Straßenraums zur Leonhardstraße und die Ausbildung eines angemessenen Platzraumes an Stelle des gestalterisch unbefriedigenden oberirdischen Parkdecks zur Stadthalle hin bewertet. An Stelle des bisherigen Parkdecks wird eine unterirdische Stellplatzanlage vorgeschlagen.

Der Entwurf nimmt Bezug zu dem aktuell im Bau befindlichen Quartier St. Leonhard; auch bei diesem Entwurf wird ein südlicher Straßenraum an der Leonhardstraße mit einem markanten Eckgebäude ausgebildet. Funktional wurde insbesondere die Möglichkeit gelobt, die zusätzlichen Funktionen für die Stadthalle (die Break-Out-Räume und der optionale weitere Saal) getrennt vom Hotel zu entwickeln.

Hinsichtlich ausführlicherer Informationen zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie wird auf die an die politischen Gremien bereits im Februar 2017 übersandte Mitteilung (Drucksache 17-03812) verwiesen. Auf Grundlage des siegreichen Entwurfes wird das Projekt von einem externen Investor aktuell weiterverfolgt.

## **6. Bestandsaufnahme und Ermittlung des Sanierungsumfanges**

Um das beabsichtigte Leistungssoll (Umfang, Qualität, Tiefe der Sanierung und Kostenanahme) auf Grundlage des abgestimmten Raum- und Funktionskonzepts zu konkretisieren, wurde ein Ingenieurbüro mit der umfassenden Bestandsaufnahme einschließlich eines zusammenhängenden Brandschutzkonzeptes und Berücksichtigung der aktuellen Energieeinspar-Verordnung beauftragt.

### **6.1 Inhalt der Bestandsanalyse und des Sanierungskonzepts**

Bei der Erstellung der Bestandsanalyse und des Sanierungskonzepts wurden insbesondere folgende Punkte berücksichtigt:

- Die Sanierung der Stadthalle steht im Zusammenhang mit dem Investorenmodell zum Neubau eines Kongresshotels im nördlichen Bereich des derzeitigen Betriebsgrundstückes der Stadthalle in unmittelbarer Anbindung an die Stadthalle. Beide Maßnahmen sollen in zeitlicher Abhängigkeit voneinander umgesetzt werden.
- Bedingt durch die Nutzung als Veranstaltungszentrum und die hohe Auslastung der Stadthalle bestehen enge zeitliche Vorgaben für die Durchführung der Sanierung. Auswirkungen auf den Veranstaltungsbetrieb müssen mit den Nutzern und Kunden frühzeitig kommuniziert werden. Da die Monate im Winterhalbjahr der umsatzstärkste Zeitraum im Jahr sind, müssen Schließzeiten in diesem Zeitraum auf ein Minimum reduziert werden. Der Beginn einer Sanierung ist vor diesem Hintergrund frühestens ab dem Frühjahr des Jahres 2020 möglich.
- Die Stadthalle Braunschweig soll unter weitest gehender Erhaltung der baulichen Substanz und der Raumstruktur (KGR 300) sowie der Technischen Gebäudeausrüstung (TGA) - sofern dies technisch und wirtschaftlich vertretbar ist - saniert werden.
- Eine Unterbringung von zusätzlichen Break-Out Räumen im Gebäudebestand oder im Rahmen anderer Maßnahmen, z. B. als An- oder Aufbau, ist aufzuzeigen.
- Die technischen Voraussetzungen für eine optionale Errichtung eines dritten Saales sind zu prüfen.
- Neben den Anforderungen der Bauphysik sind auch die notwendigen akustischen Anforderungen, die an ein größeres Veranstaltungsgebäude für groß- bis kleinteilige Veranstaltungen gestellt werden, zu berücksichtigen.
- Das Sanierungskonzept soll insgesamt die bestmögliche Leistung bei größter Wirtschaftlichkeit berücksichtigen.

Gesondert zur Bestandsanalyse des Ingenieurbüros erfolgte bauherrenseits eine begleitende Untersuchung des Kanalnetzes auf dem Grundstück, um frühzeitig diese Risikoposition zu minimieren. Die Ergebnisse hierzu sind in die Bestandsanalyse eingeflossen.



## 6.2 Ergebnisse der Bestandsanalyse und des Sanierungskonzepts

Die Bestandsanalyse und das darauf aufbauende Sanierungskonzept wurden im Zeitraum von Oktober 2016 bis August 2017 durch das Ingenieurbüro aufgestellt und abgestimmt.

Als Ergebnis kann Folgendes festgehalten werden:

Die Ermittlung des Sanierungsbedarfs betrachtet die wesentlichen Gewerke eines Stadthalles-/Kongressbaus: Architektur, Tragwerk, Brandschutz, Technische Gebäudeausrüstung (u. a. Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektrotechnik), Veranstaltungstechnik, Akustik/Schallschutz und thermische Bauphysik.

Bis zum Jahr 2016 wurden immer wieder lokal begrenzte Sanierungsmaßnahmen und Modernisierungen durchgeführt. Durch das dauerhafte Engagement der Eigentümerin und der Betreiberin befindet sich das Gebäude augenscheinlich in einem gepflegten Zustand, man spürt immer noch den großzügigen Geist der Entstehungszeit und die gute Qualität in Gebäudestruktur, Gestaltung und Material.

Jedoch stammen eine Vielzahl von Bauteilen und ein wesentlicher Teil der Technischen Gebäudeausrüstung und Veranstaltungstechnik noch aus der damaligen Errichtungszeit des Hauses, sind also älter als 50 Jahre. Schon allein daraus entsteht aufgrund fortschreitender technischer Entwicklungen und heutiger Energiestandards ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf.

Das Ingenieurbüro hat unter Einbindung zahlreicher Fachplaner und eines auf Veranstaltungsstätten spezialisierten Architekten hieraus folgende Sanierungsinhalte und Sanierungsschwerpunkte definiert:

### 6.2.1 Energetische Anforderungen

Im Zuge der Untersuchungen des Sanierungsbedarfs erfolgte eine Bestandsaufnahme der Bausubstanz/Gebäudehülle hinsichtlich deren wärmetechnischer Eigenschaften. Aus der Analyse der einzelnen Bauteile und der Anlagentechnik hat das Ingenieurbüro die im Folgenden dargestellten Energieeinsparungsmaßnahmen abgeleitet und unter energetischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet und nachfolgende Empfehlungen ausgesprochen:

Um die Sanierungsmaßnahmen

- baulich optimal aufeinander abstimmen zu können,
- konstruktive Wärmebrücken und Leckageflächen in Anschlussdetails vermeiden zu können und
- die Investitionskosten für das Gesamtprojekt der empfohlenen Maßnahmen so gering wie möglich zu halten,

wird die Durchführung aller Maßnahmen in einem Zug empfohlen, bestehend aus Wärmedämmung der Flachdächer, der Außenwände (einschließlich Erneuerung der Fassade), der Kellerwände und der Balkone sowie Austausch der Außenfenster und Erneuerung der Anlagentechnik.

### 6.2.2 Brandschutzanforderungen

Mit der Sanierung ist eine bauordnungsrechtliche Bewertung des Gebäudes auf Basis der heute geltenden Bauvorschriften erforderlich. Dabei kann – auch bei unveränderter Nutzung – eine Anpassung der Bausubstanz hinsichtlich des Brandschutzes im Umfang von 20% der Bausummen gem. § 85 NBauO verlangt werden.

Das vom Gesetzgeber geforderte Sicherheitsniveau in Versammlungsstätten wurde durch die mehrfache Novellierung der Versammlungsstättenverordnung (NVStättVO 2012 bzw. MVStättVO 2014) dokumentiert. Eine sachgerechte und schutzorientierte Bewertung muss daher die geltenden gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen. Daraus abgeleitet werden nach derzeitiger Einschätzung folgende Maßnahmen erforderlich:

#### Anlagentechnischer Brandschutz

- Sprinkleranlage
- Rauchabzug
- Rauchableitung von Treppenhäusern
- Rauchableitung aus dem Kellergeschoss
- Austausch der sicherheitstechnischen Anlagen

#### Rettungswege

- Erstellen von zwei neuen Außentreppen an die bestehenden Foyertreppenhäuser (Hauptfoyer Großer Saal).
- Im EG-Foyer werden die Foyerhaupttreppen vom Garderobenfoyer und Haupteingang getrennt.
- Zwei Treppen im Bereich des Kongresssaals und Kongressbereich werden als geschlossene Treppenhäuser ausgebildet.
- Konferenzraum: Vor der Fassade ist eine Außentreppe vorzusehen, die von beiden Konferenzräumen erreicht wird.
- Vortragssaal: In der Fassade ist eine Tür direkt ins Freie zu führen.

### 6.2.3 Technische Gebäudeausrüstung (TGA)

Die Technische Gebäudeausrüstung mit seiner Vielzahl von Bauteilen und Einrichtungen stammt aus der damaligen Errichtungszeit (Inbetriebnahme 1965) des Hauses. Eine Kompletterneuerung ist erforderlich. Nahezu das gesamte Leitungsnetz aller Haustechnischen Anlagen ist hinter Wand- und Deckenbekleidungen (Ausnahme TGA-Zentralen und an den Decken im Kellergeschoss) und teilweise in den Fußböden eingebaut. Insoweit ist erforderlich, dass alle Wandbekleidungen und Abhangdecken geöffnet, ausgebaut, zwischengelagert oder erneuert werden müssen.

### 6.2.4 Gebäudeentwässerung

Da auch die Entwässerungsleitungen (Schmutz- und Regenwasser) seit über fünf Jahrzehnten in Betrieb sind und bisher keine Sanierungen vorgenommen wurden, erfolgte eine Befahrung dieses Leitungsnetzes. Es stellte sich heraus, dass die Schmutz- und Regenwasserleitungen voll umfänglich in die Sanierung mit einbezogen werden müssen und zu erneuern sind. Kostengünstigere Reparaturmaßnahmen, die aber in der Regel einem kürzeren Lebenszyklus unterliegen, werden unter Berücksichtigung des besonderen Betriebsrisikos der Stadthalle als ungünstig beurteilt. Da alle diese Leitungen unterhalb der Kellersohle verlaufen, stellt der Austausch dieser Leitungen eine besondere Herausforderung dar.

### 6.2.5 Optimierung des Veranstaltungsbetriebs und der Funktionalität

Bei der Sanierungsplanung wurden folgende Bereiche berücksichtigt, die die Nutzung des Gebäudes erhöhen und Betriebsabläufe verbessern:

#### Break-Out-Räume

Bei der Sanierungsplanung wurden entsprechend der Bedarfsplanung Räume und Flächen, die im Wesentlichen dem Kongress-, Tagungs- und Seminar-Geschäft dienen, berücksichtigt. Diese Break-Out-Räume können zudem auch als Einzelräume für kleinere gesellschaftliche Veranstaltungen (Familien-, Firmenfeiern) genutzt werden.

Die Break-Out-Räume sind flexibel gestaltbar. Das heißt, dass die Räume modulare Wände erhalten, die akustisch und optisch Räume oder Raumbereiche schaffen und sich ständig neu kombinieren lassen. Das Bestandsrestaurant „Löwenkrone“ gehört in seiner kompletten Ausdehnung zum Bereich der zu überplanenden Fläche. Der neue WC-Bereich wird in den bisherigen Personal-WC-Bereich verschoben, der Personal-WC-Bereich wird in derzeit vorhandenen Lager- und Kühlräume verlegt. Die Küche in diesem Bereich wird aufgegeben. Die Saal-Küche im 1. OG bleibt für das Veranstaltungsgeschäft erhalten.

#### Lastenaufzug und Anlieferung

Der bestehende Lastenaufzug an der Nordwestseite liefert nur eine unzureichende Transporthilfe für das tägliche Be- und Entladen der Bereiche Foyer und Großer Saal, da dieser nicht direkt von LKWs angefahren werden kann und keine Verbindung zu den Lagerräumen im EG und UG besitzt. Nur das Bühnenpodium und der dreieckige im Bestand befindliche Lastenaufzug haben Verbindung zu diesen Lagerräumen.

Zur Verbesserung dieser Situation wurde folgender Lösungsvorschlag unterbreitet: Der bestehende Lastenaufzug wird durch einen neuen Lastenaufzug ersetzt, dieser wird so angeordnet, dass LKWs direkt an die Aufzugstür fahren können und mittels Laderampe beschickt werden können.

#### Bühnenmaschinerie, Bühnenbeleuchtung, Audio-/Videotechnik, Medientechnik

Im Rahmen der vorgelegten Planung sind acht Räume mit der notwendigen Technik auszustatten. Die vorhandene Beleuchtungs-/Audio-/Video und Medientechnik in den Sälen muss auf den Stand der Technik gebracht werden. Die Abstimmung der technischen Grundlagen ist mit der Stadthalle erfolgt und ist im nächsten Schritt zu konkretisieren. Basis der Umsetzung ist die komplette Umstellung der Steuerungstechnik aller Medien auf eine zeitgemäße Netzwerktechnologie.

Alle Anlagen der Bühnenmaschinerie (Kettenzüge, Prospektzüge, Vorhanganlagen, Fall-/Schiebewände, Podien) werden demontiert, überarbeitet und sofern notwendig den gesetzlichen Anforderungen entsprechend erneuert.

### **6.3 Zusammenfassung**

Aus Sicht der an der Ermittlung des Sanierungsbedarfs über das Ingenieurbüro beteiligten Fachplaner ist aufgrund der Synergieeffekte, die sich aus der gleichzeitigen Sanierung aller Bauteile und Anlagentechnik ergeben, das zuvor dargestellte Maßnahmenpaket als Vorzugspaket zu empfehlen, bestehend aus der Sanierung der kompletten Gebäudehülle und der Anlagentechnik.

### **7. Kostenschätzung für die Sanierung**

Aus dem unter Ziff. 6 genannten Sanierungskonzept ergeben sich nach derzeitigem Planungsstand auf Preisbasis 2017 und interner Plausibilisierung Sanierungskosten von rund 58,4 Mio. EUR (ohne Projektsteuerungskosten und Bauherrenleistungen).

### **8. Variantenbetrachtung für einen Neubau**

Aufgrund der Höhe der zu erwartenden Sanierungskosten wurden nach Vorliegen des Sanierungskonzepts und der sich daraus ergebenden Kostenschätzung zusätzlich die Kosten eines Neubaus in Größe des Bestandsgebäudes betrachtet, um die Wirtschaftlichkeit einer Sanierung zu prüfen. Diese Vergleichsberechnung wurde ebenfalls durch das mit der Erstellung des Sanierungskonzepts beauftragte Ingenieurbüro auf Basis von Erfahrungswerten und Kennzahlen vergleichbarer Objekte einschließlich der Schätzung der langfristigen Instandhaltungskosten erstellt. Ziel war keine komplette Planung eines Neubaus, sondern ein Vergleichswert, um die möglichen Sanierungskosten bewerten zu können.

Im Ergebnis ergeben sich auf dieser Grundlage Investitionskosten auf Preisbasis 2017 (einschließlich der Abrisskosten) von ca. 69,5 Mio. EUR für einen Neubau in gleicher Größe. Ein solcher Neubau wäre somit rund 11 Mio. EUR teurer als eine Sanierung. Der Vergleich ist in Anlage 4 beigefügt. Dabei nicht betrachtet sind die Herrichtungs- und Erschließungskosten, die Kosten der Außenanlagen sowie mögliche Grunderwerbskosten.

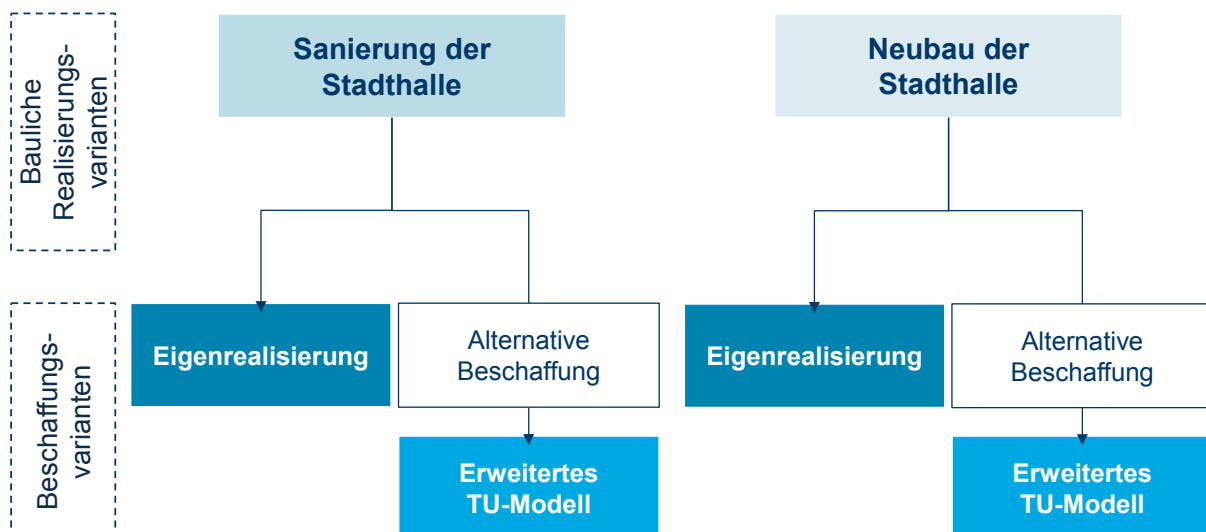
## 9. Vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Die PD hat in Fortsetzung der durch das Bundesfinanzministerium geförderten Erstellung der Machbarkeitsstudie (siehe Ziff. 3) parallel zur Bestandsanalyse das Rechenmodell für die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU) erarbeitet.

### 9.1 Inhalte der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Auf Grundlage der Machbarkeitsstudie wurden für die Sanierung (Ziff. 7) sowie einen Neubau in gleicher Größe (Ziff. 8) zwei Basisvarianten betrachtet: Die konventionelle Eigenrealisierung als gewerkeweise Vergabe und das erweiterte TU-Modell inkl. langfristiger Instandhaltung als alternatives Beschaffungsmodell. Diese beiden Beschaffungsvarianten wurden sowohl für die Sanierungs- als auch für die Neubauvariante vergleichend gemäß bundeseinheitlicher Methodik für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gegenübergestellt. Bei allen Varianten verbleibt das Eigentum beim BgA Stadthalle, der Veranstaltungsbetrieb verbleibt bei der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH. Es wurde ein Leistungsspektrum von Planung, Bau, Bauzeitfinanzierung und Instandhaltung über einen Zeitraum von 22 Jahren inkl. zweijähriger Planungs- und Bauphase betrachtet.

Die PD hat alle dafür relevanten Daten der Stadthalle sowie aus der Bestandsanalyse zusammengestellt und analysiert. Die Schnittstellen zwischen der Stadt als Eigentümerin bzw. dem Betrieb gewerblicher Art (BgA), der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH (Stadthalle) und einem privaten Dritten wurden definiert. Ferner wurden die Maßnahmen sowie der Leistungsumfang, die in ein alternatives Modell einfließen könnten, betrachtet. Zudem erfolgten eine Risikoanalyse und die Beschreibung eines Finanzierungs- und Sicherheitenmodells. Die kalkulatorischen Annahmen zum erweiterten TU-Modell basieren auf von der PD ausgewerteten Projekten, die in vergleichbarer Beschaffungsform umgesetzt worden sind.



*Untersuchte Varianten in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung*

Bei einem erweiterten TU-Modell erfolgt ein ganzheitlicher Ansatz der Leistungserbringung. Der zentrale Auftragnehmer übernimmt die konzeptionelle Verzahnung und Integration von Planungs-, Bau, Finanzierungs- und Instandhaltungsleistungen. Um die Marktfähigkeit des Modells zu erhöhen und unangemessen hohe Angebotskosten sowie Risikozuschläge des Totalunternehmers zu vermeiden, empfiehlt die PD gemeinsam mit dem Ingenieurbüro, eine genehmigungsfähige Planung (Leistungsphase 4 HOAI) vorzugeben.

Die WU weist im Ergebnis einen sogenannten Barwert der einzelnen Beschaffungsvarianten aus. Der Barwert spiegelt den heutigen Zeitwert aller zukünftigen Kosten für Planung, Bau, Finanzierung und Instandhaltung der Stadthalle über eine Laufzeit von 22 Jahren (Bauphase und 20 Jahre Betreib) wider. Diese Summe wäre demnach heute zu finanzieren, um alle zukünftigen Forderungen des Vorhabens zu jedem Zeitpunkt der Vertragslaufzeit begleichen zu können. Insofern beinhaltet der Barwert neben den Investitionen und deren Finanzierung (Zins und Tilgung) auch die für die Nutzung der Stadthalle langfristig erforderlichen Instandhaltungsleistungen sowie alle für die Umsetzung notwendigen Transaktions- und Verwaltungskosten auf Seiten der Stadt. Zur Absicherung der Preisentwicklungen sind alle Zahlungsströme anhand der jeweiligen Zeitreihen des statistischen Bundesamtes fortgeschrieben und indexiert worden.

In den betrachteten Kosten für eine Sanierung oder den Neubau sind darüber hinaus Risikokosten enthalten, um die unterschiedliche Risikoteilung in den Beschaffungsvarianten bewerten zu können. Typische Risiken, die in der WU berücksichtigt wurden, sind Baukostensteigerungen bzw. Bauzeitverlängerungen aufgrund der Komplexität des Gebäudes, Risiko durch Mängel nach Ablauf der Gewährleistung und Risiko der unterlassenen Instandhaltung. Das Risiko der Insolvenz des Auftragnehmers im Falle des langfristigen TU-Vertrages wurde im Rahmen von Bürgschaftskosten berücksichtigt. Im erweiterten TU-Modell wurde unterstellt, dass die Risikoteilung nach dem Grundsatz erfolgt, dass jeder Vertragspartner das Risiko trägt, das er am besten steuern kann. Dadurch können Risiken sachgerecht verteilt und die Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. die Kostenwirkung eines eingetretenen Risikos reduziert werden.

Bei der Risikobewertung orientiert sich die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung methodisch an den bundesweit anerkannten Leitfäden (u. a. Leitfaden der Finanzministerkonferenz zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen). Die Gegenüberstellung der Varianten ist mit einem von der PD entwickelten und auditierten Rechenmodell durchgeführt worden. In die Analyse sind Auswertungsergebnisse der PD zu Effizienzpotenzialen eines TU-Modells gegenüber der Eigenrealisierung eingeflossen. In dieser Auswertung wurden Planungs- und Baukosten zahlreicher umgesetzter und abgerechneter TU- oder vergleichbarer Vertrags-Modelle mit Kostenkennwerten konventioneller Bauvorhaben der Öffentlichen Hand (BKI-Kennwerte) gegenübergestellt. Darüber hinaus sind Erfahrungswerte der PD und des beteiligten Ingenieurbüros in enger Abstimmung mit den Fachbereichen in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeflossen.

Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurden für die Sanierungs- und Neubauvarianten zu Vergleichszwecken derselbe Zeitablauf und dieselben Vorbereitungs- und Umsetzungszeiträume angesetzt. Bei der Umsetzung einer Neubauvariante wäre darüber hinaus zu berücksichtigen, dass die Grundstücksfrage geklärt, evtl. Planungsrecht geschaffen und das Raumprogramm festgelegt werden müsste.

	Eigenrealisierung	Erweitertes TU-Modell
<b>Eigentum an Grundstück und Gebäude</b>	BgA	BgA
<b>Planungs- und Bauleistungen</b>	Stadt / BgA	Auftragnehmer (Sanierung: ab LPH 5 / Neubau: ab LPH 2)
<b>Finanzierungsleistungen</b>	Stadt / BgA	Bauzeitfinanzierung: Auftragnehmer Langfristfinanzierung: Forfaitierung
<b>Gebäudebezogene Betriebsleistungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Objektmanagement</li> <li>▪ Medienversorgung</li> <li>▪ Reinigung</li> <li>▪ Bedienung, Inspektion und Wartung</li> <li>▪ Sicherheits- und Überwachungsdienste</li> <li>▪ Abgaben und Versicherungsbeiträge</li> </ul>	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
<b>Instandsetzung und Ersatzerneuerungen</b>	Stadt / BgA bzw. Betriebsgesellschaft	Auftragnehmer (bei der Stadt / BgA bzw. Betriebsgesellschaft verbleiben die Leistungen der Vertragskontrolle)
<b>Veranstaltungsbezogener Betrieb, Vermarktung der Flächen</b>	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

### Übersicht des Leistungsspektrums in den Beschaffungsvarianten

Die Eigenrealisierung stellt den Vergleichswert für die alternative Beschaffungsvariante dar.

## 9.2 Ergebnisse für die Sanierungsvariante

Der Vergleich der Beschaffungsvarianten (inkl. Risikokosten) für die Sanierungsvariante hat ergeben, dass die Umsetzung im Rahmen eines erweiterten TU-Modells mit langfristiger Instandhaltung wirtschaftliche Vorteile gegenüber der Eigenrealisierung erwarten lässt. Der Barwert des TU-Modells liegt im Basisfall etwa 3,28 Mio. EUR unterhalb des Vergleichswertes der Eigenrealisierung. Prozentual liegt der Wirtschaftlichkeitsvorteil dieser Variante bei etwa 4,01 %.

	Sanierung	
	Eigenrealisierung	Erweitertes TU-Modell
Gesamtbarwert	81.746.000 EUR	78.469.000 EUR
Differenz barwertig ggü. Eigenrealisierung	-	- 3.277.000 EUR
Relativer Vor-/Nachteil ggü. Eigenrealisierung	-	- 4,01 %

### Ergebnisübersicht der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Sanierung)

## 9.3 Ergebnisse für die Neubauvariante

Der Vergleich der Beschaffungsvarianten (inkl. Risikokosten) für die Neubauvariante hat ergeben, dass die Umsetzung im Rahmen eines erweiterten TU-Modells mit langfristiger Instandhaltung wirtschaftliche Vorteile gegenüber der Eigenrealisierung erwarten lässt.

Der Barwert des TU-Modells liegt etwa 6 Mio. EUR unterhalb der Obergrenze der Eigenrealisierung. Prozentual liegt der Wirtschaftlichkeitsvorteil dieser Variante bei etwa 6,8 %.

	Neubau	
	Eigenrealisierung	Erweitertes TU-Modell
Gesamtbarwert	88.959.000 EUR	82.914.000 EUR
Differenz barwertig ggü. Eigenrealisierung	-	- 6.044.000 EUR
Relativer Vor-/Nachteil ggü. Eigenrealisierung	-	- 6,79 %

*Ergebnisübersicht der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (Neubau)*

## 9.4 Bewertung

Die beiden untersuchten Sanierungsvarianten (Eigenrealisierung und erweitertes TU-Modell) stellen sich gegenüber den beiden Neubauvarianten als vorteilig dar. Barwertig liegt der Vorteil bei ca. 1,17 Mio. EUR bis 10,49 Mio. EUR.

Der Neubau der Stadthalle in Eigenrealisierung ist im Vergleich zu den anderen Varianten über den Betrachtungszeitraum von 20 Jahren (zzgl. 2-jähriger Planungs- und Bauzeit) mit dem höchsten Investitionsaufwand verbunden. Die Neubauvariante würde zudem aufgrund der deutlich längeren Bauzeit (Abbruch der bestehenden Stadthalle und anschließender Neubau auf demselben Grundstück) zu einer längeren Schließzeit der Stadthalle als bisher angenommen führen.

Rang	Variante	Gesamtbarwert
1	<b>Sanierung im (erweiterten) TU-Modell</b>	78.469.000 EUR
2	<b>Sanierung in Eigenrealisierung</b>	81.746.000 EUR
3	<b>Neubau im (erweiterten) TU-Modell</b>	82.914.000 EUR
4	<b>Neubau in Eigenrealisierung</b>	88.959.000 EUR

*Übersicht der Varianten*

Das erweiterte TU-Modell für die Sanierungsvariante stellt sich auch bei abgewandelten Annahmen zu den Eingangsdaten als wirtschaftlichste Beschaffungsvariante dar.

Die wirtschaftlichen Vorteile des erweiterten TU-Modells liegen vor allem in der vertraglich geregelten Kosten- und Terminsicherheit sowie in der Übertragung des Schnittstellenrisikos zwischen den einzelnen Gewerken bzw. Auftragnehmern. Die Vorteile können wie folgt zusammengefasst werden:

- Entlastung der Verwaltungskapazitäten durch Bündelung der wesentlichen gebäudebezogenen Leistungen für die Sanierung der Stadthalle in einem Vertragspaket
- Planungssicherheit im Haushalt durch vertragliche Fixierung von Bau- und langfristigen Instandhaltungskosten
- Planungssicherheit für die Vermarktung der Stadthalle durch vertragliche Fixierung der Bauzeit

Aus diesen Gründen wird im Rahmen der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die Sanierung der Stadthalle in einem erweiterten TU-Modell zur Umsetzung empfohlen.

## 10. Denkmalschutz

Derzeit wird von Seiten des Niedersächsischen Landesamts für Denkmalpflege (NLD) die Denkmalschutzwürdigkeit der Stadthalle geprüft. Das NLD ist die zuständige Behörde in Niedersachsen, die über die Schutzwürdigkeit von Objekten nach den Kriterien des Denkmalschutzgesetzes entscheidet.

Da das NLD die Stadthalle in ihrer architektonisch städtebaulichen Bedeutung als Kulturgebäude der frühen 60er Jahre in einen größeren bundesweiten Zusammenhang stellen wird, ist es schwer vorauszusagen, ob es zu einer Denkmalausweisung kommen wird und wenn ja, auf welche Bestandteile des Gebäudes (nur Äußeres oder äußere Gestalt und Teile des Innenausbaus) sich eine solche Ausweisung erstrecken wird.

Die derzeitige Analysearbeit des NLD wird von der Stadt Braunschweig im Rahmen der Amtshilfe durch die Untere Denkmalschutzbehörde unterstützt. Sollte das NLD eine Denkmaleigenschaft feststellen, würde vor einer formellen Eintragung in das Denkmalverzeichnis die Stadt Braunschweig als Eigentümerin und als Gemeinde (Trägerin der Planungshoheit) angehört. Das bedeutet, dass die Stadt auch Bedenken gegen eine sehr weitgehende und ggf. einengende Denkmalausweisung geltend machen kann. Das NLD will seine fachliche Bewertung noch in diesem Jahr abschließen.

Falls die Stadthalle formell als Denkmal eingetragen würde, bestünde grundsätzlich eine Erhaltungspflicht der Stadt Braunschweig als Eigentümerin. Jede Veränderung, Instandsetzung oder gar Zerstörung von denkmalgeschützten Gebäudebestandteilen würde dann einer denkmalrechtlichen Genehmigung bedürfen, für die fachlich das Referat Stadtbild und Denkmalpflege der Stadt Braunschweig als Untere Denkmalschutzbehörde zuständig wäre.

## 11. Nächste Schritte und Zeitplan

Für die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens (europaweites Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb) ist die Einbindung von wirtschaftlichem, technischem und juristischem Know-how erforderlich. Die notwendigen wirtschaftlichen, technischen und Projektsteuerungsleistungen sollen über die PD im Zuge der Inhouse-Vergabe beauftragt werden.

### 11.1 Beratung in der nächsten Projektphase

Für die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens (europaweites Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb) ist die Einbindung von wirtschaftlichem, technischem und juristischem Know-how erforderlich.

Ein entsprechendes Angebot für die wirtschaftlichen und technischen Beratungsleistungen liegt vor, das sich in folgende Stufen gliedert:

Leistungspaket 1 „Vorbereitung Vergabeverfahren“

- Wirtschaftliche Beratungsleistungen zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens
- Technische Leistungen zur Vorbereitung des Vergabeverfahrens
- Projektsteuerungsleistungen

Leistungspaket 2 „Durchführung Vergabeverfahren TU-Modell“

- Wirtschaftliche Beratungsleistungen im Vergabeverfahren (Vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb, Angebots- und Verhandlungsphase, abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, Abschluss des Verfahrens)



- Technische Beratungsleistungen im Vergabeverfahren (Vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb, Angebots- und Verhandlungsphase, abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, Abschluss des Verfahrens)
- Projektsteuerung während des Vergabeverfahrens

#### Leistungspaket 3 „Projektsteuerung während der Umsetzungsphase“

- Projektsteuerung mit Projektleitungsfunktion (Leistungen zur Organisation, Information und Koordination, Leistungen zur Bewertung der Qualitäten und Quantitäten, Leistungen zur Bewertung der Kosten, Leistungen zur Bewertung der Termine und Kapazitäten)

Die wirtschaftliche Beratung einschließlich der Projektleitung und Steuerung erfolgt durch die PD. Für die technischen Beratungsleistungen wird durch die PD ein Ingenieurbüro eingebunden.

Parallel wird die Stadt einen juristischen Berater beauftragen, das Vergabeverfahren vorzubereiten

und zu begleiten sowie das Vertragscontrolling in der Umsetzungsphase zu übernehmen. Die Schnittstelle zum juristischen Berater wird ebenfalls durch die PD gesteuert.

Die Vergabe der Beraterleistungen wird in der nicht-öffentlichen Gremienvorlage (Drucksache 17-05844) vorgeschlagen.

## 11.2 Zeitplan

Derzeit ist für die Sanierung der Stadthalle von folgenden zeitlichen und inhaltlichen Meilensteinen nach einer Beschlussfassung am 19. Dezember 2017 auszugehen:

- Ratsentscheidung am 19. Dezember 2017 (Stadtbezirksrat 132 Ende November 2017, FPA am 30. November 2017, VA am 12. Dezember 2017)
- Vorbereitung Vergabeverfahren (inkl. Planung bis LPH 4): Dezember 2017 – Dezember 2018
- Vergabeverfahren: Dezember 2018 – Oktober 2019
- Entscheidung des Rates über die Vergabe: Oktober 2019
- Planungszeitraum (ab LPH 5): Oktober 2019 – März 2020
- Bauzeit (Schließzeit der Stadthalle): April 2020 – September 2021
- Inbetriebnahme-Phase: ab Juli 2021 – März 2022
- Start Veranstaltungsbetrieb Stadthalle: Oktober 2021

Bezugnehmend auf den Beschlussvorschlag würde eine Beauftragung eines Unternehmens nach dem durchgeführten Vergabeverfahren nur dann erfolgen, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse mindestens den für die Eigenerledigung ermittelten Kosten entsprechen. Die Entscheidung zur Auftragsvergabe wird dem Rat nach Abschluss des Vergabeverfahrens voraussichtlich im Oktober 2019 vorgelegt.

## **12. Zusammenfassung**

Aus den in dieser Vorlage genannten Gründen wird vorgeschlagen, eine Sanierung der Stadthalle Braunschweig in einem erweiterten TU-Modell vorzunehmen und die weiteren, hierfür erforderlichen Schritte umzusetzen.

Geiger

### **Anlage/n:**

Anlage 1 zu Punkt 2.1

Anlage 2 zu Punkt 2.2

Anlage 3 zu Punkt 5

Anlage 4 zu Punkt 8



Stadthalle Braunschweig, Südostseite, Foto 1976



Stadthalle Braunschweig, Nordostseite, Foto 1976



## Anlage 2 Seite 1

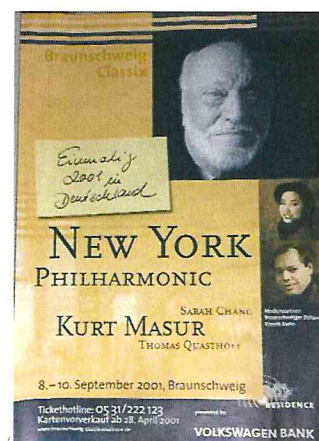
Auszug aus 52 Jahren Shows und Konzerten in der Stadthalle Braunschweig



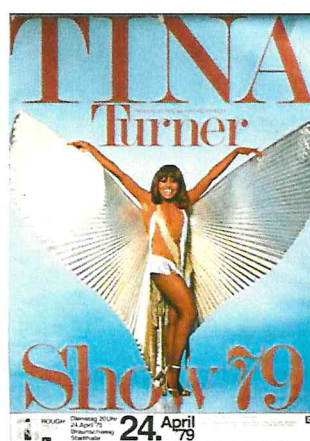
KVR - Kunde seit 1966



Erste Tanz WM in BS 1994

Klassik 2001  
einen Tag vor 9/1152. Debütball 2017  
Kunde seit Eröffnung

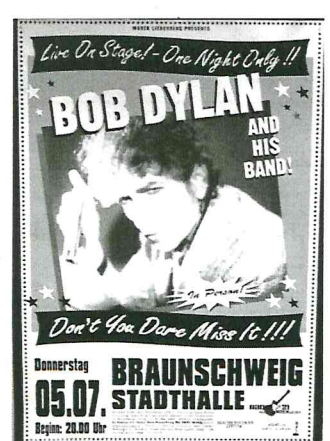
Erstes Steh-Konzert 1985



Vor Ihrem Durchbruch



Alle Jahrzehnte im Haus

Konzert 1998 des  
Nobelpreisträger 2016



Alle ist möglich! Verschiedene Konfigurationen des Großen Saals



<=  
Kongresse/Tagungen  
z.B. 31 x  
Braunschweiger  
Brandschutztag

=>  
Holiday on Ice  
kleinste Eisfläche in der Tour  
1990 bis 1999



<=  
Präsentation  
Golf III – 1991  
Volkswagen AG

=>  
Karneval  
Bälle/Galas





**Ergebnisse der städtebaulichen Machbarkeitsstudie für das Grundstück der Stadthalle, Siegerentwurf des Büros KSW**



Sanierung		€(netto)	€/m2BGF
KGR 100	Grundstück	0,00 €	0,00 €
KGR 200	Herrichten und Erschließen	211.850,00 €	9,63 €
KGR 300	Bauwerk-Baukonstruktion	25.036.926,00 €	1.138,04 €
KGR 400	Bauwerk-Technische Anlagen	21.415.564,00 €	973,43 €
KGR 500	Außenanlagen	361.000,00 €	16,41 €
KGR 600	Ausstattung und Kunstwerk	0,00 €	0,00 €
KGR 700	Baunebenkosten	11.357.609,00 €	516,25 €
<b>Summe</b>		<b>58.382.949,00 €</b>	<b>2.653,77 €</b>

Tabelle 1: Kostenschätzung auf Basis der ermittelten Bruttogeschossfläche der Stadt Braunschweig  
22.000,00 m2 BGF

Kostenkennwert Bauwerk 300 + 400 2.111,48 € /m2 BGF

Neubau		€(netto)	€/m2BGF
KGR 100	Grundstück	0,00 €	0,00 €
KGR 200	Herrichten und Erschließen	211.850,00 €	9,63 €
KGR 300	Bauwerk-Baukonstruktion	33.277.310,00 €	1.512,61 €
KGR 400	Bauwerk-Technische Anlagen	20.330.380,00 €	924,11 €
KGR 500	Außenanlagen	361.000,00 €	16,41 €
KGR 600	Ausstattung und Kunstwerk	0,00 €	0,00 €
KGR 700	Baunebenkosten	13.084.600,00 €	594,75 €
<b>Summe</b>		<b>67.265.140,00 €</b>	<b>3.057,51 €</b>
	Abrisskosten	2.255.558,00 €	
<b>Summe</b>		<b>69.520.698,00 €</b>	

Tabelle 1: Kostenschätzung auf Basis der ermittelten Bruttogrundrissfläche der Stadt Braunschweig  
22.000,00 m2 BGF  
109.482,00 m3 Umbauter Raum

Kostenkennwert Bauwerk 300 + 400 2.436,71 € /m2 BGF  
Kostenkennwert Abrisskosten 17,00 € /m3



Betreff:

**Projekt Sanierung Stadthalle**

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

04.12.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Bauausschuss (Vorberatung)	05.12.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	N
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	Ö
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2017	Ö

**Beschluss:**

„Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells (erweitertes TU-Modell) zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.“

**Sachverhalt:**

Im Rahmen der Beratung der Beschlussvorlage am 30. November 2017 im Finanz- und Personalausschuss wurde darum gebeten, den Beschlussvorschlag zu konkretisieren. Hierdurch ergeben sich jedoch keine inhaltlichen Änderungen.

Geiger

**Anlage/n:**

keine



Betreff:

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

13.10.2017

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Anhörung)	19.10.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	23.10.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	24.10.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	24.10.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	24.10.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	21.11.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	23.11.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	28.11.2017	Ö
Bauausschuss (Vorberatung)	05.12.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2017	Ö

**Beschluss:**

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

**Sachverhalt:**

**Erläuterung zur Änderung der Straßenreinigungsverordnung und der Anlage Straßenverzeichnis**

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Absatz 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich bei der Vorlage um einen Verwaltungsbeschluss, für den der Rat der Stadt Braunschweig beschlusszuständig ist.

Allgemeine Erläuterungen:

Die Straßenreinigungsverordnung regelt den Umfang der Reinigungspflichten in der Stadt Braunschweig. Insbesondere sind dort die Reinigungsklassen festgelegt, die bestimmen, in welcher Häufigkeit die Straßen im Stadtgebiet zu reinigen sind. Zudem werden die Winterdienstspflichten der Anlieger definiert.

Zu der Straßenreinigungsverordnung gibt es als Anlage das Straßenverzeichnis, in dem die Straßen (inkl. Wege und Plätze) verschiedenen Reinigungsklassen zugeordnet werden. Zur Straße gehören Fahrbahnen, Gehwege, Radwege und öffentliche Parkplätze. Aus der Reinigungsklasse ergibt sich die Häufigkeit der zu leistenden Reinigungen (§ 4).

In den allgemeinen Reinigungsklassen I bis V werden die Reinigungen mit regelmäßigen Rhythmen durchgeführt. Der Übertragungsvermerk „Ü“ hat bei diesen Reinigungsklassen zur Folge, dass die gesamte Straßenreinigung bis zur Straßenmitte (inkl. Fahrbahn) auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen ist. Das bedeutet, dass in diesen Straßen keine Gebühr für die Reinigung erhoben wird.

In der Innenstadt gelten die besonderen Reinigungsklassen 11 bis 29, in denen die Reinigungshäufigkeit mit der Anzahl der Reinigungen pro Jahr angegeben wird. Die ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) führt diese entsprechend der Vorgabe aus der Straßenreinigungsverordnung nach Bedarf durch. Bei Straßen mit einem „W“-Vermerk wird durch ALBA ein Winterdienst auf Gehwegen erbracht, der über die Verpflichtungen der Anlieger hinaus geht.

Die Festlegung der Reinigungsklassen orientiert sich am Grad der zu erwartenden Verschmutzung. Diese ergibt sich vor allem aus der Verkehrsbelastung, Einwohnerdichte, Infrastruktur (Supermärkte und ähnliche Anziehungspunkte), Vegetation (insbes. Bäume).

Eine komplette Übertragung der Reinigung an die Anlieger erfolgt in der Regel dann, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: geringer Verschmutzungsgrad, geringe Verkehrsbelastung (Anlieger dürfen bei der Reinigung nicht durch den Verkehr gefährdet sein), kein ÖPNV.

#### Änderungen in der Anlage Straßenverzeichnis:

Eine Anpassung des Straßenverzeichnisses (Anlage 1) erfolgt turnusmäßig auf Grund verschiedener Aspekte:

- Änderungsvorschläge von städtischen Organisationseinheiten und Bürgern (nach Prüfung)
- neu gewidmete Straßen
- nicht gewidmete Straßen, die bislang im Straßenverzeichnis aufgeführt sind
- geänderte Straßenverhältnisse aufgrund von Neugestaltungen und Umbauten
- Korrektur von ungenauen bzw. fehlerhaften Beschreibungen von Straßenbereichen
- redaktionelle Änderungen bei den Straßenabschnittsbezeichnungen

In der Anlage 2 sind die beabsichtigten Änderungen der Anlage Straßenverzeichnis nach Stadtbezirken sortiert und einzeln erläutert.

Leuer

#### **Anlagen:**

Anlage 1: Änderung Straßenreinigungsverordnung

Anlage 2: Erläuterung der Änderungen in den Stadtbezirken

**Zweite Verordnung zur Änderung der  
Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der  
Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig  
(Straßenreinigungsverordnung)  
vom 19. Dezember 2017**

Aufgrund des § 52 des Nds. Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes 2. März 2017 (Nds. GVBl. S. 48) und der §§ 1 und 55 des Nds. Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. April 2017 (Nds. GVBl. S. 106) hat der Rat der Stadt Braunschweig folgende Änderung beschlossen:

**Artikel I**

Die Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) vom 17. November 2015 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 16 vom 16. Dezember 2015, S. 85), in der Fassung der Ersten Änderungsverordnung vom 6. Dezember 2016 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 19 vom 21. Dezember 2016, S. 98) wird wie folgt geändert:

Das Straßenverzeichnis als Anlage zur Straßenreinigungsverordnung wird gemäß der folgenden Tabelle geändert:

	<b>Straßenname</b>		Reini- gungs- klasse	Reini- gung über- tragen auf Anlie-ger = Ü	Verbin- dungs- weg = (V) Winter- dienst = (W)
<b>Bisher</b>	Achtermannstraße		IV		
<b>Neu</b>	Achtermannstraße	von Hainbergstraße bis Wurmbergstraße	IV		
<b>Neu</b>	Achtermannstraße	von Diestelbleek bis Hainbergstraße	V	Ü	
<b>Bisher</b>	Arminiusstraße	von Gudrunstraße bis Siegfriedstraße	IV		
<b>Neu</b>	Arminiusstraße	von Gudrunstraße bis Hildebrandstraße	IV		
<b>Bisher</b>	Bruchtorwall		22		
<b>Neu</b>	Bruchtorwall		16		
<b>Bisher</b>	Ekbertstraße		IV		
<b>Neu</b>	Ekbertstraße	von Cyriaksring bis Am Alten Bahnhof	IV		
<b>Neu</b>	Ekbertstraße	von Am Alten Bahnhof bis Theodor-Heuss-Straße	IV	Ü	
<b>Neu</b>	Engelhardstraße		IV		
<b>Bisher</b>	Große Straße	ohne Teilstück von Teichstraße nach Osten	IV		
<b>Bisher</b>	Große Straße	ab Teichstraße nach Osten	IV	Ü	
<b>Neu</b>	Große Straße		IV		
<b>Bisher</b>	Im Heidekamp	ohne Stichwege	IV		
<b>Neu</b>	Im Heidekamp	ohne Stichweg nach Südwesten	IV		
<b>Bisher</b>	Im Heidekamp	Stichwege	IV	Ü	
<b>Neu</b>	Im Heidekamp	Stichweg nach Südwesten	IV	Ü	
<b>Bisher</b>	Marienberger Straße		IV		
<b>Neu</b>	Marienberger Straße	ohne Stichstraße nach Süden	IV		
<b>Bisher</b>	Neudammstraße	von Hohbusch bis einschl. Grundstück Samlandstraße 8	IV		
<b>Neu</b>	Neudammstraße	von Hohkamp bis einschl. Grundstück Samlandstraße 8	IV		
<b>Neu</b>	Neuer Geiershagen		IV	Ü	
<b>Neu</b>	Schmitzstraße		IV		
<b>Neu</b>	Steinbrink	von Verbindungsweg zum Landeshuter Weg bis Broitzemer Steinberg	IV	Ü	
<b>Neu</b>	Waller See		III		

<b>Bisher</b>	Zum Wiesental	von Lüderitzstraße bis einschl. Grundstück Nr. 3	IV		
<b>Neu</b>	Zum Wiesental	ohne Platz vor den Grundstücken Nr. 1 und 2	IV		
<b>Bisher</b>	Zum Wiesental	von Wabenkamp bis einschl. Grundstück Nr. 2	IV	Ü	
<b>Neu</b>	Zum Wiesental	Platz vor den Grundstücken Nr. 1 und 2	IV	Ü	

## Artikel II In-Kraft-Treten

Die Verordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Braunschweig, den ... Dezember 2017

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I.V.  
Leuer  
Stadtbaurat

Vorstehende Verordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den ... Dezember 2017

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I.V.  
Leuer  
Stadtbaurat

Anlage 2

**Erläuterungen der Änderungen des Straßenverzeichnisses:**

**Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Zum Wiesental	von Wabenkamp bis einschl. Grundstück Nr. 2	IV Ü		
<b>Neu</b>	Zum Wiesental	Platz vor den Grundstücken Nr. 1 und 2	IV Ü	Eine genauere Bezeichnung ist nach dem Umbau notwendig geworden, damit der Abschnitt korrekt angegeben ist. Es handelt sich um den verkehrsberuhigten Bereich um die Kirche herum.	Keine
<b>Bisher</b>	Zum Wiesental	von Lüderitzstraße bis einschl. Grundstück Nr. 3	IV		
<b>Neu</b>	Zum Wiesental	Ohne Platz vor den Grundstücken Nr. 1 und 2	IV	Eine genauere Bezeichnung ist nach dem Umbau notwendig geworden, damit der Abschnitt korrekt angegeben ist.	Keine

**Stadtbezirk 131 Innenstadt:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Bruchtorwall		22		
<b>Neu</b>	Bruchtorwall		16	Auf Grund erhöhter Verschmutzung des Gehweges und der Fahrbahn (insbesondere Radweg) wird die Reinigungshäufigkeit erhöht (vorher 100 mal pro Jahr, nun 150 mal pro Jahr)	Erhöhung auf die Gebühren der Reinigungsklasse 16 (5,07 € je Monat und Frontmeter, vorher Reinigungsklasse 22 3,62 € je Monat und Frontmeter).
<b>Neu</b>	Neuer Geiershagen		IV Ü	Neu gewidmet. Kombiniertes Geh- und Radweg	Keine

**Stadtbezirk 223 Broitzem:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Steinbrink	von Verbindungsweg zum Landeshuter Weg bis Broitzemer Steinberg	IV Ü	Teilstück fehlte nach Neubau im Straßenverzeichnis. Spielstraße mit geringem Verkehrsaufkommen.	Keine

**Stadtbezirk 224 Rüningen:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Engelhardstraße		IV	Neu gewidmet. Straße liegt in einem Gewerbegebiet. Dadurch relativ hoher LKW-Verkehr.	Gebühren der RKL IV (0,38 € je Monat und Frontmeter) sind zu zahlen.
<b>Neu</b>	Schmitzstraße		IV	Neu gewidmet. Straße liegt in einem Gewerbegebiet. Dadurch relativ hoher LKW-Verkehr.	Gebühren der RKL IV (0,38 € je Monat und Frontmeter) sind zu zahlen.

**Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Achtermannstraße		IV		
<b>Neu</b>	Achtermannstraße	von Hainbergstraße bis Wurmbergstraße	IV		Keine
<b>Neu</b>	Achtermannstraße	von Diestelbleek bis Hainbergstraße	V Ü	Dieser Abschnitt entspricht den anderen Straßen im Umfeld, die in diese Reinigungsklasse eingeordnet sind.	Für diesen Abschnitt entfallen die Gebühren der RKL IV (0,38 € je Monat und Frontmeter).
<b>Bisher</b>	Ekbertstraße		IV		
<b>Neu</b>	Ekbertstraße	von Cyriaksring bis Am Alten Bahnhof	IV		Keine
<b>Neu</b>	Ekbertstraße	von Am Alten Bahnhof bis Theodor-Heuss-Straße	IV Ü	In diesem Abschnitt ist lediglich der nördliche Geh- und Radweg für den öffentlichen Verkehr gewidmet. Daher ist nur noch dieser Bereich durch die Verordnung zu regeln.	Für diesen Abschnitt entfallen die Gebühren der RKL IV (0,38 € je Monat und Frontmeter).
<b>Bisher</b>	Marienberger Straße		IV		
<b>Neu</b>	Marienberger Straße	ohne Stichstraße nach Süden	IV	Die Bezeichnung des Abschnitts wurde bei der letzten Änderung irrtümlich entfernt.	Keine

**Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Große Straße	ohne Teilstück von Teichstraße nach Osten	IV		
<b>Bisher</b>	Große Straße	ab Teichstraße nach Osten	IV Ü		
<b>Neu</b>	Große Straße		IV	Starke Verschmutzungen der Fahrbahn. Zunehmender Verkehr durch Radfahrer.	Gebühren der RKL IV (0,38 € je Monat und Frontmeter) sind nun im gesamten Straßenverlauf zu zahlen.
<b>Bisher</b>	Neudammstraße	von Hohbusch bis einschl. Grundstück Samlandstraße 8	IV		
<b>Neu</b>	Neudammstraße	von Hohkamp bis einschl. Grundstück Samlandstraße 8	IV	Fehlerkorrektur	Keine

**Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Im Heidekamp	Stichwege	IV Ü		
<b>Neu</b>	Im Heidekamp	Stichweg nach Südwesten	IV Ü	Lediglich dieser eine Stichweg ist gewidmet.	Keine
<b>Bisher</b>	Im Heidekamp	ohne Stichwege	IV		
<b>Neu</b>	Im Heidekamp	ohne Stichweg nach Südwesten	IV	Änderung der Bezeichnung (siehe oben)	Keine

**Stadtbezirksrat 323 Wenden-Thune-Harxbüttel:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Neu</b>	Waller See		III	Neu gewidmet. Straße liegt in einem Gewerbegebiet. Dadurch relativ hoher LKW-Verkehr. Schon bislang waren starke Verschmutzungen festzustellen.	Gebühren der RKL III ( <b>0,76 € je Monat</b> und Frontmeter) sind zu zahlen.

**Stadtbezirksrat 331 Nordstadt:**

	<b>Straßenname</b>		<b>RK</b>	<b>Erläuterung</b>	<b>Gebührenänderung</b>
<b>Bisher</b>	Arminiusstraße	von Gudrunstraße bis Siegfriedstraße	IV		
<b>Neu</b>	Arminiusstraße	von Gudrunstraße bis Hildebrandstraße	IV	Fehlerkorrektur. Die Arminiusstraße endet nach Süden in Höhe Hildebrandstraße. Der entfernte Bereich gehört zum Burgundenplatz der ebenfalls in die Reinigungsklasse IV eingestuft ist.	Keine



Betreff:

**Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

19.10.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	24.10.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	30.11.2017	Ö
Bauausschuss (Vorberatung)	05.12.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2017	Ö

**Beschluss:**

„Die als Anlage beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.“

**Begründung:**

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Absatz 1 Ziffer 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Danach ist der Rat für Beschlüsse über Satzungen und Verordnungen zuständig; hierzu gehören neben dem Erlass auch die Änderung und Neufassung von Satzungen und Verordnungen.

**Einleitung**

Die Stadt Braunschweig investiert mit hohem Mitteleinsatz in die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger. Straßen, Fahrrad- und Fußwege werden neu gebaut, laufend unterhalten und saniert, Ampelanlagen modernisiert, Gleisanlagen und Haltestellen für Stadtbahnen und Busse saniert und der Fahrplan ausgeweitet sowie Forschungsprojekte zur Zukunft der Mobilität begleitet. Diesen Investitionen in die Mobilität vor Ort stehen im Rahmen der Gesamtdeckung insbesondere Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sowie der Fahrgeldeinnahmen des ÖPNV ergänzend zu den Steuereinnahmen und Finanzaufwendungen der Stadt Braunschweig gegenüber.

Für die anteilige Mitfinanzierung dieser Investitionen und aus verkehrlichen Überlegungen ist folgende Anpassung der Parkregelungen vorgesehen:

Die für den Bereich innerhalb der Okerumflut aktuell noch bestehenden Parkgebührenzonen I und II sollen zu einer einzigen Zone zusammengefasst werden (neue Parkgebührenzone I).

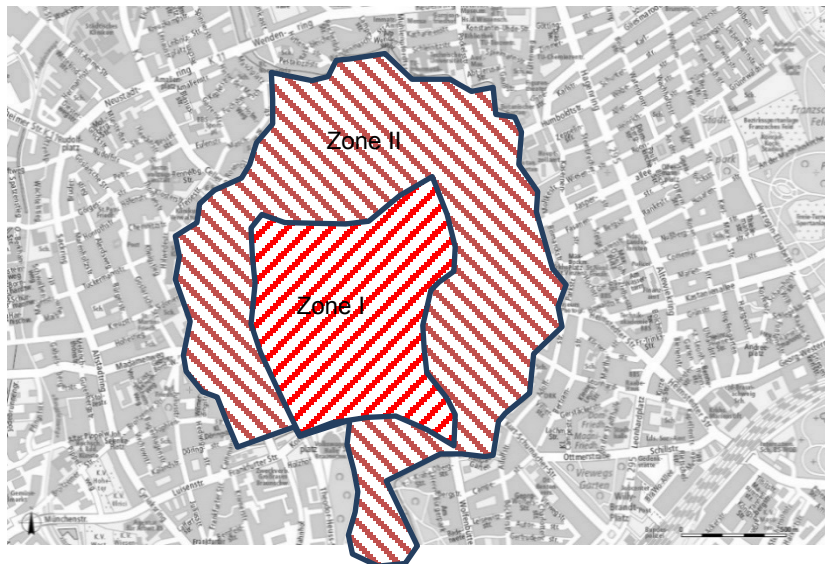
## Hintergrund

Die Fahrpreise im ÖPNV, festgelegt in der Verkehrsverbundtarifgesellschaft Region Braunschweig, wurden zwischen 2007 und 2017 um rund 42 % erhöht. Die nächste Anhebung erfolgt zum 1. Januar 2018 um rund 1,86 %.

Die Parkgebühren wurden zum 1. Juli 2016 erstmalig nach 19 Jahren um rund 20 % erhöht (DS 16-01984). Die Bewirtschaftung erfolgt montags bis samstags von 9 Uhr bis 20 Uhr.

Der aktuelle Preisstand innerhalb der Okerumflut stellt sich wie folgt dar:

Zeit	Zone I	Zone II
30 Minuten	0,90 €	0,60 €
60 Minuten	1,80 €	1,20 €
90 Minuten	2,70 €	1,80 €
120 Minuten	3,60 €	2,40 €
150 Minuten	4,50 €	3,00 €
180 Minuten	5,40 €	3,60 €



## Neue Parkgebührenzone I

Es wird vorgeschlagen, die heutigen Parkzonen I und II zu einer einzigen Zone zusammenzufassen. Die Festlegung der Parkzonen erfolgte Anfang der 1990er Jahre. Zu dieser Zeit war das Geschäftszentrum der Innenstadt innerhalb des Cityrings. Mit dem Bau der Schlossarkaden ist eine deutliche Erweiterung des Einzelhandels in Zone II erfolgt.

Eine Zusammenfassung der beiden Parkzonen ist verkehrsfachlich sinnvoll. Die Gebühren der Parkzone II sind um 1/3 günstiger als in der Parkzone I und führen somit zu einem Parksuchverkehr insbesondere in der östlichen Innenstadt.

Mit einer Zusammenfassung der beiden bisherigen Parkzonen I und II zu einer neuen Parkzone I wird ein übersichtliches System geschaffen.

Die Gebühren der Parkzone I werden beibehalten. Erstmals werden um die Schlossarkaden die gleichen Gebühren erhoben, wie innerhalb des Cityrings.

Die Zusammenfassung der Zonen soll zum 1. Januar 2018 erfolgen. Die Umstellung der vorhandenen Parkscheinautomaten auf die einheitliche Gebühr erfolgt in den ersten Wochen des Jahres 2018. Die Zusammenfassung der vorhandenen Bewirtschaftungsgebiete wird nach erster Schätzung dauerhaft Mehreinnahmen von 400.000 € pro Jahr bringen, die im Haushaltsplanentwurf 2018 abgebildet sind.

**Entwicklungsperspektive für die Parkgebührenhöhe**

Es ist vorgesehen, die Höhe der Parkgebühren künftig an die jeweilige Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland anzupassen. Dabei soll die Entwicklung dieses Index jeweils jährlich ermittelt werden; soweit sich daraus eine Steigerung ergibt, die eine Parkgebührenerhöhung von mind. 0,10 € für 30 Min. Parkdauer zulässt, wird die Verwaltung eine entsprechende Anhebung vorschlagen.

Durch diese Vorgehensweise soll einerseits sichergestellt werden, dass künftige Parkgebührenerhöhungen nicht sprunghaft, sondern moderat ausfallen, darüber hinaus stellt dies ein für den Kunden einfach verständliches System dar.

**Kostenloses Parken für Elektrofahrzeuge**

Zur Förderung der Elektromobilität wird die bestehende Regelung zum kostenlosen Parken für Elektrofahrzeuge im Sinne des § 9 a Fahrzeug-Zulassungsverordnung auf allen gebührenpflichtigen Stellplätzen bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.

Leuer

**Anlage:**

Neufassung der ParkGO

**Gebührenordnung  
für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen  
in der Stadt Braunschweig (ParkGO)  
vom 19. Dezember 2017**

Aufgrund des § 6 a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. August 2017 (BGBl. I S. 3202) in Verbindung mit § 1 Abs. 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr in der Fassung vom 25. August 2014 (Nds. GVBl. S. 249), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6. Februar 2017 (Nds. GVBl. S. 17) in Verbindung mit § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 2. März 2017 (Nds. GVBl. S. 48), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 19. Dezember 2017 folgende Parkgebührenordnung beschlossen:

**§ 1**

- (1) Soweit das Parken auf öffentlichen Straßen und Plätzen durch Beschilderung, Parkscheinautomaten oder durch sonstige technische Einrichtungen als gebührenpflichtig gekennzeichnet ist, werden Gebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.
- (2) Die Parkgebühren betragen:

In der Parkgebührenzone I	30 Min.	0,90 €
	60 Min.	1,80 €
	90 Min.	2,70 €
	120 Min.	3,60 €
	150 Min.	4,50 €
	180 Min.	5,40 €.

**§ 2**

Als Parkgebührenzone I gelten alle Straßen und Plätze innerhalb der Okerumflut.

**§ 3**

Fahrzeuge im Sinne des § 9 a Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) in der jeweils gültigen Fassung können bis 31. Dezember 2020 auf allen gebührenpflichtigen Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum bis max. 3 Stunden kostenlos parken, wenn die Fahrzeuge entweder mit einem Kennzeichen für elektrisch betriebene Fahrzeuge nach § 9 a Abs. 1 FZV oder mit einer Plakette nach § 9 a Abs. 4 FZV versehen sind oder ein gültiger Sonderparkausweis sichtbar ausgelegt ist. Das kostenlose Parken verpflichtet zur Auslage einer Parkscheibe.

§ 4

- (1) Diese Parkgebührenordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) vom 21. Juni 2016 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 8 vom 1. Juli 2016) außer Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbaurat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbaurat

Betreff:

**Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

17.11.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	22.11.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	30.11.2017	Ö
Bauausschuss (Vorberatung)	05.12.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.12.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.12.2017	Ö

**Beschluss:**

„Die als Anlage zur Beschlussvorlage 17-05512-01 beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.“

**Sachverhalt:**

Zur Anhörung der Stadtbezirksräte 131-Innenstadt und 132-Viewegsgarten-Bebelhof:

Der Stadtbezirksrat 131-Innenstadt hat in seiner Sitzung am 24.10.2017 die Beschlussvorlage 17-05512 mehrheitlich (6 dafür, 7 dagegen) abgelehnt. Zur Begründung wurde vorgetragen, dass anstelle von Einnahmeerhöhungen zunächst Ausgabenkürzungen erwogen werden sollten.

Die Verwaltung verweist hierzu auf die DS 17-05512. Darin ist dargestellt, dass die Stadt Braunschweig mit hohem Mitteleinsatz u. a. in den Neubau und die Unterhaltung öffentlicher Verkehrsflächen investiert. Für die anteilige Mitfinanzierung dieser Investitionen ist eine Anpassung der Parkgebühren vorgesehen.

Eine erneute Anhörung des Stadtbezirksrates 131-Innenstadt kann unterbleiben, da die u. g. Ergänzungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Stadtbezirk 131-Innenstadt haben.

Der Stadtbezirksrat 132-Viewegsgarten-Bebelhof wird zusätzlich angehört. In der Nîmesstraße, die innerhalb der Okerumflut aber im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof gelegen ist, befinden sich gebührenpflichtige Parkplätze. Die erforderliche Anhörung des Stadtbezirksrates 132-Viewegsgarten-Bebelhof wird daher mit dieser Ergänzungsvorlage nachgeholt.

Für den Stadtbezirk 132-Viewegsgarten-Bebelhof waren parallel Ergänzungen der ParkGO in Vorbereitung, die nun bereits mit dieser Ergänzungsvorlage in die Beratung gegeben und zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden können.

Die Verwaltung schlägt zu der Beschlussvorlage 17-05512 folgende Ergänzungen vor:

### **Neue Parkgebührenzone II**

Die Stadt betreibt am Hauptbahnhof einen Kurzzeit-Parkplatz mit ca. 40 Stellplätzen südlich des Gebäudes Willy-Brandt-Platz 4-7 (siehe Anlage). Dort wird bisher mit Parkscheibe geparkt. Der unmittelbar danebenliegende Parkplatz der Deutschen Bahn AG (DB) ist ebenso wie das Parken am BraWoPark gebührenpflichtig. Dadurch haben sich ein starker Parkdruck und Parksuchverkehr auf dem kostenlosen städtischen Parkplatz eingestellt. Häufig stehen dadurch für Kurzzeitparker, die z. B. kurz die Post oder das Jobcenter besuchen möchten, keine freien und schnell nutzbaren Parkplätze mehr zur Verfügung. Daher ist vorgesehen, auf diesem Parkplatz Parkgebühren zu erheben. Die Parkgebühr soll wie in der Innenstadt 1,80 €/Stunde betragen, die Höchstparkdauer 3 Stunden. Wie in der Innenstadt soll die Bewirtschaftung von montags bis samstags von 9 bis 20 Uhr erfolgen. Dadurch, dass diese Gebühr etwas über den Gebühren der DB und des BraWoParks von jeweils 1,50 €/Stunde liegt, ist zu erwarten, dass die Kurzzeitparkplätze zukünftig weniger genutzt und damit wieder in ausreichender Zahl für die Nutzer verfügbar sein werden. Für die dadurch verdrängten bisherigen Nutzer des städtischen Parkplatzes stehen auf den benachbarten Parkplätzen ausreichend Stellplätze zu Verfügung.

### **Neue Parkgebührenzone III**

Am 07.06.2017 hat der Planungs- und Umweltausschuss folgenden Beschluss gefasst (DS 17-04444):

- „1. Das Aufstellen von Parkscheinautomaten in sog. Parkscheininseln zur Optimierung des Parkraummanagementkonzeptes im Umfeld der Stadthalle wird beschlossen.
2. Die Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) ist anzupassen.“

Ein wesentlicher, derzeit noch offener Punkt des Konzeptes ist eine Regelung für Besucher, die entweder nach 18:00 Uhr, für mehrere Stunden oder für einen ganzen Tag im Umfeld der Stadthalle parken wollen. Für diese Besucher wurde beschlossen, verteilt über das Quartier Bereiche mit Parkscheinautomaten, sog. Parkscheininseln, einzurichten. Dies sind Bereiche, in denen abweichend von der allgemeinen Parkscheibenregel die Besucher einen Parkschein für die von ihnen gewünschte Zeit erwerben und dann auch länger als die für die Parkscheibe festgelegte Zeit (i. d. R. 2 Stunden) parken können. In den Bereichen, in denen die Parkscheibenregelung gegen die Parkscheinregelung ausgetauscht wird, bleibt die Parkregelung für die Bewohner gleich oder verbessert sich. Damit können Bewohner mit einem Bewohnerparkausweis dort weiterhin ohne Betätigung der Parkscheinautomaten und ohne Zeitbeschränkung parken.

Diese Regelung bietet Vorteile für Ganztagesbesucher, da für diese Zielgruppe ein Tagesparkschein eingeführt werden soll. Ebenfalls bietet diese Regelung Vorteile für Mehrstundenbesucher, da insbesondere in Verbindung mit dem Handyparken auch flexible Parkdauern von mehr als 2 Stunden möglich werden.

Mit der Änderung dieser Parkgebührenordnung wird für weite Teile des Stadtbezirkes 132 – Viewegsgarten-Bebelhof die Parkgebührenzone III eingeführt.

Die Parkgebühr soll dort 1,00 €/Stunde betragen. Die Bewirtschaftung soll von montags bis sonntags von 0 bis 24 Uhr erfolgen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, für die Parkgebührenzone III einen 24-Stunden-Parkschein zu erwerben, die Gebühr hierfür soll 9,00 € betragen.

Nach Inkrafttreten der geänderten ParkGO wird die Verwaltung an drei zentralen Standorten innerhalb des Konzeptgebietes Parkscheinautomaten aufstellen. Dies sind:

1. Kreuzungsbereich Kleine Campestraße/Gerstäckerstraße
2. Kreuzungsbereich Marthastraße/Körnerstraße
3. Mentestraße

### **Überwachung**

Auf den Flächen, die im Gebiet des Stadtbezirks 132 zukünftig gebührenpflichtig bewirtschaftet werden sollen (neue Parkzonen II und III), bestehen derzeit Parkregelungen in Form von Parkscheibenpflicht oder Bewohnerparken. Daher erfolgt auch derzeit schon im Rahmen der personellen Möglichkeiten eine Überwachung dieser Bereiche. Inwieweit dies zur Durchsetzung der neuen Parkregelungen angemessen und ausreichend ist, wird im Laufe des Jahres 2018 beobachtet. Auf dieser Grundlage wird entschieden, ob dem Rat zum Stellenplan 2019 eine Ausweitung der Überwachung mit zusätzlichem Personal vorgeschlagen wird.

Leuer

### **Anlage/n:**

Neufassung der ParkGO inkl. Anlage Parkzonen (Ergänzungsvorlage)



**Gebührenordnung  
für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen  
in der Stadt Braunschweig (ParkGO)  
vom 19. Dezember 2017**

Aufgrund des § 6 a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. August 2017 (BGBl. I S. 3202) in Verbindung mit § 1 Abs. 4 der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr in der Fassung vom 25. August 2014 (Nds. GVBl. S. 249), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6. Februar 2017 (Nds. GVBl. S. 17) in Verbindung mit § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 2. März 2017 (Nds. GVBl. S. 48), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 19. Dezember 2017 folgende Parkgebührenordnung beschlossen:

§ 1

(1) Soweit das Parken auf öffentlichen Straßen und Plätzen durch Beschilderung, Parkscheinautomaten oder durch sonstige technische Einrichtungen als gebührenpflichtig gekennzeichnet ist, werden Gebühren nach Maßgabe dieser Parkgebührenordnung erhoben.

(2) Die Parkgebühren betragen:

In der Parkgebührenzone I	30 Min.	0,90 €
	60 Min.	1,80 €
	90 Min.	2,70 €
	120 Min.	3,60 €
	150 Min.	4,50 €
	180 Min.	5,40 €.

Die Höchstparkdauer in der Parkgebührenzone I beträgt 180 Minuten.

In der Parkgebührenzone II	30 Min.	0,90 €
	60 Min.	1,80 €
	90 Min.	2,70 €
	120 Min.	3,60 €
	150 Min.	4,50 €
	180 Min.	5,40 €.

Die Höchstparkdauer in der Parkgebührenzone II beträgt 180 Minuten.

In der Parkgebührenzone III	30 Min.	0,50 €
	60 Min.	1,00 €
	90 Min.	1,50 €
	120 Min.	2,00 €
	150 Min.	2,50 €
	180 Min.	3,00 €
	usw.	
	510 Min.	8,50 €

9 h (540 Min.) bis 24-Stunden-Parkschein 9,00 €

Die aufgeführten Beträge sind beispielhaft. Die exakte Parkdauer ergibt sich am Parkscheinautomaten-Display entsprechend der eingeworfenen Münzen, bei elektronischer Parkgebührenzahlung (Handyparken) minutengenau.

## § 2

- (1) Als Parkgebührenzone I gelten alle Straßen und Plätze innerhalb der Okerumflut, vgl. Anlage.
- (2) Die Parkgebührenzone II umfasst den städtischen Parkplatz südlich des Gebäudes Willy-Brandt-Platz 4 - 7, vgl. Anlage.
- (3) Als Parkgebührenzone III gelten alle Straßen und Plätze im Stadtbezirk 132 - Viewegsgarten-Bebelhof, soweit sie nicht zur Parkgebührenzone I oder II gehören, vgl. Anlage.

## § 3

Fahrzeuge im Sinne des § 9 a Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) in der jeweils gültigen Fassung können bis 31. Dezember 2020 auf allen gebührenpflichtigen Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum bis max. 3 Stunden kostenlos parken, wenn die Fahrzeuge entweder mit einem Kennzeichen für elektrisch betriebene Fahrzeuge nach § 9 a Abs. 1 FZV oder mit einer Plakette nach § 9 a Abs. 4 FZV versehen sind oder ein gültiger Sonderparkausweis sichtbar ausgelegt ist. Das kostenlose Parken verpflichtet zur Auslage einer Parkscheibe.

## § 4

- (1) Diese Parkgebührenordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) vom 21. Juni 2016 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 8 vom 1. Juli 2016) außer Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbaurat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
I. V.

Leuer  
Stadtbaurat







Betreff:

**Grundschule Waggum, Sanierung und Erweiterung zum  
Ganztagsbetrieb, Ausweichquartier  
Claudiusstr. 1, 38110 Braunschweig  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

04.12.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

## **Beschluss:**

„Dem o. a. Vorhaben der Errichtung eines Ausweichquartiers an der Grundschule Waggum als Teil der Gesamtmaßnahme Sanierung und Erweiterung der Grundschule Waggum wird gemäß den Plänen vom 11.10.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten dieser Teilbaumaßnahme werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 02.11.2017 auf insgesamt 747.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

## **Sachverhalt:**

### 1. Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Bauausschusses ergibt sich aus § 6 Nr. 2 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG.

### 2. Begründung und Beschreibung des Investitionsvorhabens

Für die Sanierung und die Erweiterung zum Ganztagsbetrieb der Grundschule Waggum wird im Vorfeld als Teil der Baumaßnahme die Errichtung eines Ausweichquartiers in Systembauweise benötigt. Aufgrund der sich abzeichnenden Baumaßnahme sind Interimsmaßnahmen erforderlich (siehe Punkt 4) um das Baufeld und die von der Baumaßnahme betroffenen Räumlichkeiten frei zu räumen.

Um Verzögerungen bei der Gesamtbaumaßnahme zu vermeiden, wird die Kostenfeststellung für die Systembauweise vorgezogen, so dass sie trotz langer Lieferzeiten zeitgerecht fertiggestellt werden kann.

### 3. Angaben zum Raumprogramm

Das Gespräch mit der Schulleitung ergab, dass keine Kompensationsmöglichkeiten für den Entfall der Klassen während der Bauphase vorhanden sind. Da 4 Klassenräume gleichzeitig saniert werden sollen, werden auch jeweils 4 Ausweichklassenzimmer (Container) benötigt.

#### 4. Erläuterungen zur Planung

Der Anbau zum Ganztagsbetrieb wird im Norden der Schule im direkten Anschluss an den Bestandsbau geplant. Die zugehörige Objekt- und Kostenfeststellung erfolgt voraussichtlich Mitte 2018.

Auf dem Baufeld sind zurzeit 2 Container zur Schulkindbetreuung aufgestellt. Diese müssen abgebaut und zusammen mit den 4 zusätzlichen neuen Containern neu bestellt und aufgestellt werden, da aufgrund der kompakten Stapelbauweise eine Systemgleichheit mit den neuen Containern gegeben sein muss. Hierfür ist eine Fläche südlich der Sporthalle vorgesehen. Das seit längerem leerstehende und nicht mehr wirtschaftlich zu sanierende ehemalige Hausmeisterhaus wird zu diesem Zwecke in den Osterferien 2018 abgerissen.

Eine zweigeschossige Aufstellung des Systemgebäudes bestehend aus Containermodulen ist aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Fläche unumgänglich. Das temporäre Ausweichquartier wird somit in Nutzungseinheiten aufgeteilt. Im Erdgeschoss befinden sich die 4 Klassenräume und im 1. Obergeschoss die 2 Schulkindbetreuungsräume sowie ein Büroraum. Diese sind über zwei außenliegende Treppen zu erreichen.

Das Systemgebäude besteht aus kerngedämmten Metallwänden, kerngedämmtem Stahlrahmen-Metallflachdach, Wärmeschutz gemäß DIN 4108-2 und Schallschutz gemäß DIN 4109.

#### 5. Techniken für regenerative Energien

Da es sich um temporäre Container handelt, werden keine Techniken für regenerative Energien vorgesehen.

#### 6. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen

Alle 4 Klassenräume sind ebenerdig zu erreichen. 2 von 3 Schulkindbetreuungsräumen befinden sich im 1. Obergeschoss und sind nur über eine Treppe zu erreichen und somit nicht barrierefrei zugänglich. Ein Betreuungsraum der bereits aufgestellten Container ist im Erdgeschoss barrierefrei zugänglich. Somit ist eine durchgängige Beschulung und Betreuung einzelner mobilitätseingeschränkter Schüler möglich.

#### 7. Kosten

Die Containeranlage wird gemietet. Die reinen Baukosten (KG 200-600) belaufen sich auf 569.264 € für Auf- und Abbau, Anschlüsse und Miete für 2 Jahre. Dazu kommen Baunebenkosten (KG 700) und Unvorhergesehenes mit insgesamt 177.736 €.

#### 8. Bauzeit

Der Start der Maßnahme ist für den Sommer 2018 vorgesehen und wird auf 2 Jahre befristet sein.

#### 9. Finanzierung

Aufgrund der Kostenhöhe der Interimsmaßnahme an der Grundschule Waggum sind die Kosten in einem Einzelprojekt darzustellen. Hierzu sollen rückwirkend die Haushaltsmittel auf ein Einzelprojekt für die Sanierung und die Erweiterung der Grundschule Waggum umgesetzt werden.

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Im Verwaltungsentwurf zum Haushaltsplan 2018 sind bei dem Projekt 4S.210089 Ganztagsbetriebe GS/Einrichtung - Sanierung kassenwirksame Haushaltsmittel in Höhe von 3.400.000 € veranschlagt.

Im Entwurf zum Investitionsprogramm 2017-2021 sind dort folgende Jahresraten eingeplant:

Gesamtkosten in T€	bis 2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€	2020 in T€	2021 in T€	Restbedarf ab 2022 in T€
31.100		3.400	10.700	10.580	5.420	1.000

Hiervon entfallen auf die vorgestellte Maßnahme:

Gesamtkosten in T€	bis 2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€	2020 in T€	2021 in T€	Restbedarf ab 2022 in T€
747		417	210	120		

Leuer

#### **Anlagen:**

Kostenberechnung / Zusammenstellung der Kosten  
Lageplan, Grundriss und Ansichten

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe Dezember 2008	
Objektbezeichnung:	<b>GS Waggum, Sanierung und Erweiterung zum Ganztagsbetrieb Ausweichquartier, Claudiusstraße 1, 38110 Braunschweig</b>

**ZUSAMMENSTELLUNG DER KOSTEN**

Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
100 Grundstück		711.300
200 Herrichten und Erschließen	40.000	
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	421.100	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	88.200	
500 Außenanlagen	20.000	
600 Ausstattung und Kunstwerke		
700 Baunebenkosten einschl. Eigenleistung d. FB 65	142.000	
Unvorhergesehenes ca. 5 % auf KGR 200 - 700		35.700
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung		<b>747.000</b>
Einrichtungskostenanteil	Projekt	
Baukostenanteil	Projekt 4S.210089	747.000

**ERMITTLUNG DER BAUPREISSTEIGERUNG**

Preissteige- rungsrate	bisherige Kosten €	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €	€
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung:						
2015 vorauss. Index 2,2 %						
2016 vorauss. Index %						
2017 vorauss. Index %						
Gesamtkosten mit Baupreissteigerung:						

Aufgestellt am 02.11.2017

Stadt Braunschweig  
Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement  
65.14 Ma

I. A.

Gez.  
Eckermann

Objektbezeichnung: **GS Waggum, Sanierung und Erweiterung, Ausweichquartier  
Claudiusstr. 1, 38110 Braunschweig**

Nummer der Kosten- gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamt- betrag €
<b>200</b>	<b>Herrichten und Erschließen</b>		
210	Herrichten und Erschließen	40.000	
	<b>Summe 200 Bauwerk – Herrichten und Erschließen</b>		<b>40.000</b>
<b>300</b>	<b>Bauwerk – Baukonstruktion</b>		
330	Lieferung und Aufbau von 6 Containern	75.300	
	Containermiete für 24 Monate	343.800	
390	Sonstige Maßnahmen / Bauendreinigung	2.000	
	<b>Summe 300 Bauwerk – Baukonstruktion</b>		<b>421.100</b>
<b>400</b>	<b>Bauwerk - Technische Anlagen</b>		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen	13.700	
440	Starkstromanlagen, Blitzschutz und Erdung	45.300	
440	Hausalarm, ELA, Telefon	27.200	
450	Fernmelde- und informationstechnische Anlagen	2.000	
	<b>Summe 400 Bauwerk – Technische Anlagen</b>		<b>88.200</b>
<b>500</b>	<b>Außenanlagen</b>		
	<b>Summe 500 Außenanlagen</b>		<b>20.000</b>
<b>700</b>	<b>Baunebenkosten</b>		
710	Bauherrenaufgaben	27.000	
730	Architekten- und Ingenieurleistungen	108.000	
770	Allgemeine Baunebenkosten	7.000	
	<b>Summe 700 Baunebenkosten</b>		<b>142.000</b>
	<b>Unvorhergesehenes ca. 5 % auf KGR 200 – 700</b>		<b>35.700</b>
	<b>Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung</b>		<b>747.000</b> <b>=====</b>

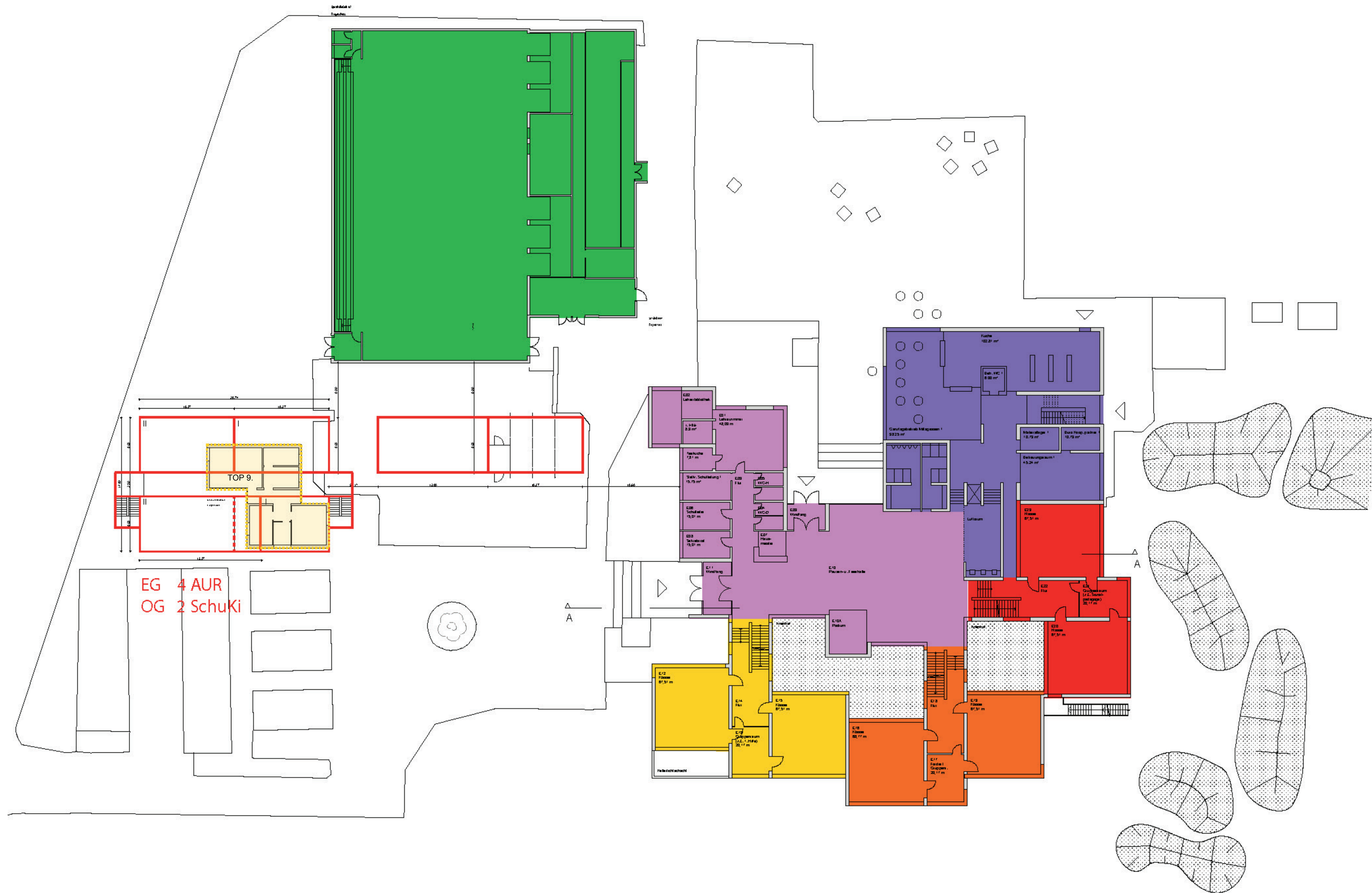
Aufgestellt: Braunschweig, 02.11.2017

Stadt Braunschweig  
Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement  
65.14 Ma

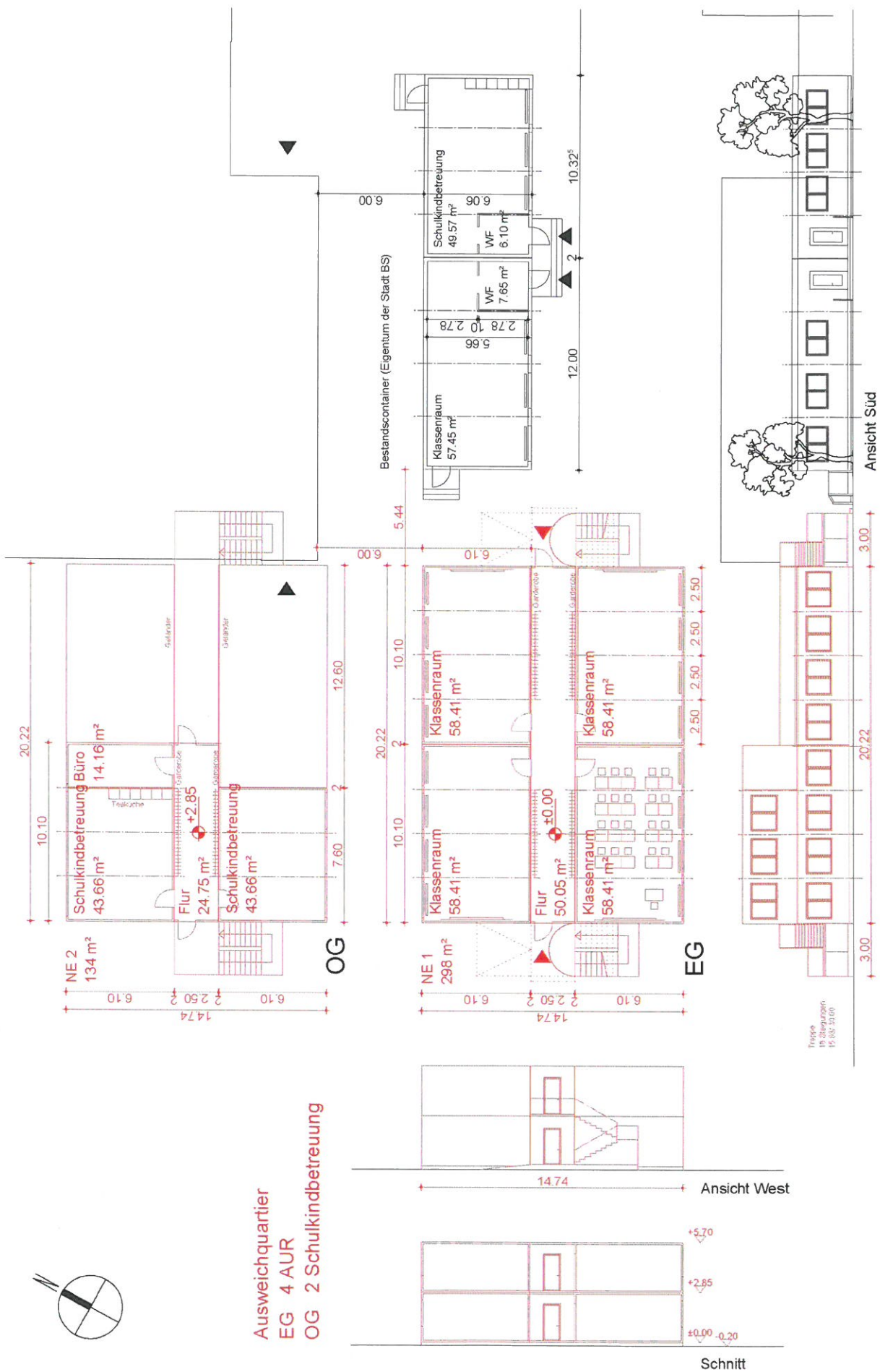
I. A.

Gez.  
Eckermann





# Lageplan



TOP 9.



Betreff:

**Stadt Braunschweig, Betrieb gewerblicher Art  
- Verpachtung Stadion -  
Eintracht Stadion, Hamburger Straße in Braunschweig  
Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage für den  
Erstligabetrieb  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

05.12.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

## **Beschluss:**

„Dem o. a. Vorhaben wird gemäß den Plänen vom 17.11.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten der Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage zur Schaffung der Voraussetzungen für den Erstligabetrieb werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 17.11.2017 auf insgesamt 1.400.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

## **Sachverhalt:**

### 1. Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Bauausschusses ergibt sich aus § 6 Nr. 2 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG.

### 2. Begründung und Beschreibung des Investitionsvorhabens

Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um Maßnahmen zur Erhöhung der Beleuchtungsstärke auf dem Spielfeld, bestehend aus der Erweiterung der Flutlichtanlage mittels Strahlern an den Tribünenendächern und Erneuerung der Strahler auf den Flutlichtmasten.

Die Notwendigkeit der Maßnahme resultiert aus der Forderung der Deutschen Fußball Liga (DLF) gemäß der aktuellen Medienrichtlinie. Nach der Richtlinie wird eine Beleuchtungsstärke von 1.400 Lux für den Erstligabetrieb und eine Beleuchtungsstärke von 1.200 Lux für den Zweitligabetrieb gefordert. Ab der Spielzeit 2019/2020 (01.07.2019) erhöht sich die Anforderung für den Erstligabetrieb von derzeit 1.400 Lux auf 1.600 Lux. Die Bereitstellung der geforderten Beleuchtungsstärken ist lizenzrelevant.

Da eine stufenweise Erhöhung von der derzeit notwendigen 1.200 (Zweitligabetrieb) auf 1.600 Lux (Erstligabetrieb) sowohl technisch als auch wirtschaftlich nicht darstellbar ist, ist es vorgesehen, die Erstligaanforderungen zu berücksichtigen. Daneben bietet diese Lösung die Sicherheit bezüglich möglicher Forderungen der DFL zu Anhebungen der Beleuchtung im

Zweitligabetrieb.

Neben den vorgenannten rechtlichen Erfordernissen gibt es technische Gründe zur Erneuerung der vorhandenen Strahler auf den Flutlichtmasten. Diese Strahler wurden im Jahre 2002 zur Einhaltung der damaligen Beleuchtungsstärke (800 Lux) erneuert, weisen allerdings inzwischen deutliche Einbußen bei der Lichtleistung (derzeit 600 Lux) aufgrund des Alters auf.

Zur Erhaltung der Lichtleistung wären nunmehr Instandsetzungsmaßnahmen in Form des Austauschs der Reflektoren und anderer Bauteile erforderlich, die allerdings durch das Alter der Strahler (15 Jahre) nicht wirtschaftlich darstellbar sind.

### 3. Angaben zum Raumprogramm

Das Raumprogramm bleibt unverändert.

### 4. Erläuterungen zur Planung

Der eigentlichen Planung wurde ein Technologievergleich zwischen klassischer Metalldampflampentechnik und neuester LED-Technik vorgeschaltet, in dem Lichttechnik, einmalige und laufende Kosten, Verfügbarkeit, Fördermöglichkeiten und Zukunftssicherheit verglichen wurden. Der Vergleich ergab, dass für die Erweiterung der Flutlichtanlage mittels 27 Strahlern an den Tribünendächern sowohl aus technischen als auch aus kaufmännischen Gesichtspunkten nur die LED-Technik in Frage kommt. Bei der Erneuerung der Strahler auf den Flutlichtmasten ergibt sich ein differenzierteres Bild. Während technische Aspekte, laufende Kosten und Zukunftssicherheit für den Einsatz der LED-Technik sprechen, sind die einmaligen Kosten für die Beschaffung der LED-Strahler noch sehr hoch und führen zu keinem wirtschaftlichen Ergebnis.

Es ist daher vorgesehen, die Erweiterung der Flutlichtanlage um 27 Strahler an den Tribünendächern in LED-Technik und die Erneuerung der Strahler (Komponente 2) an den Masten in klassischer Metalldampftechnik durchzuführen. Damit ergibt sich in der Summe eine Lichtleistung von 1.600 Lux, welche die Anforderung für den Erstligabetrieb erfüllt.

### 5. Techniken für regenerative Energien

Techniken für regenerative Energien sind nicht vorgesehen.

### 6. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen

Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen sind nicht vorgesehen.

### 7. Kosten

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme belaufen sich gemäß Kostenberechnung vom 17.11.2017 auf 1.400.000 € brutto bzw. 1.176.470 € netto.

Einzelheiten sind den Anlagen zu entnehmen.

### 8. Finanzierung

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 26.09.2017 einem außerplanmäßigen Aufwand i. H. v. 894.000 € netto (1.063.860 € brutto) zugestimmt, vgl. Drs.-Nr. 17-05282. Eine Mittelbereitstellung inkl. Mehrwertsteuer war nicht erforderlich, weil diese durch das Finanzamt erstattet wird und sich daher für die Stadt haushaltsneutral

darstellt.

Der Differenzbetrag in Höhe von 282.470 € netto (336.140 € brutto) soll außerplanmäßig für das Haushaltsjahr 2017 (Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses am 12.12.2017) bereitgestellt werden.

9. Bauzeit

Die Maßnahme soll in der Zeit von Dezember 2017 bis Juni 2018 erfolgen.

Leuer

**Anlage/n:**

Kostenberechnung / Zusammenstellung der Kosten

## Anlage 1

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe Dezember 2008	
Objektbezeichnung:	Eintracht-Stadion Hamburger Straße in Braunschweig Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage

**ZUSAMMENSTELLUNG DER KOSTEN**

Kostengruppe		Gesamtbetrag €
100 Grundstück	-	
200 Herrichten und Erschließen	-	
300 Bauwerk - Baukonstruktionen		
400 Bauwerk - Technische Anlagen	1.151.000	
500 Außenanlagen	-	
600 Ausstattung und Kunstwerke	-	
700 Baunebenkosten einschl. Eigenleistung d. FB 65	225.000	1.376.000
Unvorhergesehenes auf KGR 200 - 700		24.000
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung		<b>1.400.000</b>
Einrichtungskostenanteil	Projekt	
Baukostenanteil	Projekt 4E.210213	1.400.000

**ERMITTLUNG DER BAUPREISSTEIGERUNG**

Preissteige- rungsrate	bisherige Kosten €	2016 €	2017 €	2018 €	2019 €	€
Gesamtkosten ohne Baupreissteigerung:						
2014 vorauss. Index %						
2015 vorauss. Index %						
2016 vorauss. Index %						
2017 vorauss. Index %						
Gesamtkosten mit Baupreissteigerung:						

Aufgestellt am 17.11.2017

Stadt Braunschweig  
Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement  
Abteilung Planung und Bauausführung TGA

I. A.

Gez.

Eckermann

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe Dezember 2008

## Anlage 2

Objektbezeichnung:  
 Eintracht-Stadion Hamburger Straße in Braunschweig  
 Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage

Nummer der Kosten- gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
<b>300</b>	<b>Bauwerk - Baukonstruktionen</b>	-	-
<b>400</b>	<b>Bauwerk - Technische Anlagen 2017</b>		
410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
420	Wärmeversorgungsanlagen		
443	Niederspannungsschaltanlage	12.000	
444	Starkstromanlagen	631.000	
445	Beleuchtungsanlage	453.000	
457	Steuerungstechnik	55.000	
	<b>Summe 400 Bauwerk - Technische Anlagen</b>		<b>1.151.000</b>
<b>700</b>	<b>Baunebenkosten</b>		
710	Bauherrenaufgaben Eigenleistung FB 65	42.000	
730	Architekten- u. Ingenieurleistungen	168.000	
740	Gutachten + Beratung	12.000	
770	Baunebenkosten	3.000	
	<b>Summe 700 Baunebenkosten</b>		<b>225.000</b>
	<b>Zwischensumme</b>		<b>1.376.000</b>
	<b>Unvorhergesehenes auf KG 300 - 700</b>		<b>24.000</b>
	<b>Gesamtsumme</b>		<b>1.400.000</b> =====

Aufgestellt: Braunschweig, den 17.11.2017

Stadt Braunschweig  
 FB Hochbau und Gebäudemanagement  
 Abteilung Planung und Bauausführung TGA  
 65.32

I. A.

Gez.

Eckermann

<i>Betreff:</i> <b>Kostenfeststellung Projekt "Neubau Hoheworthbrücke"</b>
---

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 04.12.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Bauausschuss (Entscheidung)	<i>Sitzungstermin</i> 05.12.2017	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

### **Beschluss:**

„Die Kosten für das Projekt „Neubau Hoheworthbrücke“ werden auf 975.000 € brutto festgestellt.“

### **Sachverhalt:**

Die Beschlusskompetenz des Bauausschusses ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG in Verbindung mit § 6 Nr. 2 lit. a) der Hauptsatzung. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnormen handelt es sich bei dieser Vorlage für das Projekt „Neubau Hoheworthbrücke“ um einen Beschluss über eine Kostenfeststellung einer Baumaßnahme, für die der Bauausschuss beschlusszuständig ist.

### Anlass

Die Hoheworthbrücke im Bürgerpark (Baujahr 1949) ist in einem schlechten Gesamtzustand und wirtschaftlich nicht instandzusetzen. Zudem sind die Brückenzugänge nicht barrierefrei. Geplant ist daher ein Brückenneubau im Jahr 2018.

Das Brückenbauwerk überspannt die Oker in der südlichen Innenstadtperipherie am westlichen Rand des denkmalgeschützten Bürgerparks, welcher intensiv von Fußgängern und Radfahrern genutzt wird. Vom Westen ist die Brücke über den Weg Hoheworth, vom Osten über den Friedrich-Kreiß-Weg und vom Norden und Süden über die Wege in der Parkanlage erreichbar.

### Neuplanung

Die Tragkonstruktion wird durch einen eingespannten, als Einfeldträger ausgebildeten trapezförmigen Stahlhohlkasten ausgebildet. Die Trägerhöhe beträgt an den Widerlagern ca. 80 cm und verjüngt sich in Brückenmitte auf ca. 30 cm. Die Stahlbetonwiderlager der Brücke werden auf Stahlbetonpfählen gegründet. Durch die leichte Krümmung des Hohlkastens wirkt das Bauwerk für den Betrachter filigran, leicht und elegant. Auch durch die Einspannung in den Widerlagern kommt die Brücke mit einer sehr schlanken Tragkonstruktion aus. Dadurch sind nur geringe Wegeanpassungen erforderlich.

Die Geländer bestehen aus sichelförmig gestalteten Geländerpfosten mit horizontalen Stäben. Gegen Hindurch- und Überklettern wurden ein kleiner Stababstand sowie, infolge der Sichelform, nach innen verspringende Geländerholme, gewählt.



Im tieferliegenden Geländerholm bzw. Handlauf befinden sich LED-Leisten für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Brückenfläche. Durch die Akzentuierung des Geländerholms wird die sanft geschwungene Form des Brückenkörpers dezent hervorgehoben.

Der Vorentwurf für den Neubau der Hoheworthbrücke wurde am 12.09.2017 vom Planungs- und Umweltausschuss beschlossen (DS 17-05236).

Die Kostenberechnung für das Gesamtprojekt wurde vom Planungsbüro EHS und der Verwaltung erstellt. Detailliert entstehen für die einzelnen Leistungsbereiche folgende Teilkosten:

<b>Leistungsbereiche</b>	<b>Kosten</b>
Baustelleneinrichtung und technische Bearbeitung etc.	110.000,00 €
Bauwerksrückbau	28.000,00 €
Entsorgung, Transport	6.000,00 €
Oberboden	11.000,00 €
Erdbau, Baugruben, Leitungsgräben, BW-Hinterfüllung	17.500,00 €
Gründung	60.000,00 €
Betonbau	41.000,00 €
Stahlbau	136.000,00 €
Korrosionsschutz von Stahl	27.000,00 €
Übergänge, Geländer, Ausstattung	45.000,00 €
Wasserhaltung	4.000,00 €
Baubeihilfe, Transport, Kran	46.000,00 €
Ungebundene Schichten	500,00 €
Asphaltbauweisen	13.000,00 €
Pflaster, Plattenbelag, Einfassungen, Rinnen, Schächte	23.500,00 €
Beleuchtung	38.000,00 €
Sicherheitszuschlag 5 %	30.325,00 €
Mehrwertsteuer 19 %	120.996,75 €
<b>Zwischensumme Baukosten (brutto)</b>	<b>757.821,75 €</b>
<b>Zwischensumme Baukosten gerundet (brutto)</b>	<b>757.822,00 €</b>
Entwurfsplanung und Bauüberwachung (bereits beauftragt)	152.800,00 €
Bodengutachten (bereits beauftragt)	28.000,00 €
Prüfingenieur (bereits beauftragt)	18.200,00 €
Kampfmittelerkundung und Aushubüberwachung	2.500,00 €
Deponiekosten	5.000,00 €
Beleuchtungskosten Umfeld	10.000,00 €
<b>Summe (brutto)</b>	<b>974.322,00 €</b>
<b>Summe gerundet (brutto)</b>	<b>975.000,00 €</b>

#### Finanzierung

Die Kosten für das Projekt „Neubau der Hoheworthbrücke“ betragen somit ca. 975.000 €. Durch die Übertragung aus dem Haushaltsjahr 2016 stehen aktuell im Projekt 5E.660087 Mittel in Höhe von 80.000 € und in 2018 850.000 € (VE 2017 über 850.000 €) zur Verfügung. Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von ca. 50.000 € werden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Brückenprojekte (Projekt 5E.660114 - Neubau Schunterbrücke Butterberg) finanziert.

Ermittelt wurden die Kosten im Leistungsverzeichnis auf Basis der fast baugleichen (bis auf Geländerform und Beleuchtung) 2016 fertiggestellten Hennebergbrücke, wobei die Einheitspreisermittlung bei der Kostenberechnung der Hohewortbrücke auf Basis des Mittelpreises der 9 Bieter der Hennebergbrücke erfolgte. Somit ergeben sich relativ gesicherte Herstellungskosten der Gesamtmaßnahme. Der Sicherheitszuschlag wurde daher auf 5 % begrenzt.

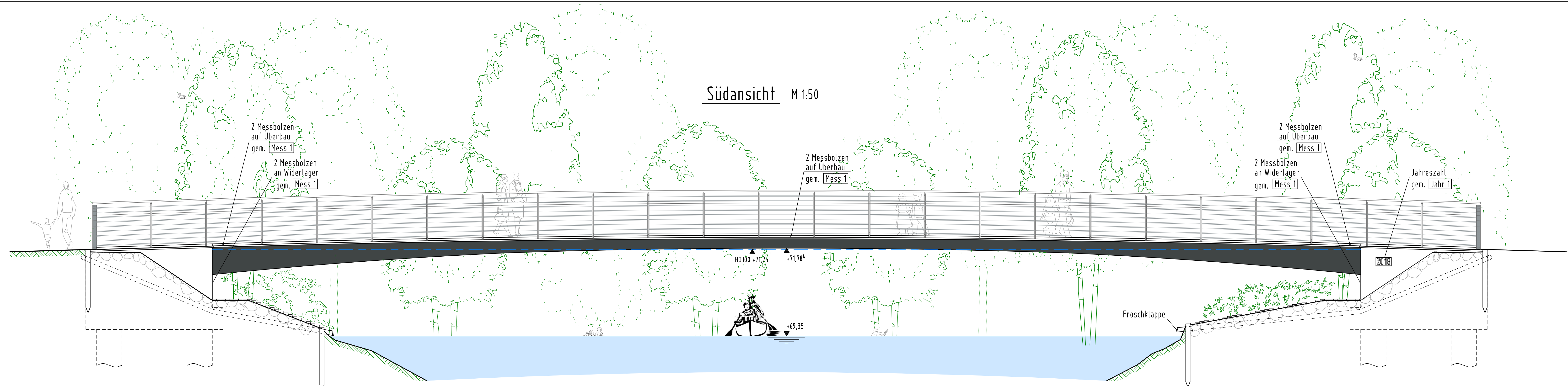
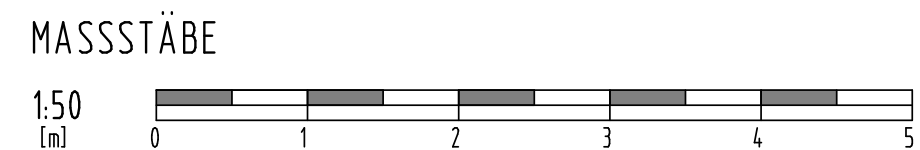
Die Umsetzung der Maßnahme vor Ort soll in der Zeit von Juni 2018 bis Ende 2018 erfolgen. Die Ausführungsplanung des Planungsbüros EHS läuft aktuell. Die Stahlbaufertigung beginnt im Juni 2018.

Leuer

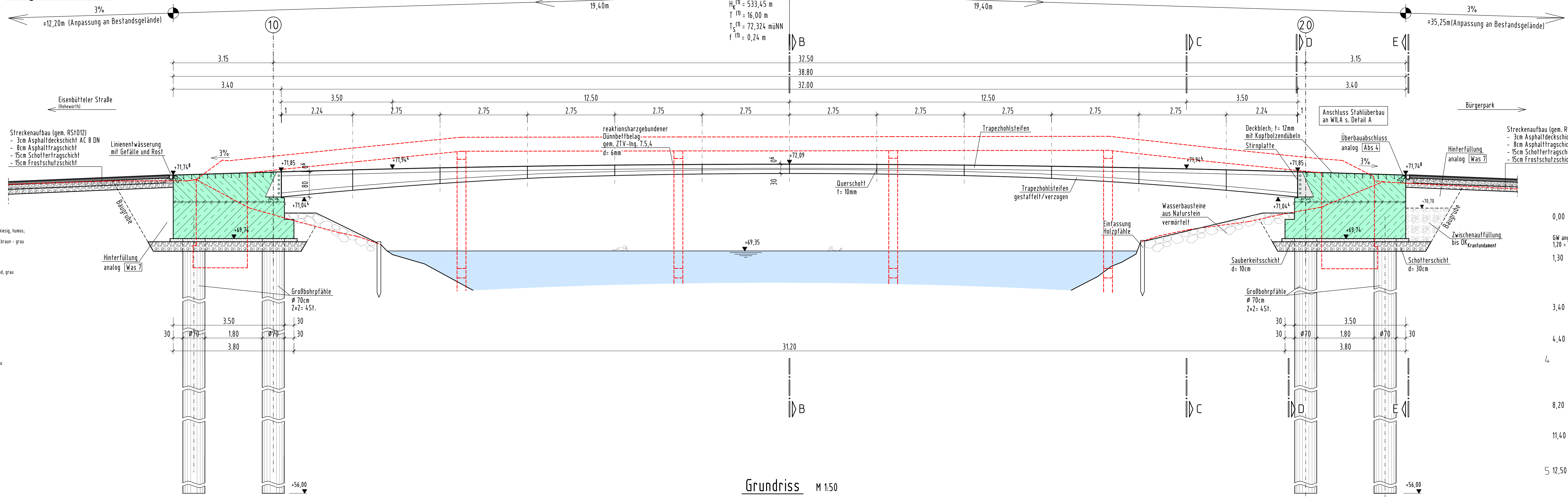
**Anlage/n:**

- Entwurfsplan Blatt-Nr. 01 - Ansicht, Längsschnitt, Draufsicht
- Entwurfsplan Blatt-Nr. 02 - Querschnitte, Details
- Entwurfsplan Blatt-Nr. 03 - Geländer
- Entwurfsplan Blatt-Nr. 04 - Umfeldeinpassung





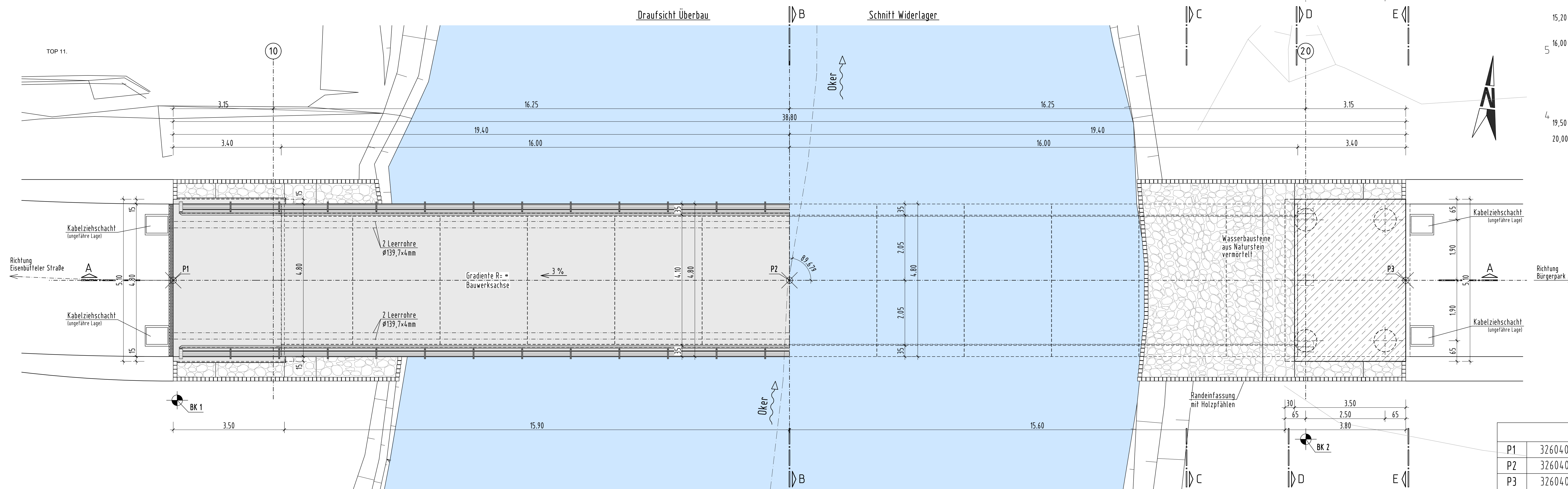
Längsschnitt A-A M 1:50



Grundriss M 1:50

Draufsicht Überbau

Schnitt Widerlager



--- Abruch Bestand / Bestandsgerände

Zugehörige Pläne

- 02 - Querschnitt B-B bis E-E, Detail A
- 03 - Übersicht Geländer
- 04 - Umfeldanpassung
- 05 - BE-Flächen

Hinweise

Koordinatensystem UTM / ETRS 89, Höhenangaben in Tal über NN  
ID Werte für Kupferanstrich OK Stahlüberbau

Korrosions- und Oberflächenschutz

Ausführung Korrosionsschutz: gen. ZTV-MG Teil 4, Abschnitt 3, Anhang A.  
Ausführung Brückenbelag: gen. ZTV-MG Teil 7, Abschnitt 5.

Halbseitig luftdicht verschweißt.  
Rahmurchführungen luftdicht verschweißt.

Bauart	Korrosionsschutz	Farbnummer
Stahlüberbau - Deckblech	PHD-Belag aus Zinkveredelung und PHD-Deckblech gen. ZTV-MG Teil 7, Abschnitt 5	---
Stahlüberbau - seitliche und untere Außenflächen	Bauart-Nr. 13.1b, System Nr. 1	DB 783 (deckgrau)
Stahlüberbau - Innenflächen	luftdicht verschweißt	---
Geländer - Pfosten (Doppelstweier)	Edelstahl 1.4301, analog Bauart-Nr. 3.1b, System Nr. 1 unter Feuerwiderstand	DB 783 (deckgrau)
Geländer - Höhen und Füllhöhe	Edelstahl 1.4301	geschliffen 6600

Schalung Sichtflächen

Alle sichtbaren Betonoberflächen sind glatt herzustellen.  
Alle sichtbaren Kanten sind mit Strichfräse (L=5m x 15cm) zu brechen.

Bodenkennwerte (siehe Baugrunderkundung u. Gründungsberatung von Ing. Ingeborg von 24.05.2017)

Überboden, ungel.	Bodenklasse	Homogenbereich	g <sub>max</sub>	g <sub>min</sub>	cal. phi	c'	E <sub>s</sub>
DN 1816	DN 1830 (alt)	DN 1830, 1831	km/a <sup>3</sup>	km/a <sup>3</sup>	°	km/a <sup>2</sup>	MN/m <sup>2</sup>
Überboden, ungel.	(OH)	1	-	-	-	-	-
Auffüllung	(AU)	4	A	17,5	9,0	27,5	0
Sand	SE, SU, SW*	3	A	17,0	10,0	15,5	35,0
Schluff	SL	4	D	17,5	10,5	10,0	27,5
Kies	GE, GW	3	D	19,5	12,0	35,0	0

Bausstoffkennwerte

Bauart	Anforderungskategorie	Beton	Betonklasse	Betonstahl	Betonstahl	Spannstahl
Belastung - Proben (Doppelstweier)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Belastung - Proben auf Füllhöhe	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Stahlüberbau	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Kapfelnormen	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Widerlager	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Saubereckschicht	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Bohrpfähle	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)
Verspannung	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)	(Eigenschaftskategorie)

Bauwerksdaten

Bauart	Stahl (Hohlkasten)	Ausführungskategorie
Brückenklasse	Geh- und Radwegbrücke mit $q_{k,0} = 5,0 \text{ kN/m}^2$ und $q_{k,0} = 120 \text{ kN/m}^2$ (Dienstreifung) zur Abdeckung der Lasten auf der Tragstruktur (Kranenwagen), der Feuerwehr und Transportfahrzeuge der Stadtverwaltung	(Eigenschaftskategorie)
Einzelstützenhöhe (L <sub>1</sub> )	(m)	32,50
Gesamtlänge zw. Endauflagern (L <sub>2</sub> )	(m)	32,50
Lichte Weite zw. Widerlagern (L <sub>3</sub> )	(m)	31,80
Kleinste Lichte Höhe	(m)	1,99
Kleinste Weite zw. Widerlagern	(m)	1,99
Brückenbreite	(m)	1,99
Brückenbreite	(m)	1,99

ENDGÜLTIGE ABMESSUNGEN NACH STATISCHEN, KONSTRUKTIVEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFORDERNISSEN!

Entwurfserstellung:	EHS	Projekt-Nr.:	Datum:	Zeichen:
Bauwerk:	Stadtbahn	Bauwerk:	12/2017	Bu/Spe
Gez.:	Stadtbahn	Gez.:	12/2017	So
Exp.:	Stadtbahn	Exp.:	12/2017	Spe
Bauwerk:	Stadtbahn	Bauwerk:	12/2017	Spe

Stadt Braunschweig	Fachbereich Tiefbau und Verkehr	Unterlage:
Straßenklasse und Nr.:	Fuß- und Radweg	Blatt-Nr.:
Straßenbezeichnung:	Ersatzneubau Fußgängerbrücke u. d. Oker Bürgerpark	Projekt-Nr.:
Genauigkeit:	Bürgerpark	Datum:

Bauwerk / Baumaßnahme	Ersatzneubau Hoheworthbrücke	Bauwerk:	Datum:	Zeichen:
BW-Nr. 1.30.07		Gez.:	12/2017	So
Planerstellung:		Exp.:	12/2017	Spe
Ansicht, Längsschnitt, Draufsicht		Bauwerk:	12/2017	Spe

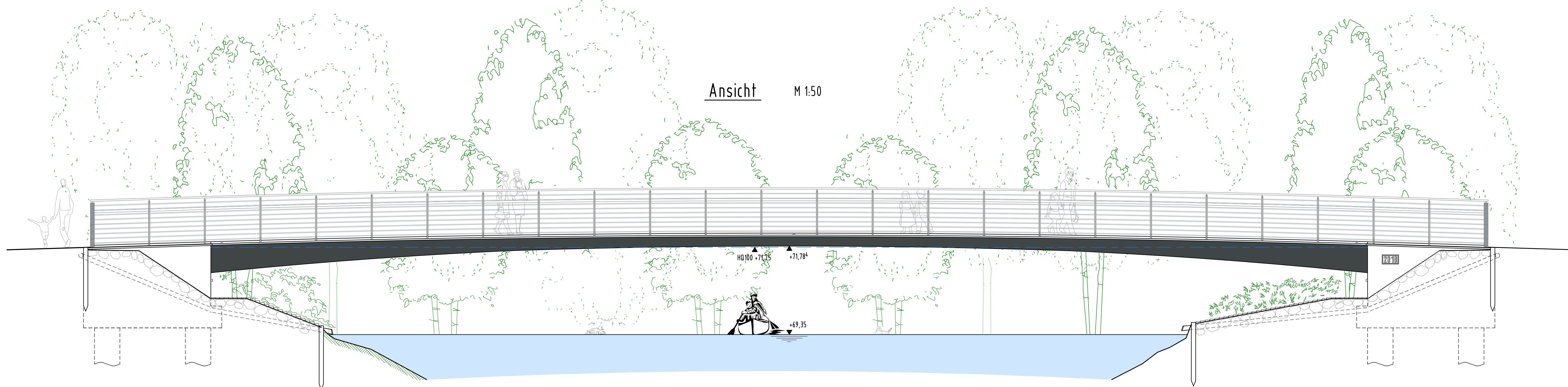
Aufgestellt:	Braunschweig, den .....	Geprüft:	Braunschweig, den .....
Stadtbahn	Fachbereich Tiefbau und Verkehr	Stadtbahn	Fachbereich Tiefbau und Verkehr
Gez.:		Gez.:	
Braunschweig, den .....		Braunschweig, den .....	
Stadtbahn	Fachbereich Tiefbau und Verkehr	Stadtbahn	Fachbereich Tiefbau und Verkehr
Gez.:		Gez.:	

R / H	P1	P2	P3
32604061.06295	32604061.06295	32604061.06295	32604061.06295
32604080.34702	32604080.34702	32604080.34702	32604080.34702
32604099.63104	32604099.63104	32604099.63104	32604099.63104





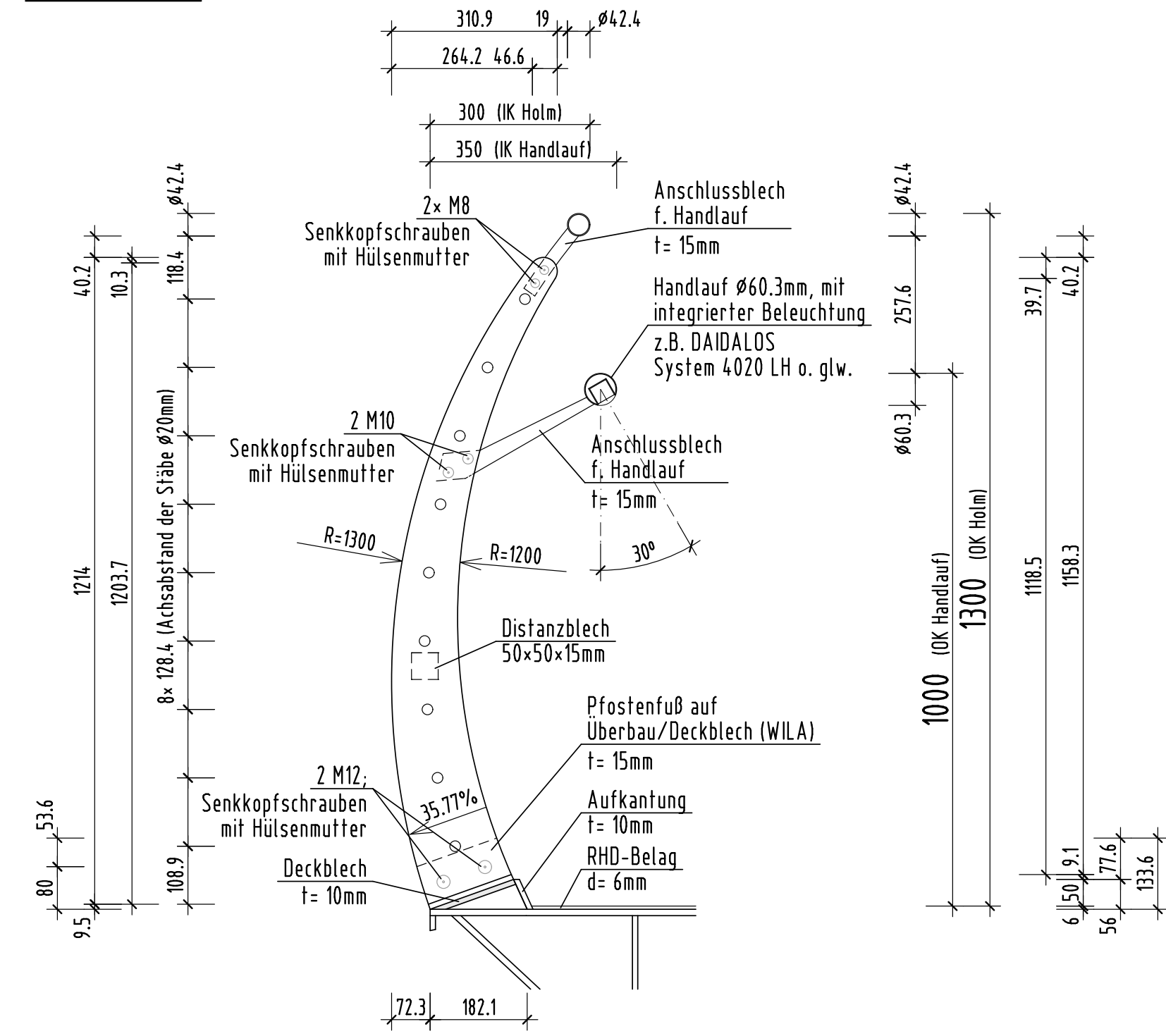




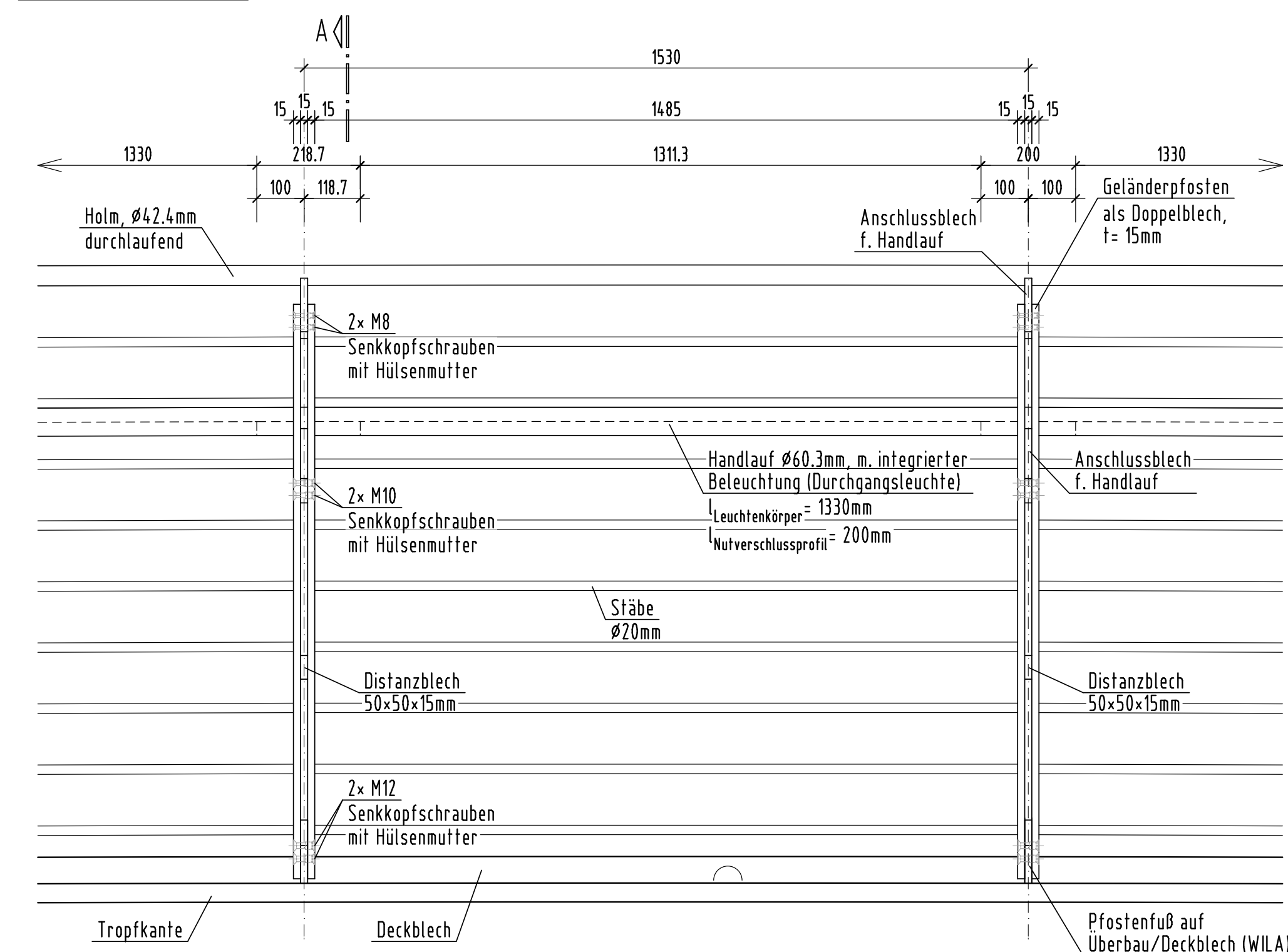
## Ansicht Geländerpfosten M 1:10

Anzahl: 2x 24+ 48St.

## Schnitt A-A



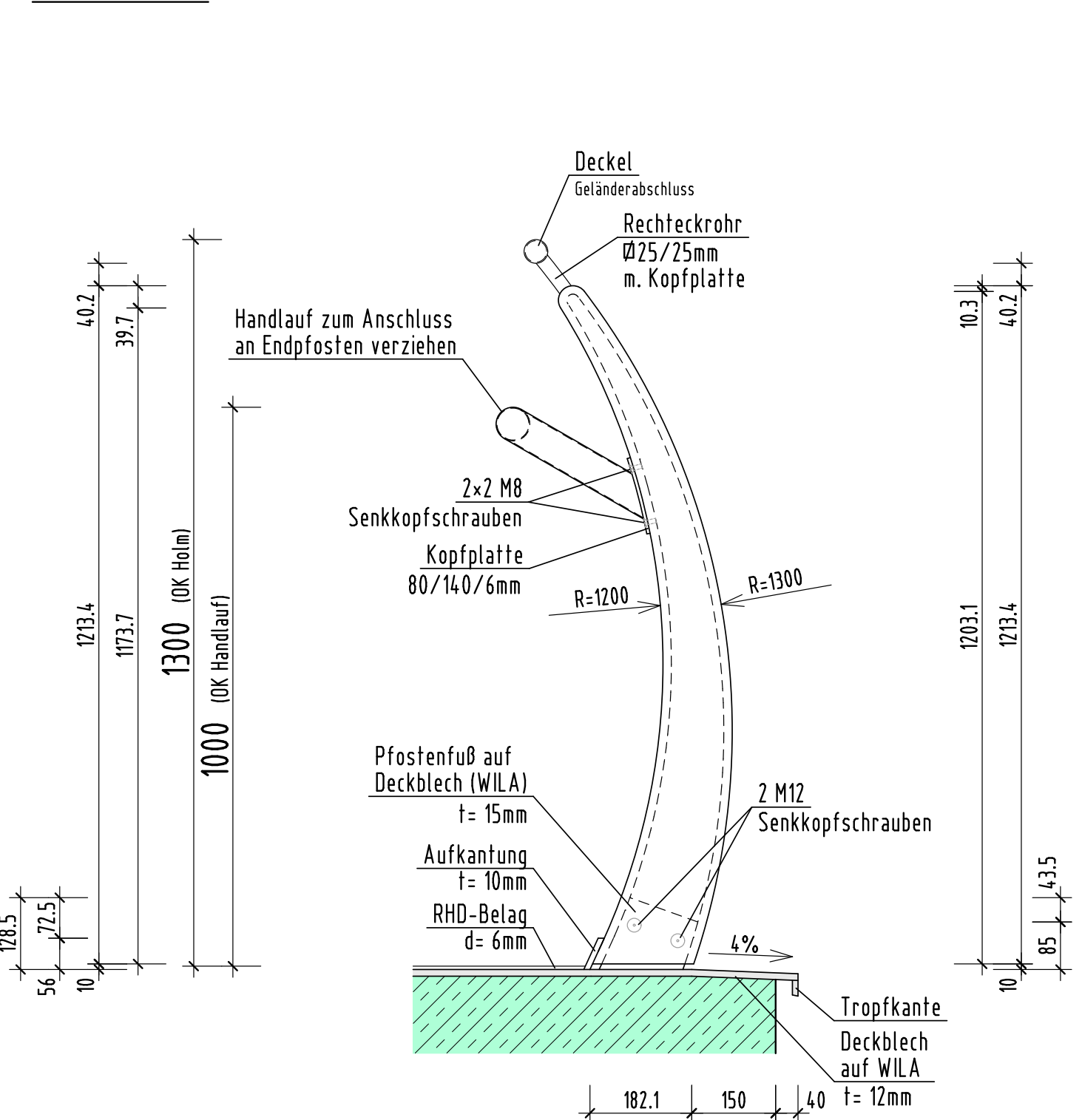
## Ansicht Mittelfeld M 1:10



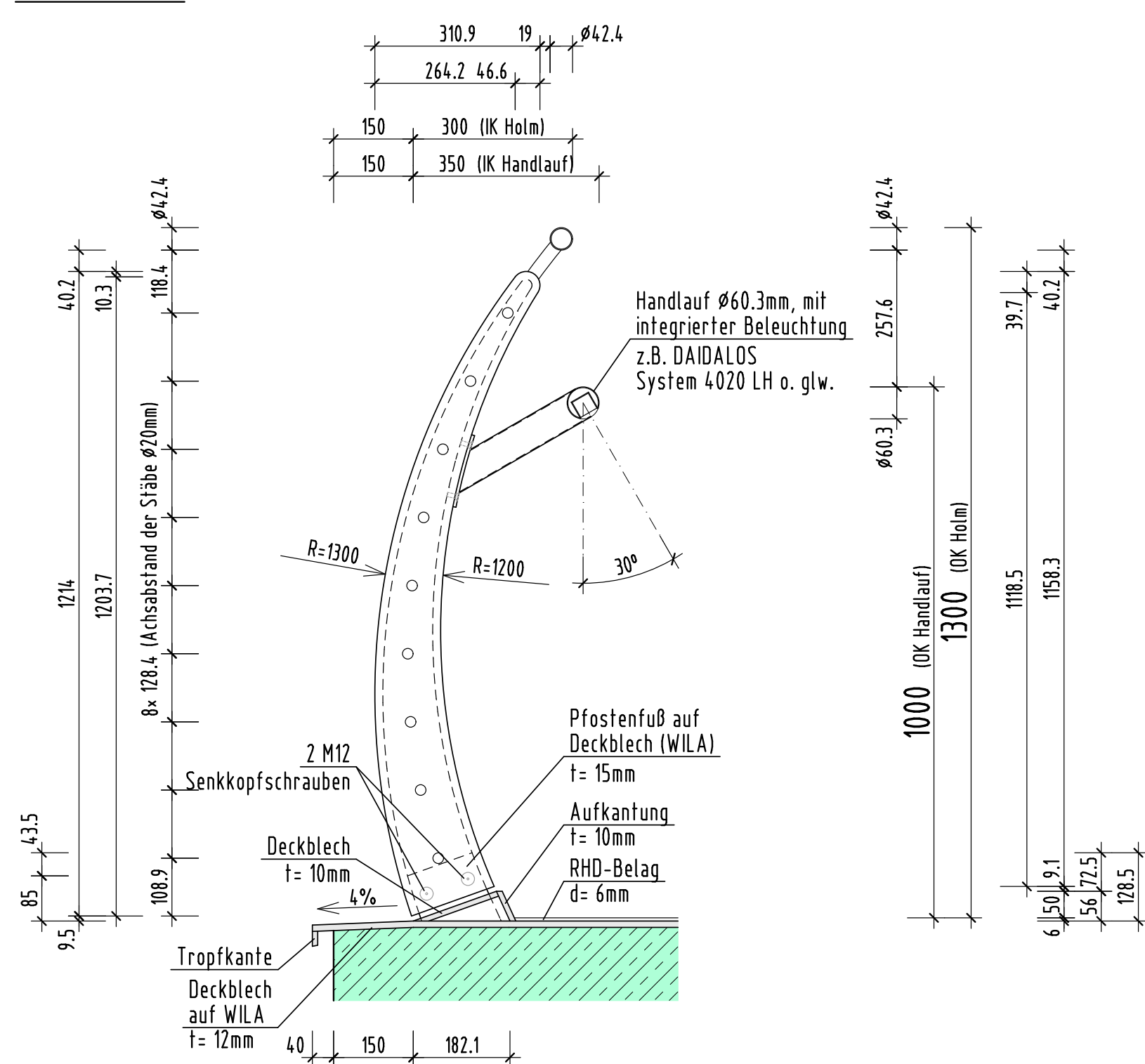
## Ansicht Endpfosten M 1:10

Anzahl: 2x 4St.

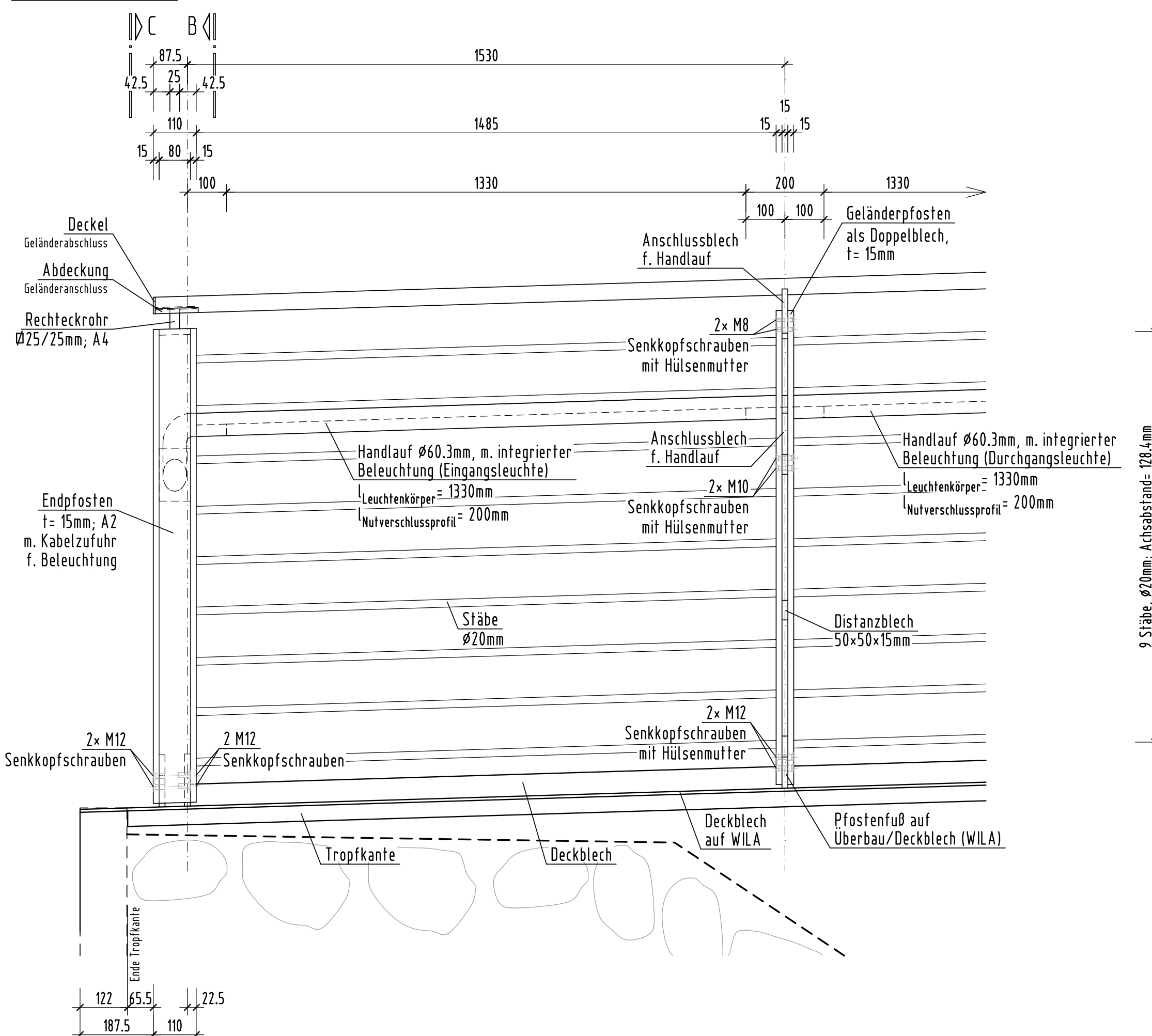
## Schnitt C-C



## Schnitt B-B



## Ansicht Endfeld M 1:10



## Zugehörige Pläne

- 01 - Ansicht, Längsschnitt, Draufsicht
- 02 - Querschnitt B-B bis E-E, Detail A
- 04 - Umfeldanpassung
- 05 - BE-Flächen

## Beleuchtung (Referenzsystem DADALOS System 4020 LH)

- durchgehende Handlaufbeleuchtung
- Stablichtern für den öffentlichen Bereich
- Schutzklasse IP 67
- Lichtfarbe 3000K
- Stromzufuhr auf beiden Seiten der Brücke

## Korrosions- und Oberflächenschutz

Ausführung Korrosionsschutz gen. ZTV-MG Teil 4, Abschnitt 3, Anhang A.  
Ausführung Brückenbelag gen. ZTV-MG Teil 7, Abschnitt 5.  
Hohlkasten luftdicht verschweißen.  
Rohrdurchführungen luftdicht verschweißen.

Bauteil	Korrosionsschutz	Farbnummer
Stahlüberbau - Deckblech	RHD-Belag aus Grundierung und RHD-Deckschicht gen. ZTV-MG Teil 7, Abschnitt 5	---
Stahlüberbau - seitliche und untere Außenflächen	Bauzeit-Nr. 13.1b, System Nr. 1	DB 763 (dunkelgrau)
Stahlüberbau - Innenflächen	luftdicht verschweißt	---
Geländer - Pfosten (Doppelschwerter)	Edelstahl 1.4301, analog Bauzeit-Nr. 3.1, System Nr. 1 ohne Feuerverzinkung	DB 763 (dunkelgrau)
Geländer - Holm und Füllstäbe	Edelstahl 1.4401	geschliffen K400

## Baustoffkennwerte

Bauteil	Beton	Baustahl	Betonstahl	Spannstahl
	Anforderungskategorie	Expositionskategorie	Festigkeitsklasse	
Geländer - Pfosten (Doppelschwerter)			hochfesten Stahl	
Geländer - Holm und Füllstäbe			hochfesten Stahl	
Stahlüberbau			S355J2	
Kapitelzandübel			S235J2-C450	
Widerlager	D	XCL, XD2, XF2, WA	C35/45	B500 B
Sauberkeitsschicht	D	XCO	C10/15	
Bohrpfähle	D	XC2, XF3, WA	C30/37	B500 B
Vorspannung		---		---

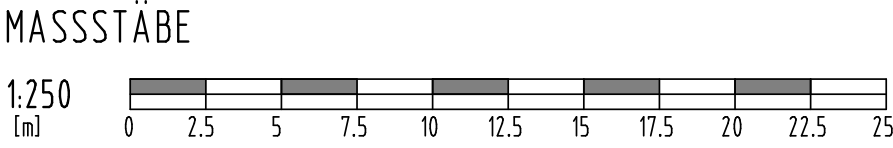
## Bauwerksdaten

Bauart:	Stahl (Hohlkasten), Ausführungskategorie Ext. 3
Brückenklasse	Geh- und Radwegbrücke mit $q_{kz} = 5,0 \text{ kN/m}^2$ und $D_{kz} = 120 \text{ kN}$ (Z1 Dienstfahrzeug) zur Abdeckung der Lasten aus Rettungsfahrzeugen (Krankentransporter), der Feuerwehr und Transportfahrzeugen der Stadtreinigung
Multikarstklasse	---
Einzelstützenweite (L <sub>st</sub> )	(m) 32,50
Gesamtlänge zw. Endauflagen (L <sub>g</sub> )	(m) 32,50
Lichte Wehre zw. Widerlagern (L <sub>l</sub> )	(m) 31,80
Kleinste Lichte Höhe	(m)
Kreuzungswinkel	(gon)
Breite zw. Geländern	(m)
Brückenfläche	(m²)

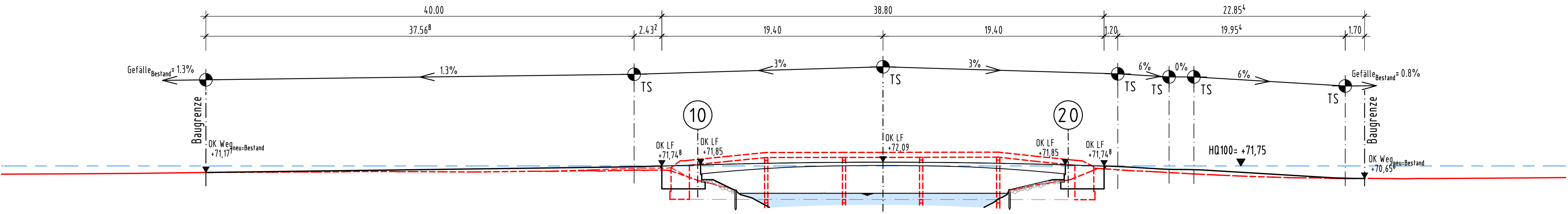
## ENDGÜLTIGE ABMESSUNGEN NACH STATISCHEN, KONSTRUKTIVEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFORDERNISSEN!

<b>Entwurfsbearbeitung</b>  Horstmann Ingenieurbüro für Bauwesen GmbH Standesamt Nr. 10102 Braunschweig Ust-IdNr. DE275000000 Ust-IdNr. DE275000000	Projekt-Nr.: Datum: Zeichen: Bearb.: 10/2017 Gez.: 10/2017 Gepr.: Datum: Gez.: Geprüft:		
	Stadt Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr Straßenklasse und Nr.: Fuß- und Radweg Streckenbezeichnung: Ersatzneubau Fußgängerbrücke i. d. Öker Bürgerpark Genarkung: Bürgerpark		
Bauwerk / Baumaßnahme <b>Ersatzneubau Hoheworthbrücke</b> <b>BW-Nr. 1.30.07</b> Plandarstellung: Geländer	Unterlage: Blatt - Nr.: 03 Projekt - Nr.: Datum: Zeichen: Bearb.: Gez.: Gepr.: ASB - Nr.: 3729055 Entwurfsplan Maßstab: 1 : 50, 1:10		
	Aufgestellt: Braunschweig, den ..... Stadt Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr gez. .... Genehmigt: Braunschweig, den ..... Stadt Braunschweig Fachbereich Tiefbau und Verkehr gez. ....		

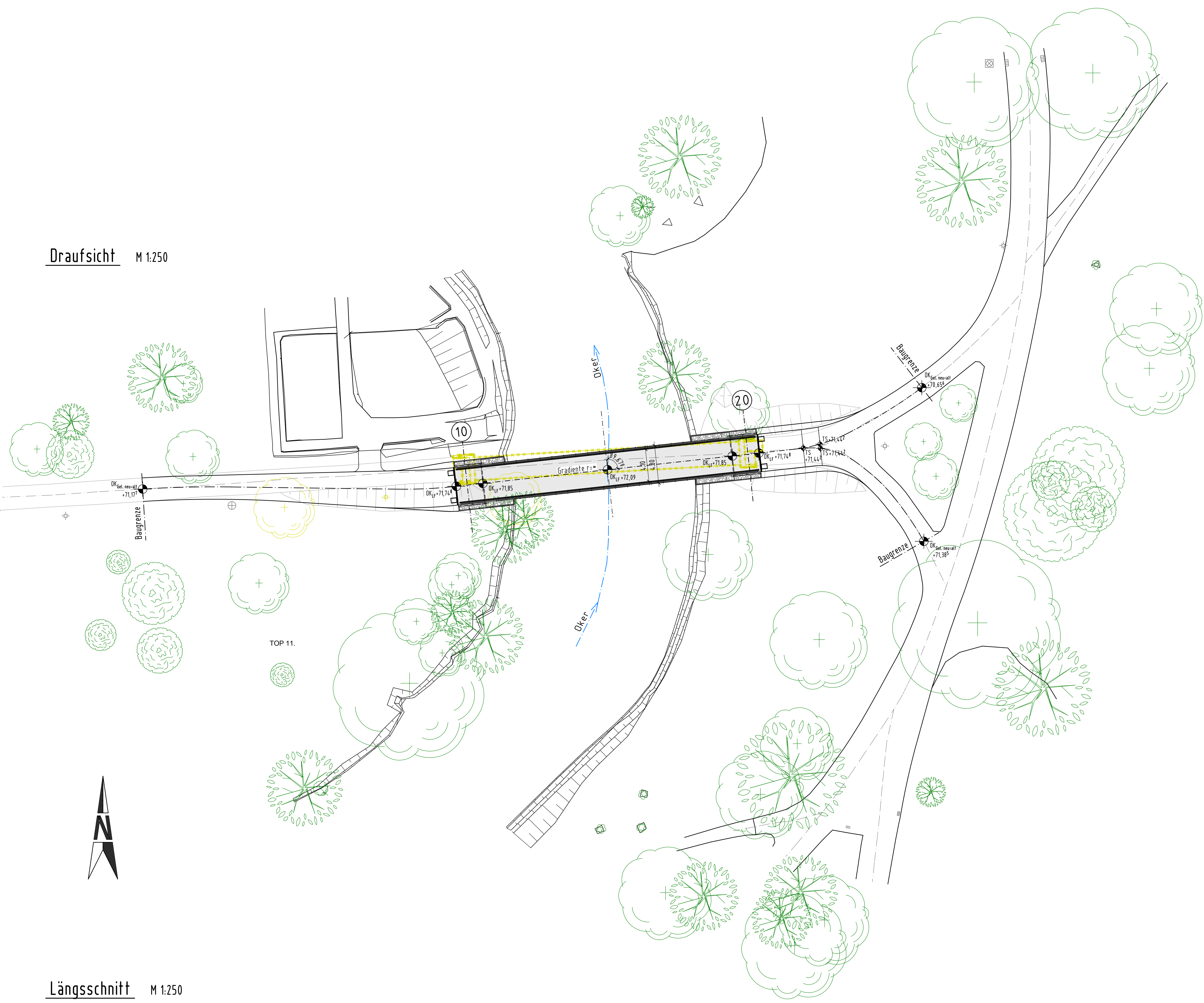




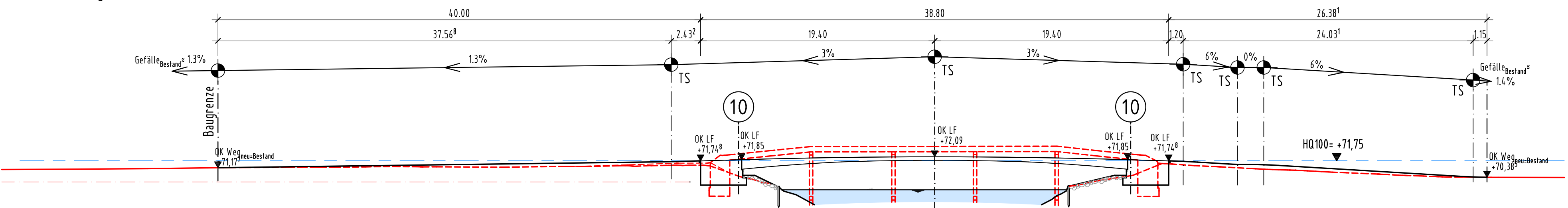
Längsschnitt M 1:250  
Weg von West nach Nordost



Draufsicht M 1:250



Längsschnitt M 1:250  
Weg von West nach Südost



- Bestandsbauwerk/-weg (Schnitt)
- Abbruch Bestand (Draufsicht)
- Bestandsgelände (Draufsicht)

Zugehörige Pläne

02 - Querschnitt B-B bis E-E, Detail A
03 - Übersicht Gelände
04 - Umfeldeinpassung
05 - BE-Flächen

Hinweise

Koordinatensystem UTM / ETRS 89, Höhenangaben in [m] über NN
--

Bodenkennwerte (siehe Baugrunduntersuchung u. Gründungsberatung von bsp Ingenieure vom 24.05.2017)

	Bodengruppe	Bodenklasse	Homogenbereich	gamma	gamma'	cal. phi'	c'	E <sub>s</sub>
	DIN 18196	DIN 18300 (alt)	DIN 18300, 18301	kN/m³	kN/m³	°	kN/m²	MN/m²
Oberboden, ungel.	[OH]	1	-	-	-	-	-	-
Auffüllung	[UL]	4	A	17,5	9,0	27,5	0	5 - 8
Auelehm	OU	2	B	14,0	4,0	15,0	0	1 - 4
Sand	SE, SU, SU*	3 - 4	C, D	17,0 - 18,0	9,5 - 10,5	32,5 - 35,0	0	4,0 - 15,0
Schluff	UL	4	D	17,5 - 18,5	9,0 - 10,0	27,5	0 - 2	5 - 15
Kies	GE, GW	3	D	19,5	12,0	35,0	0	50 - 80

Baustoffkennwerte

Bauteil	Anforderungsklasse	Expositionsklasse	Festigkeitsklasse	Baustahl	Betonstahl	Spannstahl
Geländer - Pfosten (Doppelwert)				nichtrostender Stahl		
Geländer - Holme und Fallstäbe				nichtrostender Stahl		
Stahlüberbau				S355J2		
Kopfbolzendübel				S235J2-C450		
Widerlager	D	XC4, XD2, XF2, WA	C35/45		B500 B	
Sauberkeitsschicht	D	XC0	C18/15			
Bohrpfähle	D	XC2, XF3, WA	C30/37		B500 B	
Vorspannung		---			---	

Bauwerksdaten

Bauart:	Stahl (Hohlkasten), Ausführungsklasse Exc 3
Brückenklasse	Geh- und Radwegbrücke mit q <sub>0</sub> = 5,0 kN/m² und Q <sub>0,90</sub> = 120 kN (12t Dienstfahrzeug) zur Abdeckung der Lasten aus Rettungsfahrzeugen (Krankenwagen), der Feuerwehr und Transportfahrzeugen der Stadtreinigung
Militärlastklasse	---
Einzelstützweiten (L <sub>c</sub> )	[m] 32,50
Gesamtlänge zw. Endauflagern (L <sub>c</sub> )	[m] 32,50
Lichte Weite zw. Widerlagern (L <sub>l</sub> )	[m] 31,80
Kleinste Lichte Höhe	[m] 1,99 <sup>4</sup>
Kreuzungswinkel	[gon] 89,67
Breite zw. Geländern	[m] 4,10
Brückenfläche	[m²] 133,25

ENDGÜLTIGE ABMESSUNGEN NACH STATISCHEN, KONSTRUKTIVEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFORDERNISSEN!

<p>Entwurfsbearbeitung:</p> <p><b>EHS</b></p> <p>beratende Ingenieure für Bauwesen GmbH</p> <p>Spezialbereich Trä. 38100 Braunschweig</p> <p>Tele +49 (0)531 20504-70 • Fax +49 (0)531 20504-89</p> <p>www.ehs-ingenieur.de</p>	Projekt-Nr.		
	Datum		Zeichen
	Bearb.	11/2017	Ri/Spe
	Gez.	11/2017	See
Bauwerk / Baumaßnahme			Unterlage:
Hoheworthbrücke Braunschweig			Blatt - Nr.: 04
BW-Nr. 1.30.07			Projekt - Nr.:
Plandarstellung:			Datum
Umfeldeinpassung			Zeichen
Aufgestellt:			Bearb.
Braunschweig, den .....			Gez.
Stad Braunschweig			Gepr.
Fachbereich Tiefbau und Verkehr			ASB - Nr.: 3729055
gez. ....			Entwurfsplan
Genehmigt:			Massstab 1: 250
Braunschweig, den .....			
Stad Braunschweig			
Fachbereich Tiefbau und Verkehr			
gez. ....			

Betreff:

**GS Altmühlstraße, Altmühlstraße 21, 38120 Braunschweig**  
**Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung baulicher Rettungswege**  
**Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

01.12.2017

Beratungsfolge

Bauausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

05.12.2017

Status

Ö

**Beschluss:**

„Dem o. a. Vorhaben wird gemäß den Plänen vom 25.09.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 25.09.2017 auf 1.645.000 € festgestellt.“

**Sachverhalt:**

1. Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Bauausschusses ergibt sich aus § 6 Nr. 2 lit. a der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Satz 1 NKomVG.

2. Begründung und Beschreibung des Vorhabens

Bei der am 21.12.2015 in der Grundschule Altmühlstraße durchgeführten Brandverhütungsschau wurden sowohl der mangelhafte erste als auch im westlichen Teil der Schule fehlende zweite Rettungsweg aus dem Obergeschoss sowie die fehlende Brandschutzabtrennung zur Pausenhalle beanstandet.

Um eine akut drohende Nutzungsuntersagung zu verhindern, wurden zur Verringerung des Gefährdungsrisikos in einem ersten Schritt in Absprache mit der Bauordnung und der Feuerwehr provisorische Sofortmaßnahmen eingeleitet.

In einem weiteren Schritt wurde nunmehr ein Brandschutzkonzept und eine darauf aufbauende Planung erstellt sowie anschließend ein Genehmigungsverfahren eingeleitet.

Im Rahmen der hier vorgelegten Baumaßnahme werden der fehlende zweite bauliche Rettungsweg durch die Errichtung einer Außentreppe sowie einer Abtrennung im Obergeschoss zwischen Pausenhalle und dem Erweiterungsbau dauerhaft sichergestellt.

3. Angaben zum Raumprogramm

Das vorhandene Raumprogramm wird nicht verändert.

#### 4. Erläuterungen zur Planung

Die Maßnahmen, für die eine Teilbaugenehmigung seit August 2017 vorliegt, umfassen die Errichtung einer Außentreppe als 1. und 2. baulicher Rettungsweg aus dem Obergeschoss im Westflügel der Schule und die Brandschutzabtrennung zur Pausenhalle sowie Erstellung eines Bypasses aus den zur Pausenhalle angrenzenden Unterrichtsräumen im 1. OG und 2. OG im Ostflügel der Schule. Zur Erstellung des Bypasses sind Anpassungen der Leitungsführung erforderlich.

Ab 2018 sollen beginnend mit der Planung die weiteren Maßnahmen gemäß Brandschutzkonzept durchgeführt werden.

U. a. wird eine flächendeckende Brandmeldeanlage (Ausführung als Hausalarmanlage) installiert. Die Sicherheitsbeleuchtungsanlage wird als Zentralbatteriesystem ausgeführt. Alle Rettungszeichen- und Sicherheitsleuchten werden somit in der Zentralbatterieausführung geplant und sind in den notwendigen Fluren, in notwendigen Treppenträumen, in Treppenraumerweiterungen, in den Bereichen von Außentritten und in den Bereichen der Rettungswege im Außenbereich sowie in fensterlosen Aufenthaltsräumen vorgesehen. Alle in den Bereichen der notwendigen Flure vorhandenen Bestandsleitungen, die nicht der Eigenversorgung der Flure dienen, werden auf Grund der Brandlast umverlegt. Begleitend zu den haustechnischen Anlagen werden die Decken- sowie die Wandkonstruktionen einschließlich der Leuchten, Brandschutzabschlüsse und Brandschutztüren entsprechend den Brandschutzanforderungen im Verlauf der Rettungswege ertüchtigt.

Im Rahmen der Brandschutzsanierung werden Rohbau-, Trockenbau- und Schlosserarbeiten sowie Arbeiten in der Haustechnik durchgeführt.

#### 5. Techniken für regenerative Energien

In der Baumaßnahme ist die Nutzung regenerativer Energien nicht enthalten, da es sich ausschließlich um eine Brandschutzmaßnahme handelt.

#### 6. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen

Das Gebäude ist im Erdgeschoss barrierefrei erschlossen. Zur vertikalen Erschließung für Menschen mit Gehbehinderung sind im Hauptteil der Schule ein Aufzug sowie Rampenanlagen zur Überbrückung der Stufenanlagen vorhanden.

Es werden keine weiteren Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen im Rahmen dieser Baumaßnahme durchgeführt, da die zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für prioritären Brandschutz vorgesehen sind

#### 7. Kosten

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen aufgrund der Kostenberechnung vom 25.09.2017 1.645.000 €.

Einzelheiten sind den Anlagen zu entnehmen.

#### 8. Bauzeit

Die Maßnahme soll zwischen Ende 2018 und Mitte 2020 durchgeführt werden.



## 9. Finanzierung

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

Für das Vorhaben werden folgende Finanzraten benötigt:

Gesamtkosten in T€	2017 in T€	2018 in T€	2019 in T€	2020 in T€
1.645	235	100	500	810

Die Vorfinanzierung der Sofortmaßnahmen erfolgte aus dem Projekt „Brandschutzmaßnahmen (4S.210051) i. H. v. 235.000 €.

Auf diesem Projekt stehen im Haushaltsentwurf 2018/IP 2017-2021 folgende Finanzraten zur Verfügung:

	<b>bis 2017</b> - Mio. € -	<b>2018</b> - Mio. € -	<b>2019</b> - Mio. € -	<b>2020</b> - Mio. € -	<b>2021</b> - Mio. € -
Brandschutzmaßnahmen (4S.210051)	6,2	3,0	3,0	3,0	3,0

Aufgrund der Kostenhöhe der Maßnahme sind die Kosten jedoch in einem Einzelprojekt darzustellen. Hierzu sollen rückwirkend die Haushaltsmittel außerplanmäßig auf ein Einzelprojekt „GS Altmühlstraße, Brandschutzmaßnahmen“ umgesetzt werden. Der Antrag auf Bereitstellung dieser außerplanmäßigen Mittel wird dem Rat in einer der nächsten Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt.

Zur Haushaltslesung 2018 wird die Verwaltung eine zwingende Ansatzveränderung zur Aufnahme der o. a. Jahresraten 2018 bis 2020 in das Investitionsprogramm einbringen.

Leuer

### Anlage/n:

Kostenberechnung / Zusammenstellung der Kosten  
Planskizze

Kostenberechnung nach DIN 276, Ausgabe Dezember 2008	
Objektbezeichnung: Grundschule Altmühlstraße, Altmühlstraße 21, 38120 Braunschweig Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung baulicher Rettungswege	

**ZUSAMMENSTELLUNG DER KOSTEN**

Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamtbetrag €
100 Grundstück	-	
200 Herrichten und Erschließen	-	
300 Bauwerk – Baukonstruktionen	716.550	
400 Bauwerk - Technische Anlagen	420.810	
500 Außenanlagen	12.970	
600 Ausstattung und Kunstwerke		
700 Baunebenkosten einschl. Eigenleistung d. FB 65	345.100	1.495.430
Unvorhergesehenes ca.10 % auf KGR 200 – 700		149.570
Gesamtkosten		<b>1.645.000</b>
Einrichtungskostenanteil	Projekt	-
Baukostenanteil	Projekt 4E.neu	1.645.000

Aufgestellt am 25.09.2017

Stadt Braunschweig  
 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement  
 65.12 Ber

I. A.

Gez.

Eckermann

## Anlage 2

Objektbezeichnung: Grundschule Altmühlstraße, Altmühlstraße 21, 38120 Braunschweig  
Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung baulicher Rettungswege

Nummer der Kosten- gruppe	Bezeichnung der Kostengruppe	Teilbetrag €	Gesamt- betrag €
<b>300</b>	<b>Bauwerk - Baukonstruktion</b>		
320	Gründung	2.350	
330	Außenwände	29.600	
340	Innenwände	353.750	
350	Decken	133.600	
370	Baukonstruktionen	23.250	
390	Sonst. Maßnahmen u. Baustelleneinrichtung	174.000	
	<b>Summe 300 Bauwerk – Baukonstruktion</b>		<b>716.550</b>
<b>400</b>	<b>Bauwerk-Technische Anlagen</b>		
410	Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen	17.500	
420	Wärmeversorgung	15.800	
430	Raumlufttechnische Anlagen	12.400	
440	Starkstromanlagen	183.170	
450	Fernmelde- u. informationstechnische Anlagen	143.650	
490	Sonstige Maßnahmen für technische Anlagen	48.290	
	<b>Summe 400 Bauwerk – Technischer Ausbau</b>		<b>420.810</b>
<b>500</b>	<b>Bauwerk -Außenanlagen</b>		
510	Geländeflächen	12.970	
	<b>Summe 500 Bauwerk – Außenanlagen</b>		<b>12.970</b>
<b>700</b>	<b>Baunebenkosten</b>		
710	Eigenleistung FB 65, HOB (Bauherrenleistung)	33.000	
710	Eigenleistung FB 65, HOB (Baubetreuung)	30.500	
731	Technische Ausrüstung als Eigenleistung	91.000	
730	Weitere Planungsleistungen extern (Architekt, etc.)	190.600	
	<b>Summe 700 Baunebenkosten</b>		<b>345.100</b>
	<b>Unvorhergesehenes ca. 10 % auf KG 200 – 700</b>		<b>149.570</b>
	<b>Gesamtkosten</b>		<b>1.645.000</b>

Aufgestellt: Braunschweig, 25.09.2017

Stadt Braunschweig  
Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement  
65.12 Ber

I. A.

Gez.

Eckermann





Grundriss EG



Betreff:

**Umgang mit neuem Baurecht**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.11.2017

Beratungsfolge:

Bauausschuss (zur Beantwortung)

05.12.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Bislang wird das private Bau- und Architektenrecht im BGB als Werkvertragsrecht geregelt, welches in der Baupraxis nicht praktikabel anwendbar ist, deshalb regelt die VOB die Geschäftsbeziehungen. Nun wird das Werkvertragsrecht um einige Punkte ergänzt, die der VOB in Teilen widersprechen, diese damit ungültig macht.

Die Gesetzesreform stärkt im Wesentlichen die Rechte der privaten Bauherren für den Bau des Eigenheims. Für Bauakteurinnen und -akteure, die mit der VOB arbeiten, damit auch die kommunale Bauverwaltung, bedeutet die Gesetzesreform eine massive Umstellung und Vorbereitung zum Beispiel auf geänderte Haftungsregelungen und Mängelregelungen und damit verbundene Kosten und Bauabläufe.

Es ist unerlässlich, dass die Verwaltung und auch die politischen Gremien auf die neue Situation vorbereitet sind.

Zum 01.01.2018 tritt eine Baurechtsreform in Kraft. Baurechtliche Belange werden in das Werkvertragsrecht im BGB eingefügt und damit wird die VOB in weiten Teilen ungültig.

Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang gebeten, den Bauausschuss und weitere betroffene Ausschüsse über die nachfolgenden Punkte zu informieren:

1. Welche wesentlichen Änderungen der Gesetzgebung gibt es: Welche Änderungen ergeben sich daraus für die Stadt Braunschweig als Bauherrin und was muss der Bauausschuss beachten?
2. Welche Auswirkungen für Ausschreibungen und Vergaben, Haftung, Kosten, Qualität und Termine sind zu erwarten und wie ist insbesondere der Umgang mit Nachträgen künftig geregelt?
3. Wie ist die Verwaltung auf die kommende Gesetzeslage insbesondere zu Punkt 1 und 2 vorbereitet, sollen ggf. deshalb Aufträge noch in diesem Jahr vergeben werden?

Gez. Detlef Kühn

**Anlagen:** keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt  
Jalyschko, Lisa-Marie**

TOP 13.2  
**17-05908**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Straßenbeleuchtung in Braunschweig**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.11.2017

Beratungsfolge:

Bauausschuss (zur Beantwortung)

05.12.2017

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Beleuchtung der Stadt wurde vor einigen Jahren auf die Firma Bellis übertragen, die seitdem die Straßenbeleuchtung sukzessive auf die energiesparende LED-Technik umstellt. Weitere Einsparungen ließen sich erzielen, wenn man darüber hinaus auch dimmbare Straßenleuchten an geeigneten Standorten einsetzen würde. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Mit welcher Leuchtmitteltechnologie sind aktuell die Straßenleuchten in Braunschweig ausgestattet?
2. In welchem Umfang wird die Möglichkeit zur Energieeinsparung durch zeitweise Dimmung der Beleuchtung bereits genutzt?
3. Welche Aufwendungen und welche Einsparmöglichkeiten erwartet die Verwaltung durch den Einsatz solcher Technologien in Braunschweig?

**Anlagen:** keine